

Preussische Allgemeine



75 Jahre

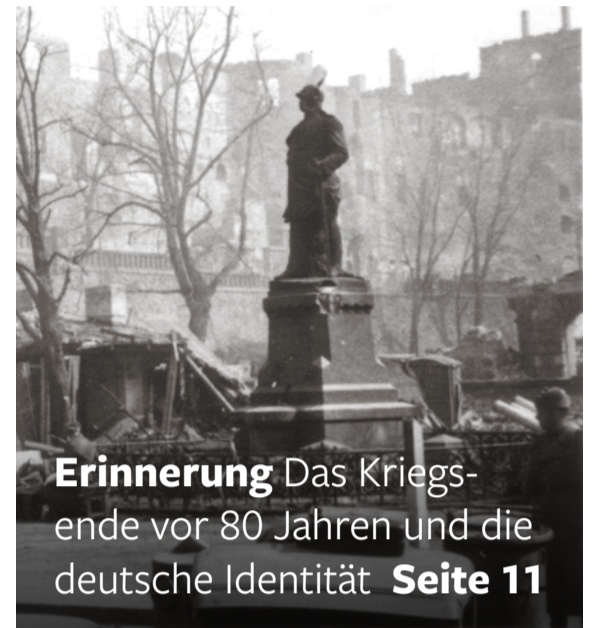
Nr. 18 · 2. Mai 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €

Tage der Wahrheit

Zweieinhalb Monate nach der Bundestagswahl steht Deutschland vor einem Neuanfang – oder auch nicht **Seiten 1, 3 und 24**



Erinnerung Das Kriegsende vor 80 Jahren und die deutsche Identität **Seite 11**



Elche steh'n und lauschen Ostpreußens Wappentier in der Dichtung **Seite 23**

VON RENÉ NEHRING

POLITIK

Die können ihren Koalitionsvertrag weitgehend in die Tonne treten.“ Mit diesen Worten kommentierte der „Focus“-Kolumnist Ulrich Reitz vor wenigen Tagen die Pläne der künftigen schwarz-roten Koalition. Konkret bezogen war Reitz' Aussage auf die außenpolitischen Gegebenheiten, doch passt sie auch zur Lage der deutschen Politik insgesamt.

Ein grundlegendes Problem der neuen Regierung ist, dass ihre Pläne noch vor der Wahl von Friedrich Merz zum Bundeskanzler und der Ernennung des neuen Bundeskabinetts in der kommenden Woche durch die Wirklichkeit überholt werden. Während sich beispielsweise Union und SPD in mühsamen Verhandlungen auf eine schrittweise Senkung der Körperschaftsteuer ab 2028 verständigt haben, um den Unternehmen im Lande das Investieren zu erleichtern, brechen die öffentlichen Finanzen buchstäblich ein.

Dass dies keine Unkenrufe von den Rändern des politischen Spektrums sind, zeigt die „Markus Lanz“-Sendung vom 22. April. Dort schilderten die Oberbürgermeisterin von Ludwigshafen, Jutta Steinruck (SPD), der Vorsitzende des Deutschen Landkreistages, Achim Brötel (CDU), der Bürgermeister von Heide in Holstein, Oliver Schmidt-Gutzat (SPD), und der parteilose Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer, wie sich binnen weniger Jahre die öffentlichen Ausgaben und damit auch die Haushaltsdefizite der Kommunen vervier- bis verfünffacht haben, was in der Folge die Städte, Gemeinden und Landkreise zu drastischen Einsparungen bei Schulen und Kindergärten, Kulturangeboten und dem ÖPNV zwingt. Es sind, so Brötel, vor allem die sozialen Ausgaben, die dem Staat „die letzten Haare vom Kopf fressen“.

Dass diese Erfahrungen keineswegs nur auf kommunaler Ebene gemacht werden, zeigt die Schlussbilanz des Arbeits-

Das geplante Klein-Klein der Koalition wird nicht reichen

Noch vor dem Start der neuen Regierung zeigt sich das ganze Ausmaß des wirtschafts- und sozialpolitischen Totalschadens der Ampel-Jahre

und Sozialministers der vorherigen Ampelregierung, Hubertus Heil, der dieser Tage einräumen musste, dass die Kosten für sein Herzensprojekt „Bürgergeld“ im vergangenen Jahr „unerwartet“ um mehrere Milliarden angestiegen sind und insgesamt bei 47 Milliarden Euro lagen. Anstelle des von Heil versprochenen „Jobturbo“ führte seine Politik somit zu einer regelrechten Explosion der Sozialkosten.

Hauptsächlich verantwortlich dafür ist die nach wie vor unkontrollierte Zuwanderung. Migranten sind nicht nur überproportional hoch in den Statistiken zu schweren Straftaten vertreten, sondern auch unter den Beziehern von Sozialleistungen. Dass es jeden noch so leistungsstarken Haushalt ruiniert, wenn man auf der einen Seite Monat für Monat Milliarden Euro ausgibt, ohne dass auf der anderen Seite Einnahmen fließen, ist eine Binsenweisheit. Umso bedenklicher muss es stimmen, dass sich weite Teile der auch künftig regierenden SPD noch immer beharrlich gegen jede Änderung am Status quo des Sozialstaats stemmen.

Totalschaden einer Ära

Ähnlich fatal wie die Schlussrechnung des Sozialministers ist auch die Bilanz des scheidenden Wirtschaftsministers Robert Habeck. Dieser musste nun nicht nur zum wiederholten Mal das prognostizierte Wachstum der deutschen Wirtschaft nach unten korrigieren und eingestehen, dass

unser Land im dritten Jahr hintereinander eine Rezession erleben wird, sondern obendrein zugeben, dass die von seiner grünen Partei als Basis eines „grünen Wirtschaftswunders“ gepriesenen Ökostrom-Anlagen trotz einer Rekordkapazität an Windrädern im ersten Quartal 2025 rund 16 Prozent weniger Strom produziert haben als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Deutlicher kann sich ein Scheitern wohl kaum offenbaren. Umso alarmierender muss es stimmen, wenn sich Habeck beim Rückzug von seinem Scherbenhaufen zuversichtlich gibt, dass die neue Regierung sein Werk fortsetzen wird.

Unabhängig davon zeigt das Zusammenfallen von ökonomischem Niedergang und dramatischer Aufblähung des Sozialsektors, dass nicht nur die Wirtschaft, sondern unser Land insgesamt in eine dramatische Abwärtsbewegung geraten ist. Um diesen Trend zu stoppen, bedarf es keines mühsamen Abarbeitens des Klein-Klein aus dem Koalitionsvertrag, sondern einer grundlegenden Reform, die Deutschland in die Erfolgsspur der sozialen Marktwirtschaft zurückführt. Dazu gehört auch die Beschränkung des Staates auf seine Kernaufgaben wie die Gewähr von innerer und äußerer Sicherheit oder die Unterhaltung einer funktionierenden Infrastruktur. Ansonsten droht – das zeigen die Wortmeldungen aus dem Maschinenraum wie unlängst bei „Markus Lanz“ – ein Kollaps des Staates, noch

bevor die neue Regierung ihre ersten zarten Reförmchen angegangen ist.

Ob für diese Mammutaufgabe Merz der richtige Mann ist, wird bis weit in die bürgerliche Mitte hinein bezweifelt. Den Grund für die Skepsis legte er selbst, indem er zu Jahresbeginn in jedem Wahlkampfauftreten mantraartig erklärte, dass der Staat mit den üppigen Steuereinnahmen endlich auskommen müsse, dann jedoch in den Sondierungen mit den Sozialdemokraten eine historische Neuverschuldung vereinbarte und diese auch noch mit den Mehrheiten des alten Bundestags durchdrückte. Es dürfte eine Weile dauern, bis Merz verlorenes Vertrauen zurückgewinnt.

Hoffnung auf eine zumindest teilweise Besserung der Lage bietet indes manch Personalie im neuen Kabinett. So nominierten CDU und CSU mit der Energieexpertin Katherina Reiche als Wirtschaftsministerin, dem Manager Karsten Wildberger als Chef des neuen Ministeriums für Digitales und Staatsmodernisierung oder auch der Wirtschaftspolitikerin Gitta Connemann als Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium einige profilierte Köpfe. Ob unter ihnen jemand ist, der wie einst Ludwig Erhard nun nach dem wirtschafts- und sozialpolitischen Totalschaden der Ampel-Jahre unser Land wieder auf solide ordnungspolitische Grundlagen zu stellen vermag, wird sich zeigen. Mehr als zu hoffen bleibt den Deutschen im Moment ohnehin nicht.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Tatort Hörsaal – Berliner Hochschulen als Bühne für Extremisten **Seite 5**

Kultur

Chronik eines Niedergangs – Christoph Heins epochaler Roman über die DDR **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Preußisch Eylau – eine alte Burg des Deutschen Ordens erwacht zu neuem Leben **Seite 13**

Reise

Aufstieg runter ins Paradies – Alpbach gilt als „schönstes Dorf“ Österreichs **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Beunruhigende Entwicklungen in China Das Reich der Mitte kämpft mit Bevölkerungsschwund, lässt aber im Inneren mit einer Überwachungswut und nach außen mit militärischer Aufrüstung die Muskeln spielen

Die Zahlenakrobaten der Volksrepublik

Gibt es wirklich mehr als eine Milliarde Chinesen? Peking übertüncht seine demographischen Schwächen

VON WOLFGANG KAUFMANN

In der Volksrepublik China sollen derzeit über 1,4 Milliarden Menschen leben. So lautet die offizielle Angabe der Regierung in Peking, welche angeblich auf der letzten Volkszählung von Ende 2020 beruht. Allerdings mehren sich in letzter Zeit Berichte aus dem Reich der Mitte, denen zufolge es seitdem einen gravierenden Bevölkerungsschwund gegeben habe. Videos, die in den sozialen Medien kursieren, zeigen verlassene Dörfer und leere Straßen in den Großstädten, die vor einigen Jahren nur so vor Menschen wimmelten. Ebenso sieht man kaum noch Wanderarbeiter auf den Baustellen.

Dies passt zu den Ergebnissen des sogenannten Shanghai-Leaks. Ein Hacker mit dem Decknamen „ChinaDan“ knackte die verschlüsselte Datenbank des Büros für Öffentliche Sicherheit mit persönlichen Informationen über 970 Millionen Chinesen. Kurz darauf bestätigten zwei IT-Experten unabhängig voneinander, dass der Internetkriminelle keine Teildaten, sondern tatsächlich die vollständige Datenbank erbeutet hatte. Somit besteht eine Differenz von mehr als 400 Millionen zwischen der offiziell genannten Bevölkerungszahl und dem Datensatz der Sicherheitsbehörden.

Das bewog den kritischen Journalisten Xing Rentao zu der Frage: „Wohin sind diese 400 Millionen Menschen verschwunden?“ Dann meinte er, dass nur ein „großflächiger epidemischer Tod eine vernünftige Erklärung“ sei, während der Professor an der Universität Sydney, Feng Chongyi, mit Blick auf die Informationspolitik der chinesischen Führung hinsichtlich der Zahl der Corona-Opfer hinzufügte: „Jeder weiß, dass Peking lügt.“

Nur 37 Covid-Tote?

Und tatsächlich können die Zahlen der chinesischen Behörden keineswegs stimmen. Hierzu einige Beispiele: Nach dem Scheitern der Null-Covid-Politik mit äußerst strengen Lockdowns und weiteren Zumutungen für die Bevölkerung meldete die Nationale Gesundheitskommission intern 248 Millionen Covid-19-Neuinfektionen in den ersten 20 Tagen des Dezembers 2022, was ebenfalls durch ein Datenleck bekannt wurde.

Ungeachtet dessen behauptete das Chinesische Zentrum für Krankheitskontrolle und -prävention (CCDC) am 8. Januar 2023, dass seit dem 7. Dezember 2022 nur 37 Bürger an dem Corona-Virus gestorben seien. Dann wiederum korrigierte das CCDC diese Zahl nach anhaltender internationaler Kritik, die auch von Seiten der Weltgesundheitsorganisation WHO kam, auf 59.983. Dabei blieb das Zentrum aber dabei, dass es in China zwischen Januar 2020 und Januar 2023 nur 113.926 Corona-Tote gegeben habe.

In den USA verzeichnete man – bei 335 Millionen Einwohnern – im gleichen Zeitraum etwa zehnmal so viele Opfer des SARS-CoV-2-Virus. Zusätzlich grassierten in der Volksrepublik auch nach dem offiziellen Ende der Corona-Pandemie mehrere Wellen von offenbar recht schweren Atemwegserkrankungen.

Angesichts der Berichte aus China liegt es also durchaus im Bereich des Möglichen, dass in dem Land inzwischen weniger als eine Milliarde Menschen leben.

Und das hätte dann natürlich Folgen, so der Demograph Yi Fuxian von der University of Wisconsin. Beispielsweise würde die gesamte Wirtschafts-, Verteidigungs- und Außenpolitik des Reiches der Mitte auf falschen Grundlagen beruhen. Das Gleiche gelte für die staatliche Familienplanung.

Niedergang schon seit 1990

Allerdings müsse Peking an der hohen Zahl festhalten – zum einen, um weiterhin seine internationalen Ansprüche mit dem Argument der „1,4 Milliarden Chinesen“ untermauern zu können, und zum anderen, um eine gigantische Blamage zu vermeiden. Denn wenn seit 2020 tatsächlich 400 Millionen Bürger der Volksrepublik verstorben seien, würde dagegen sogar die menschengemachte Hungersnot während Maos Großem Sprung zwischen 1958 und 1961 mit bis zu 50 Millionen Toten verblassen. Xi Fuxian ist allerdings der Auffassung, dass der demographische Niedergang in China bereits 1990 einsetz-

te. Das war das Jahr nach der blutigen Niederschlagung der Studentenproteste, mit der die Zeit des innenpolitischen „Taufwitters“ endete.

Auf jeden Fall basiert auch die China-Politik der westlichen Staaten auf irrigen Prämissen, wenn die Zahl der Chinesen tatsächlich deutlich niedriger liegt als angenommen. So wäre das Menschenreservoir der Volksbefreiungsarmee lange nicht so groß wie befürchtet, was die militärische Schlagkraft Chinas verringern würde. Darüber hinaus sähen die Aussichten für die Wirtschaft des Reiches der Mitte noch trüber aus als in den bisherigen pessimistischen Prognosen internationaler Investmentgesellschaften.

Ebenso könnte von einem expandierenden Absatzmarkt in China keine Rede mehr sein. Insofern läge es im ureigensten Interesse des Auslandes, die Berichte über den Bevölkerungsschwund in der Volksrepublik zu verifizieren oder zu widerlegen, was aber beides ohne die Mitwirkung Pekings unmöglich ist.



In China tritt man sich sogar im Wasser gegenseitig auf die Füße: An einem Strandbad in Shanghai hat es den Anschein, als machen die Chinesen ihren Ruf als bevölkerungsreichste Nation alle Ehre. Tatsächlich gehen die Bevölkerungszahlen zurück

MILITÄRISCHE FORSCHUNG

Projekt „Wasserbrücke“

Ob in der Tiefsee oder im Weltall – die Chinesen entwickeln eine ungeahnte Kreativität auf dem militärischen Gebiet

Die militärische Schlagkraft der chinesischen Volksbefreiungsarmee wird immer größer. Nach den aufsehenerregenden Berichten über die Entwicklung innovativer Drohnen und fortschrittlicher Kampfjets der 6. Generation (die PAZ berichtete) sind neue Nachrichten ins Ausland gedrungen, die von Fortschritten auf dem Gebiet der Rüstungstechnologie künden.

Die Werft Guangzhou Shipyard International baut derzeit Landungsschiffe für die chinesische Marine, welche der neuen Klasse Shuiqiao – zu Deutsch „Wasserbrücke“ – angehören. Dabei handelt es sich um Spezialschiffe mit ausfahrbaren Plattformen von jeweils mehr als 120 Metern Länge. Satellitenbilder und Fotos von ei-

nem Testlauf nahe der südchinesischen Stadt Zhanjiang zeigen, dass drei solcher Einheiten miteinander verbunden werden können, was die Überwindung einer Distanz von 820 Metern erlaubt.

Außerdem besitzen die „Wasserbrücken“ spezielle Stelzen, welche sie nach oben heben. Dadurch ist auch ein Einsatz an steilen Küsten möglich, wie man sie aus Taiwan kennt. Insofern sind die „Wasserbrücken“ wahrscheinlich Teil der Vorbereitung auf eine Invasion des angeblich abtrünnigen Inselstaates.

Unruhe unter Fachleuten löste auch die Meldung der „South China Morning Post“ aus, der zufolge Wissenschaftler des staatlichen China Ship Scientific Re-

search Center (CSSRC) unter Hu Hao-long ein Gerät entwickelt hätten, mit dem sich Unterseekabel in bis zu 4000 Metern Wassertiefe zerschneiden ließen.

Die Apparatur besitzt eine diamantbeschichtete Schleifscheibe, welche mit 1600 Umdrehungen pro Minute rotiert und jeglicher Art von Schutzummantelung aus Metall oder Kunststoff den Gar aus zu machen vermag. Angeblich soll sie nur bei der Bergung oder Reparatur defekter Unterseekabel zum Einsatz kommen, aber natürlich wären auch militärische Datenleitungen des potentiellen Gegners, wie sie beispielsweise zu dem US-Stützpunkt auf der Pazifik-Insel Guam führen, denkbare Ziele.

Versuchslabore entwickeln Laserradar-Kameras, mit denen sogar eine Gesichtserkennung aus dem All möglich wäre

Bei der dritten Meldung geht es um eine hochleistungsfähige Laserradar-Kamera aus den Versuchslaboren des Instituts für Luft- und Raumfahrtinformatik der Chinesischen Akademie der Wissenschaften. Versuche am Qinghai-See sollen ergeben haben, dass diese Kamera in der Lage ist, über mehr als 100 Kilometer Entfernung 1,7 Millimeter große Details zu erkennen. Sie würde sich damit sowohl für den Einsatz auf der Erdoberfläche als auch für die Verwendung im Weltraum an Bord chinesischer Spionagesatelliten eignen.

Solche Geräte wären dann vielleicht sogar zu einer Gesichtserkennung aus dem All fähig. W.K.

TOTALE ÜBERWACHUNG

Digitale Daten auf dem Schwarzmarkt

Das Ministerium der Volksrepublik China für Staatssicherheit (MSS) verfügt auch über eine Digitalpolizei, welche inzwischen Unmengen von Bürgerdaten gesammelt hat – insbesondere seit Beginn der Corona-Pandemie, die zu einem Überwachungsschub im Reich der Mitte führte. Wie der in den USA lebende IT-Fachmann Zhong Shan jetzt berichtete, sind viele der MSS-Daten nun auf dem Schwarzmarkt erhältlich und werden von Kriminellen, Geschäftsleuten und Privatpersonen gekauft. Beispielsweise erwarb ein Journalist für umgerechnet 39 Euro vertrauliche Informationen über einen Kollegen.

Der Handel flog auf, als die 13-jährige Tochter von Xie Guangjun, dem Vizepräsidenten des Technologiekonzerns Baidu, die sprichwörtliche Büchse der Pandora öffnete und etliche illegal erworbene Daten in den Sozialen Netzwerken veröffentlichte. Später förderten Presserecherchen zutage, dass auch Beamte beziehungsweise Polizisten als Datendealer auftreten, wobei der Detailgrad der durchgesickerten Informationen beweist, dass als Quelle nur das MSS infrage kommt.

Während dieses die Daten zusammenträgt, um die Bürger des Landes besser bespitzeln und kontrollieren zu können, und Kriminelle das erworbene Wissen systematisch für illegale Aktivitäten nutzen, schlagen chinesische Dissidenten damit nun gegen den Staat zurück. So stellte der in den Niederlanden lebende Lin Shengliang die China Human Rights Accountability Database ins Netz, welche derzeit bereits private und dienstliche Informationen über 600 Mitglieder der Kommunistischen Partei Chinas sowie der Sicherheits- und Justizorgane enthält, denen Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden. Damit will Lin die Enttarnung von Tätern und deren Strafverfolgung erleichtern.

Die Behörden reagierten bislang nur im Falle der Tochter von Xie, indem sie den Manager dazu nötigten, eine Erklärung abzugeben, der zufolge die Minderjährige die Daten von Ausländern erhalten habe. W.K.

Die neuen Leiden der Konservativen

Die Wahl gewonnen – und den Koalitionspoker verloren? So zumindest werten zahlreiche Beobachter das Agieren der Union und ihres Kanzlerkandidaten in den letzten Wochen. Tatsächlich sind die Spielräume für den versprochenen Politikwechsel gering

VON REINHARD MOHR

Nur wenige Tage sind es bis zur Wahl von Friedrich Merz zum Bundeskanzler. Ein Traum für ihn ganz persönlich – doch die Last der Hoffnungen und Befürchtungen aller anderen ist jetzt schon spürbar. In seiner eigenen Partei rührt es, die Unzufriedenheit ist mit Händen zu greifen. Wurde Merz über Jahre und bis zuletzt noch von Linken und Grünen als „Mann von gestern“ beschimpft, als reaktionärer Privatflieger und neoliberaler Hardliner, schließlich als Steigbügelhalter eines neuen Faschismus, so kommt nun die Kritik von rechts: Er sei bei den Koalitionsverhandlungen gegenüber der SPD eingeknickt und nun *de facto* Teil des „Linkskartells“ geworden, ein Gefangener von Rot-Grün diesseits der ominösen „Brandmauer“ zur AfD.

Auch in der Medienberichterstattung dominieren große Skepsis, scharfe Kritik und düstere Prophezeiungen. Ständig ist von „alarmierenden Schockumfragen“ für CDU und CSU die Rede – „Schwarz-Rot“ habe keine Mehrheit bei den Wählern mehr – und vom angekündigten „Politikwechsel“ und dem definitiven Ende der rot-grünen Zeitgeist-Herrschaft sei nicht mehr viel übriggeblieben. Manche Kritiker sehen Deutschland schon endgültig auf dem absteigenden Ast: „Noch einmal vier Jahre Niedergang und Verarmung“ prophezeit etwa der Blogger Don Alphonso. Für ihn ist Friedrich Merz nur noch „Long Merkel“, die Verlängerung des endemischen deutschen Elends.

Die Skepsis ist groß allerorten

„Wäre Merz tatsächlich ein Mann mit konservativen Prinzipien, hätte er sich nur auf das Wahlergebnis zu stützen brauchen“, meint ein anderer Kommentator. „Eine recht deutliche Mehrheit hat für eine Politik des gesunden Menschenverstandes gestimmt. Auf dieser Grundlage hätte man ein Kabinett mit Fachleuten zusammensetzen können. Ein Expertenkabinett würde dann unter der Richtlinienkompetenz des künftigen Kanzlers dazu beauftragt werden, den Wählerwillen sachkundig umzusetzen.“ Die Frage, mit welcher Mehrheit im Bundestag ein Bundeskanzler Merz gewählt werden würde, stellt sich der Kritiker erst gar nicht, weil die Antwort für ihn auf der Hand liegt: mit den Stimmen der AfD.

Auch der Publizist Boris Reitschuster, von 1999 bis 2015 Leiter des Moskauer Büros von „Focus“, glaubt: „Nur eine Wiedergeburt kann Deutschland noch helfen – nachdem CDU-Chef Friedrich Merz die bürgerlichen Kräfte in diesem Land endgültig verraten hat für seinen Lebensraum vom Kanzleramt und sich aus lauter Machtgier zum Bettvorderer von rot-grün umdekoriert. Er wollte die Ampel stellen – und wurde selbst zur Fußmatte. Was da an Prinzipien mit Füßen getreten wurde, spottet jeder Beschreibung. Widerstand gegen den rot-grünen Zeitgeist? Fehlanzeige. Einzige Priorität: Irgendwie mitregieren dürfen. Das bürgerliche Lager liegt im Grab.“

All diese endgültigen Urteile werden gefällt, bevor die neue Regierung überhaupt ins Amt gekommen ist. Von der traditionellen 100-Tage-Schonfrist redet in Zeiten der aufgeregten 24-Stunden-Rundumberichterstattung sowieso niemand mehr. Bei aller berechtigten Kritik: Ein bisschen typisch deutsche Hysterie und Untergangseligkeit ist schon dabei. „Ohne Krise macht das ganze Leben kein Vergnügen. Wenn wir schon mit unserem Dasein nichts Rechtes mehr anzufangen wissen, dann wollen wir wenigstens am Ende einer weltgeschichtlichen Periode stehen. Richtig zu leben ist schwer, aber zum Untergang reicht es allemal.“ Das schrieb der kon-



Müssen nun unter schwierigen Bedingungen hohe Erwartungen erfüllen: Der designierte Bundeskanzler Friedrich Merz und die von ihm berufenen Minister, hier beim „kleinen Parteitag“ der CDU am Montag dieser Woche Bild: imago/Future Images

servative Schriftsteller und Literaturkritiker Friedrich Sieburg im Jahr 1956, als die Atomwaffen im „Kalten Krieg“ im Zentrum der Ängste standen. Trotzdem ging es danach steil aufwärts mit der westdeutschen Bundesrepublik – allen Krisen zum Trotz.

Worauf es nun ankommt

Aber natürlich gibt es jenseits aller Übertreibungen und Gefühlsaufwallungen und bei allem notwendigen Verständnis für unausweichliche Kompromisse in der parlamentarischen Demokratie ein grundsätzliches Problem: Was ist im Jahr 2025 eigentlich noch konservativ oder liberal-konservativ? Worin besteht der kategoriale ideologische Unterschied zu SPD und Grünen, von der Linkspartei zu schweigen, die jetzt sogar die Hausaufgaben für Schüler abschaffen will, weil sie angeblich die soziale Ungerechtigkeit verschärfen? Wer nicht selbst darauf kommt: Gebildete Eltern können ihren Kindern mehr helfen als ungebildete: Wissen und Bildung als Feinde der Gleichheit.

Wo also liegt der harte, gleichsam unverhandelbare Kern von Überzeugungen bei den christlichen Demokraten, der keinesfalls preisgegeben, gar „verraten“ werden darf? Was ist heute die kulturelle Identität der Partei Adenauers und Kohls? Ehe und Familie, die soziale Marktwirtschaft, der Glaube an die unveräußerliche Freiheit des Individuums jenseits aller staatlichen Macht und kollektivistischer Organisationen? Westbindung, NATO und westliche Wertegemeinschaft mit Amerika? Das christliche Menschenbild?

Schwer zu sagen, denn das meiste würde inzwischen auch die SPD unterschreiben, freilich sozialdemokratisch eingefärbt und mit viel Gerechtigkeits- und Gleichheitsfloskeln angereichert.

Womit die SPD am meisten hadert, das ist allerdings das Allerwichtigste: eine Renaissance der Marktwirtschaft jenseits des planwirtschaftlichen Staatsdirigismus, die Durchforstung des irrsinnigen Bürokratiedschungels, eine große Bildungsoffensive von der Grundschule bis zur qualifizierten Berufsausbildung, dazu die massive Verringerung der

illegalen Migration, Stärkung der Kriminalitätsbekämpfung und eine effektive Reform des Sozialstaats – mehr Geld, vor allem Investitionen, für Menschen, die arbeiten, und weniger Transferleistungen für die, die nicht arbeiten, obwohl sie es könnten. Das wäre genau jener „Politikwechsel“, den der künftige Kanzler im Wahlkampf angekündigt hat – „versprochen“ klingt ein bisschen zu sehr nach Mama und Papa, die ihren Kleinen ein Spaghettieis versprochen haben, das es dann aus irgendwelchen Gründen doch nicht gibt. Ein kleiner Weltuntergang.

Aufgeben oder Lösungen suchen?

Politisch formuliert: Es gibt einen großen Konsens über die Notwendigkeit dieses Politikwechsels in der Gesellschaft, aber keine parlamentarische Mehrheit für einen Politikwechsel im Sinne der Union. Absurd, aber offensichtlich: SPD, Grüne und Linkspartei verfügen über ein gutes Drittel der Wählerstimmen, die AfD über ein weiteres Fünftel. Mit ihren 28,5 Prozent befinden sich CDU und CSU also in einer klaren, ziemlich isolierten Minderheitenposition, während FDP und BSW außen vor bleiben. Was also tun?

Resignieren? Neuwahlen? Heim ins Sauerland? Oder doch lieber Kompromisse machen bis zur Kompromittierung jeder eigenständigen Position, so wie es Angela Merkel über viele Jahre betrieben hat? Zur Ironie der Geschichte gehört ja, dass es gerade der explizite Merkel-Antipode Friedrich Merz war, der die CDU programmatisch wieder auf einen liberal-konservativen Kurs gebracht hat, soweit das überhaupt noch möglich war.

Dass er nun durch die Koalition mit der waidwund geschossenen Esken-SPD wieder in die andere Richtung gedrängt wird und etwa das unsinnige Gaga-Ziel einer gleichsam autochthonen deutschen „Klimaneutralität“ anno 2045 sogar ins Grundgesetz geschrieben wurde, hat einen fatalen Vertrauensverlust der Politik insgesamt zur Folge. So könnte die vielfach angekündigte „Migrationswende“, die Zurückweisung illegaler Migranten, kurzfristig zu dem Lackmestest der neuen Regierung werden: Hop oder top. Die Wette gilt.

Es gibt einen großen Konsens über die Notwendigkeit eines Politikwechsels in der Gesellschaft, aber keine parlamentarische Mehrheit für einen Politikwechsel im Sinne der Union

Doch zur Erinnerung: Die „geistig-moralische Wende“, die der frisch gewählte Bundeskanzler Helmut Kohl im Herbst 1982 ankündigte, fand nie statt. Im Gegenteil: Anstelle einer Rückbesinnung auf konservative Werte waren die achtziger Jahre geprägt von Protesten gegen die NATO-Nachrüstung und den „No Future!“-Parolen der schrillen Punkkultur. Die „Grünen“, ein Kind der linken Alternativbewegung, wurden gegründet, während die „Neue Deutsche Welle“ in der Popmusik den Hedonismus feierte: „99 Luftballons“, „Da da da“, „Ich will Spaß!“ Arbeitsmoral, Pünktlichkeit und Disziplin, die Sekundärtugenden der Wiederaufbaujahre, hatten einen ganz anderen Klang.

Eine Art Kulturkampf mit einer endemischen Zeitgeistmischung

Aber so ist das: Der Zeitgeist weht, wo er will. Er lässt sich nicht von Staats wegen steuern. Die Regierungspolitik hat allerdings großen Einfluss auf die Gesellschaft, und hier ragt Angela Merkels Migrationspolitik anno 2015 und folgende einsam heraus wie kaum eine andere Entscheidung der letzten Jahrzehnte. Die politische Mitte schrumpft und schrumpft seitdem unaufhörlich, während die AfD immer neue Höhenflüge erlebt, ohne dafür irgendetwas tun zu müssen.

Friedrich Merz wird zu einem historischen Zeitpunkt zum Bundeskanzler gewählt, da der klassische Sozialismus und Kommunismus schon lange nicht mehr die ideologischen Antipoden des Konservatismus sind, was lange die Gewissheit schuf, auf der anderen richtigen Seite der Geschichte zu stehen. Heute geht es nicht zuletzt um eine Art Kulturkampf, in deren Mittelpunkt die endemische Zeitgeistmischung aus Wokeness und jenem linken Moralismus besteht, der schon reflexhaft wütend reagiert, wenn die neue Bundestagspräsidentin Julia Klöckner es wagt, die Kirchen für ihre politischen Äußerungen zu kritisieren, die sich kaum von denen der Grünen unterscheiden.

Millionen von Kirchaustritten haben nichts daran geändert, dass die evangelische und die katholische Kirche weithin die Funktion einer NGO übernommen haben, die von „Tempo 30“ bis zur Aufnahme von Migranten alles im Programm hat, was auch die Deutsche Umwelthilfe, die Amadeu Antonio Stiftung und „Pro Asyl“ anbieten.

An dieser Front wird sich – neben den drängenden Wirtschafts- und Sozialstaatsfragen – entscheiden, ob die CDU-geführte Bundesregierung wirklich so etwas wie eine politische Wende schafft, weg von der Gesinnungsethik, hin zu einer Verantwortungsethik im Sinne Max Webers, die pragmatische Lösungen der Probleme anstrebt, statt der Idee hinterherzujagen, von Deutschland müsse wieder einmal die Rettung der Welt ausgehen.

Am Ende dürften nicht einmal so sehr grundsätzliche Überzeugungen den Ausschlag geben, die man nicht nur bei Friedrich Merz, sondern auch bei seinen engsten Mitarbeitern wie Carsten Linnemann und Thorsten Frei durchaus unterstellen darf, sondern der Mut, auch bei starkem ideologischen Gegenwind der rot-grünen Zeitgeisttruppen Kurs zu halten.

Sollte das nicht gelingen, dann hat sich die bürgerlich-liberale Mitte endgültig selbst erledigt.

● **Reinhard Mohr** ist freier Autor und schreibt unter anderem für „Die Welt“ und die „Neue Zürcher Zeitung“. Soeben erschien die Fortsetzung seines mit Henryk M. Broder geschriebenen Bestsellers „Durchs irre Germanistan. Notizen aus der Ampel-Republik“ (2023) unter dem Titel „Good Morning Germanistan! Wird jetzt alles besser?“ (beide Europa Verlag).

www.europa-verlag.com

● MELDUNGEN

16.000 Brücken sind baufällig

Brüssel – Der europäische Dachverband für nichtstaatliche Verkehrs-Organisationen T&E hat eine Erhebung zum Zustand der 40.000 bundeseigenen Straßenbrücken durchgeführt. Der zufolge sind 16.000 Brücken baufällig, 5905 davon sollen nicht mehr zu retten sein, während in 10.240 weiteren Fällen wahrscheinlich ebenfalls ein Ersatzneubau nötig ist, sofern nicht durch grundlegende Umbauten Abhilfe geschaffen werden kann. Als besonders kritisch schätzt T&E die Lage in den Stadtstaaten und in NRW ein, wohingegen die Verhältnisse in Bayern und den östlichen Bundesländern weniger dramatisch sein sollen. Der nötige Finanzbedarf für die neuen beziehungsweise sanierten Brücken liegt laut T&E bei rund 100 Milliarden Euro. Dabei stellt Geld nicht das einzige Problem dar. Vielmehr leidet die Erhaltung des Brückennetzes auch unter den zahlreichen bürokratischen Vorgaben in Deutschland. W.K.

Drohne abgeschossen

Magdeburg – Wie jetzt bekannt wurde, ist bereits im Jahr 2023 in Sachsen-Anhalt eine Drohne über einem Militärgelände abgeschossen worden. Nach Angaben des Bundesverteidigungsministeriums soll sich der Vorfall während der Ausbildung ukrainischer Soldaten ereignet haben. Aus Sicherheitsgründen machte das Ministerium keine weiteren Angaben zum Abschuss. Die „Berliner Zeitung“ hat berichtet, die Drohne sei über einer Schießbahn gesichtet worden, auf der ukrainische Soldaten trainiert hätten. Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Carsten Breuer, hatte im Zusammenhang mit einer möglichen Bedrohung durch Russland auf Drohnen über Kasernenanlagen der Bundeswehr und eine Zunahme von Spionageaktivitäten insgesamt hingewiesen. An der Unteroffizierschule der Luftwaffe ist die Sensibilisierung für Drohnen inzwischen ein fester Bestandteil in der Laufbahnausbildung der Luftwaffenunteroffiziere. H.M.

Bayern fördert Islamverbände

München – Im Jahr 2024 förderte der Freistaat Bayern muslimische Kulturvereine und Islamverbände sowie Moscheen mit insgesamt 520.000 Euro. Davon gingen 112.000 Euro an die Jugendorganisation der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DİTİB), die dem staatlichen Präsidium für religiöse Angelegenheiten der Türkei untersteht, das seinerseits Präsident Recep Tayyip Erdoğan unterstellt ist. Das ergab eine Anfrage der bayerischen AfD-Landtagsabgeordneten Ramona Storm. Auf das Nachhaken von Storm, warum Bayern eine Religion beziehungsweise politische Ideologie finanziere, „die bereits von ihren Grundzügen her gegen unsere Werte verstößt“, antwortete das Münchener Innenministerium knapp: „Die Staatsregierung weist diese ausschließliche Fragestellung zurück. Es bestehen große Unterschiede zwischen den Ansichten der zahlreichen Strömungen, Gruppierungen und Untergruppierungen des Islams.“ W.K.



Christen in der Alternative für Deutschland geht nach Ansicht vieler Amtskirchenfunktionäre gar nicht: Mitglied der ChrAfD auf einem AfD-Parteitag
Bild: dpa/Picture-Alliance

POLITIK UND RELIGION

Auf Konfrontationskurs

Beide Amtskirchen setzen auf totale Ausgrenzung der AfD

VON ROBERT MÜHLBAUER

Kirche und Politik – das kann schnell ein Spannungsfeld werden. Auch die neue Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) hat das bemerkt. Ihre Kritik an nach links politisierten Kirchen, die sich „wie eine NGO“ benähmen und bis hin zum Thema Tempolimit äußerten, hat ein gewaltiges negatives Echo ausgelöst. Aus den Kirchen, vor allem von Politikern aus dem rot-grünen Lager und vereinzelt auch von Parteifreunden bekam Klöckner Gegenwind.

Es ist jedoch offenkundig, dass die Kirchen sich in Deutschland in den letzten Jahren in wichtigen Themenfeldern mehr links der Mitte positioniert haben. Im Januar kritisierten die evangelische und die katholische Kirche in schärfster

Weise den CDU/CSU-Antrag für eine striktere Migrationspolitik, der mit Stimmen der AfD eine Mehrheit gewann. Offenkundig wurde dabei auch, dass sich ein Graben zwischen Union und Kirche eingetrennt hat.

In erster Linie gibt es aber eine kompromisslose Abgrenzung der Kirchen zur AfD. Die katholische Bischofskonferenz beschloss schon zu Beginn des Superwahljahrs 2024 einstimmig eine Erklärung mit dem Titel „Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar“. Darin nannten die Bischöfe die AfD ausdrücklich und bezeichneten sie als für Christen nicht wählbar. Limburgs Bischof Georg Bätzing, der Vorsitzende der Bischofskonferenz, beharrt auf einer himmelhohen Brandmauer gegen die AfD. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) grenzt sich schon viel länger

schröf von den Rechtspopulisten ab. Das Ergebnis der Bundestagswahl mit 20,8 Prozent für die AfD nannte die EKD-Ratsvorsitzende Kirsten Fehrs „erschreckend“. Mit knapp 20 Millionen Mitgliedern der katholischen und 18 Millionen Mitgliedern der evangelischen Kirchen sollten diese eigentlich ein relevanter politischer Faktor sein.

Widerspenstige Kirchenmitglieder

Doch neueste Umfragen zeigen, dass die Bischöfe mit ihren Warnungen immer weniger durchdringen. Eine INSA-Umfrage von Mitte April zeigte, wie sehr die AfD auch unter Kirchenmitgliedern an Zustimmung gewinnt. Bei den Protestanten lag sie laut dieser Umfrage auf einem Rekordniveau von 26 Prozent, nur knapp hinter der Union (28 Prozent). Bei den Katholiken kommt die AfD auf 25 Pro-

zent, die Union auf 34 Prozent. Auffällig ist, dass die Grünen unter den Kirchenmitgliedern keineswegs besonders hohe Zustimmung genießen, nämlich nur zwischen sieben und 14 Prozent. Das steht im Widerspruch zu dem Bild von evangelischen Kirchentagen, die oft wie Grünen-Treffen wirken.

Die Abgrenzung von der AfD hat in jüngerer Vergangenheit gelegentlich zu bitteren Zerwürfnissen geführt. So wurde im April bekannt, dass ein Pfarrer in Bayern im Landkreis Regen seinen langjährigen Oberministranten aus dem Dienst geworfen hat, nachdem ein Foto des 16-Jährigen mit dem umstrittenen AfD-Politiker Maximilian Kraus auftauchte. Die Familie sagt, der Pfarrer habe den Jugendlichen daraufhin als „Nazi“ bezeichnet, der Geistliche stellt den Konflikt etwas anders dar. Mehrere AfD-Kommunalpolitiker und Landespolitiker mussten aufgrund innerkirchlichen Drucks ihre Ämter als gewählte Kirchengemeindevorstände abgeben.

Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM) suspendierte 2024 einen Pfarrer, weil dieser als Parteiloser auf der AfD-Liste für einen Gemeinderat kandidierte. Landesbischof Friedrich Kramer tat sich mit besonders scharfer Kritik an der AfD hervor. Kramer sagte wörtlich, „die Totschläger der 90er Jahre ... sitzen jetzt in den Büros der AfD“. Auf Nachfrage der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ wollte oder konnte der Bischof keinen Beleg für seine Behauptung nennen.

Aber es gibt auch nachdenkliche Stimmen aus der Kirche, die fragen, ob Ausgrenzung und Diffamierung nicht zu beiderseitig verhärteten Fronten führen. Der sächsische Landesbischof Tobias Bilz warnte in einem Gastbeitrag in der Zeitung „Die Welt“ davor, eine Brandmauer gegen AfD-Wähler aufzubauen. Denn Belehrungen und Ausgrenzungen seien nicht der richtige Weg, um gesellschaftliche Spannungen zu überwinden, so Bilz.

Vereinzelt gibt es auch Theologen, die besonders der evangelischen Kirche ihre zu starke Linkslastigkeit vorhalten. So monierte etwa Ralf Frisch, Nürnberger Professor für Systematische Theologie, im „Forum Kirche und Theologie“, die EKD sehne sich danach, „zur staatsfinanzierten Nichtregierungsorganisation, also zu einer neuen Form der Staatskirche zu werden“. Mit den ständigen Aufrufen und Bekenntnissen für Demonstrationen „gegen Rechts“ hätten Kirchenfunktionäre das Signal gesetzt, „evangelisch sein heißt, links-grün zu sein und sich als Werkzeug links-grüner Politik zu begreifen“. Offenbar aber funktioniert die Lenkung der schrumpfenden Schar von Kirchenmitgliedern im rot-grünen Sinne aktuell weniger gut.

JUSTIZ

Juristen-Magazin nimmt Schöffen in Visier

Leipziger Rechtsprofessor warnt vor Unterwanderung durch „extreme politische Kräfte“

An den Amts- und Landgerichten wirken über 60.000 Schöffen an der Entscheidungsfindung in Strafverfahren gegen Erwachsene mit. Sie sollen Lebensnähe, gesunden Menschenverstand und soziales Wissen einbringen, das den Berufsrichtern manchmal fehlt. Letztere sehen in den Schöffen oft aber nur unbequeme Elemente. Daraus resultiert die neuerdings immer lauter werdende Forderung nach einer Abschaffung der Laienrichter.

Besonders entschieden wurde diese nun in einem Beitrag in dem juristischen Online-Magazin „Legal Tribune Online“ (LTO) vorgebracht. Darin bezeichnet Oliver Harry Gerson, derzeit Inhaber der Professur für Strafrecht, Strafprozessrecht, Internationales Strafrecht, Strafrechtsvergleichung und Rechtsphilosophie an der Universität Leipzig, die Schöffen als „überholte Ornamente des Misstrauens“ gegenüber den Berufsrichtern in ihrer Eigenschaft als Repräsentanten der Dritten Gewalt.

Im Einzelnen bemängelt Gerson dabei die mangelhafte Beherrschung der juristischen Fachsprache durch die Schöffen, was deren Beteiligung an der Anwendung von Rechtsnormen „wertlos“ mache. Darüber hinaus fehle es den Schöffen vielfach auch an „Fachwissen, Intelligenz und Urteilskompetenz“. Ihr Beitrag zur Urteilsfindung sei „bestenfalls subjektiv“ und von „individuellen Einschätzungen geprägt ... Der Mann ... ‚von der Straße‘ hat zu den etwaigen Geschehnissen auch eine Meinung, nicht zwangsläufig allerdings eine weiterführende Ahnung.“ Des-

halb gelte für die Schöffen: „Das Bauchgefühl von Dritten genießt keinen Sonderstatus unter den übrigen verfahrensfremden subjektiven Meinungen.“ Gerson kritisiert das Auswahl- und Bestätigungsverfahren für Schöffen und meint: „Ein weiterer demokratietheoretischer Missstand offenbart sich in der negativen Symbolkraft der Institution Schöffe. Ihre Existenz basiert auf einem historisch gewachsenen, prinzipiellen Argwohn gegenüber der Justiz. Sie bilden eine Reminiszenz an vergangene Tage, in denen der Bürger dem Staat so skeptisch gegenüberstand, dass er ... lieber von seinen Nachbarn als von einem ihm völlig fremden Richter verurteilt werden wollte.“

Danach vergleicht der Jurist die Schöffen mit Telefonzellen: „Was einst sinnvoll

und praktikabel war, hat sich ... überlebt und ist in seiner Funktion sogar pervertiert worden.“ Nicht selten seien Laien in der Justiz „offene Flanken für Angriffe von extremen politischen Kräften“.

So bestehe die akute „Gefahr, dass politische Parteien und Interessengruppen, darunter auch demokratie- und rechtsstaatsfeindliche Akteure, Schöffentlisten ‚kapern‘, um auf diese Weise ideologisch munitionierte Personen in die Justiz einzuschleusen“. Mit dieser Formulierung will Gerson wohl belegen, dass auch der „Kampf gegen rechts“ eine Abschaffung der Schöffen und die „Kontrolle“ des Gerichts durch „andere, weitaus geeignetere Protagonisten“ gebiete. Das sollen kurioserweise vor allem die Staatsanwälte sein. Wolfgang Kaufmann

INNERE SICHERHEIT

Hochschulen als Bühne für Extremisten

Hörsaal-Besetzung und Attacke auf einen jüdischen Studenten: Beauftragter fordert Konsequenzen

VON HERMANN MÜLLER

Der Beauftragte der Bundesregierung für den Kampf gegen Antisemitismus, Felix Klein, fordert vom Berliner Senat einen Antisemitismusbeauftragten für alle Hochschulen der Hauptstadt. Der Ruf nach einem Beauftragten ist angesichts nicht abbreißender Ausschreitungen nachvollziehbar, greift aber vermutlich zu kurz. Die Politik hat viel zu lange zugelassen, dass radikale Aktivisten Hochschulen in ganz Deutschland als Bühne für Hetze und Ausgrenzung nutzen können.

Aktueller Anlass für Kleins Forderung ist die nicht abbreißende Reihe von Uni-Besetzungen durch radikale Palästina-Aktivisten. Zuletzt hatten Israel-Hasser an der Humboldt-Universität (HU) den denkmalgeschützten Emil-Fischer-Hörsaal verwüstet. Ganze Sitzreihen wurden herausgerissen, Wände und Fassaden mit Parolen beschmiert. HU-Präsidentin Julia von Blumenthal erklärte: „Wir gehen davon aus, dass der Schaden zwischen 60.000 und 100.000 Euro liegt.“ Den Studenten wird der Emil-Fischer-Hörsaal wahrscheinlich für Wochen nicht zur Verfügung stehen.

Jüdischer Student klagt gegen FU

Die HU-Präsidentin geht davon aus, dass die Zerstörungen von den Extremisten „genau geplant und vorbereitet“ waren. Die Polizei hat nach der Besetzung des Hörsaals 100 Strafermittlungsverfahren eingeleitet. Als Begründung für die Aktion gaben die Besetzer die drohende Ausreise von vier Personen an. Diesen vier, drei EU-Bürgern und einer Person aus den USA, wird vorgeworfen, bei gewalttätigen Ausschreitungen im Oktober 2024 Beschäftigte der Freien Universität mit Äxten und Knütteln bedroht zu haben. Berlins Innenverwaltung entschied, dass alle vier Personen Deutschland verlassen müssen.

Nur wenige Tage vor der Verwüstung des Hörsaals hatte das Amtsgericht Berlin-Tiergarten im Fall eines Angriffs auf einen jüdischen Studenten der Freien Universität (FU) im Westteil Berlins ein Urteil gesprochen. Angeklagter in dem Verfahren war ein Student mit palästinensischen Wurzeln. Ihm hatte die Staatsanwaltschaft vorgeworfen, den FU-Studenten Lahav S. im Februar 2024 bei einer



„Genau geplant und vorbereitet“: Verwüstungen und Parolen im Gebäude der HU

Bild: picture alliance/dpa

zufälligen Begegnung am Rosenthaler Platz aus antisemitischen Motiven krankenhaushausreif geprügelt zu haben. Der Attacker erlitt mehrere Knochenbrüche im Gesicht. Das Gericht verurteilte den Lehramtsstudenten Mustafa A. am 17. April wegen schwerer Körperverletzung zu drei Jahren Haft. Damit ging das Schöffengericht volle acht Monate über die Forderung der Staatsanwaltschaft hinaus.

Laut Berliner Verwaltungsgericht wird im Juli zudem über eine Klage des attackierten Lahav S. gegen die Freie Universität Berlin verhandelt. Erreichen will der Student eine Feststellung des Gerichts, dass die FU gegen ihre Pflichten aus dem Berliner Hochschulgesetz verstößt. Das Gesetz verpflichtet Berlins Hochschulen, „Diskriminierungen insbesondere wegen des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, einer rassistischen oder antisemitischen Zuschreibung“ zu beseitigen.

Aus Sicht von Lahav S. hat die Hochschule die antisemitische Stimmung, die auch zu dem Angriff gegen ihn geführt hat, viel zu lange toleriert. Er wirft der FU-Leitung überdies vor, fast gar nichts zum Schutz jüdischer Studenten zu tun: „Ihre Aussage ist, dass man nicht überall Sicherheitsleute hinstellen kann“, so der 32-Jährige. Der Bundesbeauftragte Klein bezeichnete inzwischen die Situation „insbesondere für jüdische Studierende und alle anderen, denen an einem störungsfreien Lernumfeld gelegen ist“ als nicht weiter hinnehmbar.

Viel zu lange zugeschaut

Klein hatte sich bereits im Januar, nach einer Besetzungsjagd anti-israelischer Aktivisten an der Alice-Salomon-Hochschule, für die Schaffung der Stelle eines übergeordneten Koordinators ausgesprochen, der die Arbeit der Antisemitismus-

beauftragten an den einzelnen Berliner Hochschulen bündelt. Die Leitung der Hochschule hatte die Besetzungsaktion der Extremisten im Januar geduldet und keinen Grund gesehen, vom Hausrecht Gebrauch zu machen.

Von der zuständigen Senatsverwaltung heißt es derweil noch, dass die senatsinterne Abstimmung zur Einrichtung des Beauftragten noch nicht abgeschlossen sei. Es stellt sich die Frage, ob der Senat nicht viel mehr tun müsste, damit an den Berliner Hochschulen Forschung und Lehre nicht immer stärker unter dem Druck kleiner radikaler Gruppen leiden. Der Berliner Politikwissenschaftler Herfried Münkler und auch der Historiker Jörg Baberowski haben sich in den vergangenen Jahren immer wieder Diffamierungskampagnen ausgesetzt gesehen, die von linksextremistischen Studenten angezettelt worden waren.

KRIEGSENDE

Gezerre um russische Teilnahme

Außenamt gegen Vertreter Moskaus bei Gedenkfeiern zum 8. Mai – Es regt sich Widerspruch

Das Auswärtige Amt hat Kommunen und Gedenkstätten dazu geraten, keine Vertreter Russlands zu Weltkriegs-Gedenkveranstaltungen zuzulassen. Es sei mit „massiver Propaganda, Desinformation und geschichtsrevisionistischer Verfälschung“ zu rechnen, so das noch unter Leitung von Annalena Baerbock stehende Ministerium. Gegenüber dem Sender rbb bestätigte Brandenburgs Innenministerium, dass es auf Bitten des Auswärtigen Amtes den Landkreisen und kreisfreien Städten eine Handreichung zu den Gedenkveranstaltungen zugesandt hat.

Wie inzwischen bekannt wurde, enthielt das Papier des Auswärtigen Amtes die Empfehlung, zu Gedenkveranstaltungen ebenfalls keine offiziellen Vertreter Weißrusslands einzuladen. Notfalls soll nach den Vorstellungen des Baerbock-Mi-

nisteriums offenbar sogar vom Hausrecht Gebrauch gemacht werden.

Bei den Adressaten der Handreichung fallen die Reaktionen sehr unterschiedlich aus. Der Landkreis Märkisch-Oderland und die Stadt Seelow haben bereits mit einer Gedenkfeier an die Schlacht um die Seelower Höhen vor 80 Jahren erinnert. Friedemann Hanke, Vizelandrat von Märkisch-Oderland, machte im Vorfeld der Veranstaltung darauf aufmerksam, dass der russische Botschafter jedes Jahr bei Gedenkveranstaltungen anwesend sei. Der Vizelandrat lehnte es ab, den Botschafter des Geländes zu verweisen. „Das werden wir auf keinen Fall tun. Er wird mit dem ihm gebührenden Respekt begrüßt“, so der CDU-Politiker.

Hanke weiter: „Es kann doch nicht Ziel von Diplomatie sein, einen Botschaf-

ter vor die Tür zu setzen.“ Um eine Instrumentalisierung zu vermeiden, setzen Landkreis und Stadt Seelow auf ein stilles Gedenken ohne Reden: „Wir feiern hier nicht eine siegreiche Sowjetmacht, sondern gedenken derjenigen, die hier ihr Leben gelassen haben und dass Krieg letztlich immer heißt, dass Menschen sterben.“

Forderung: Hausrecht einsetzen

Der Berliner Senat will dagegen bei Gedenkfeiern zum Kriegsende generell keine Offiziellen ausländischer Staaten einladen. Senatssprecherin Christine Richter erklärte: „Wir gehen davon aus, dass offizielle Vertreter anderer Staaten die Entscheidung des Landes Berlin respektieren und sich daher die Frage des Hausrechts nicht stellen wird.“ Auf Anfrage des „Ta-

gesspiegel“ beharrte die russische Botschaft allerdings auf einer Teilnahme bei den Veranstaltungen. Die sowjetischen Ehrenmale im Tiergarten und im Treptower Park sind zudem öffentliche Orte, an denen Russlands Botschafter kaum verwehrt werden kann, wie in den Vorjahren Kränze niederzulegen und der gefallenen Soldaten zu gedenken.

Aus Brandenburg heißt es wiederum, dass russischen Diplomaten am 4. Mai die Teilnahme an der zentralen Gedenkfeier zur Befreiung des KZ Sachsenhausen verwehrt werden soll. Neben Regierungschef Woidke nehmen an der Feier auch Vertreter der Bundesregierung und Überlebende teil. Brandenburgs Gedenkstättenchef Axel Drecolle hatte bereits im April auf das Hausrecht der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten verwiesen. H.M.

KOLUMNE

Antifa-Jargon

VON THEO MAASS

Berlins Arbeitssenatorin Cansel Kiziltepe muss sich den Vorwurf der „Relativierung des Holocausts“ gefallen lassen. Die SPD-Politikerin hatte im Jargon der Antifa Fahrzeuge des US-Herstellers Tesla als „Nazi“-Autos bezeichnet. Über den sinkenden Absatz des Autobauers hatte sie sich gefreut: „Wer will auch ein #Nazi-Auto fahren?“ Vorwand dafür war wiederum die Werbung Elon Musks für die AfD.

Zwar hat Kiziltepe ihre Äußerung auf der Plattform X später gelöscht, beharrt aber dennoch auf ihren Worten: „Ich halte an meinen Einschätzungen zu Elon Musk ausdrücklich fest.“ Während sonst wegen jeder vermeintlich volksverhetzenden Äußerung Kläger oder Staatsanwälte wegen angeblicher Volksverhetzung tätig werden, hört man in Sachen „Nazi-Auto“ nichts. Stattdessen wird beschwichtigt. Insbesondere die SPD in Berlin und Brandenburg hat ein dickes Problem.

Tesla beschäftigt im brandenburgische Grünheide mehr als 10.000 Mitarbeiter, und die SPD stellt im Land den Ministerpräsidenten und den Wirtschaftsminister. Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD): „Vor dem Hintergrund, dass im Tesla-Werk in Grünheide neben vielen Berlinern auch Menschen aus rund 150 verschiedenen Nationen arbeiten, ist diese Aussage einer Arbeitssenatorin völlig fehl am Platz.“

Brandenburgs Wirtschaftsminister Daniel Keller (SPD) forderte Kiziltepe auf, die Äußerung zurückzunehmen. „Ein solcher Nazi-Vergleich verletzt die Menschen, die dort arbeiten, und ist für eine Arbeitssenatorin völlig unangebracht.“ Auch von ihren Berliner Genossen erntete Kiziltepe Kritik. „Mit historischen NS-Vergleichen muss man immer vorsichtig sein. Dafür braucht es das notwendige kommunikative Fingerspitzengefühl“, teilen Berlins SPD-Landesvorsitzende Nicola Böcker-Giannini und Martin Hikel mit. Trotz solcher Distanzierungen bleibt der fatale Eindruck: Die SPD duldet linksextreme Repräsentanten, die zu einer Radikalisierung der Gesamtpartei beitragen.

MELDUNG

Chance für das Kirchenschiff?

Potsdam – Potsdams Oberbürgermeister Mike Schubert (SPD) hat am 9. April im Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung erklärt, dass das sogenannte Kunst- und Kreativhaus neben dem wiederaufgebauten Turm der Garnisonkirche über die vereinbarte Nutzungszeit hinaus nicht fortbestehen kann. Der Versuch, weitere Kompromissgespräche mit der Stiftung Garnisonkirche zur Zukunft des Gebäudes zu führen, sei gescheitert. Als Enddatum der Nutzung hatte die Stadt den 31. Januar 2026 vereinbart. Bei dem Bau handelt es sich um ein früheres Rechenzentrum, das zum Teil auf dem Areal der abgerissenen Kirche errichtet wurde. Die Stiftung Garnisonkirche hat derzeit keine Pläne, auch das Kirchenschiff wiederaufzubauen. Mit dem Abriss des früheren Rechenzentrums würde langfristig jedoch die Möglichkeit zum Wiederaufbau der gesamten Garnisonkirche bestehen. H.M.

● MELDUNGEN

Fotografier- und Filmverbot

Warschau – Polen stellt das Fotografieren und Filmen bestimmter öffentlicher Einrichtungen und Infrastrukturobjekte ohne vorherige Genehmigung unter Strafe. Eine seit dem 17. April geltende Überarbeitung des Anti-Spionagegesetzes sieht für Verstöße gegen das Verbot Geldstrafen von bis zu 20.000 Zloty, derzeit etwa 4.700 Euro, oder Haft von bis zu 30 Tagen vor. Polnische Behörden dürfen Kameras oder Smartphones zudem auch einziehen. Von Film- oder Fotografiervorboten sind staatsweit rund 25.000 „strategische Orte“ wie etwa Regierungsgebäude, militärische Einrichtungen und Rüstungsunternehmen, aber auch Brücken, Tunnel, Hafenanlagen und fahrende Züge betroffen. Pawel Zalewski, Staatssekretär im Verteidigungsministerium, begründete das Gesetz mit Spionage- und Sabotageakten vonseiten Russlands und Weißrusslands sowie dem Schutz von Militärangehörigen. *H.M.*

Einmischung in Wahlkampf

Warschau – Die Europäische Kommission und die NATO mischen sich auf verdeckte Weise in den polnischen Präsidentschaftswahlkampf ein, um zu erreichen, dass nach den diesen Monat stattfindenden Wahlen ein EU-freundliches Staatsoberhaupt an die Seite des EU-freundlichen Regierungschefs Donald Tusk tritt. Seitens der EU-Kommission geschieht dies vor allem durch die Finanzierung der angeblichen Nichtregierungsorganisation „Demagog“, die verspricht, „emotionale und manipulative“ Botschaften in der Wahlwerbung zu bekämpfen, was sich in erster Linie gegen die EU-skeptische Oppositionspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) richtet. Die NATO setzt zusätzlich auf das in Deutschland angesiedelte Netzwerk „Alliance4Europe“ zur „Identifizierung und Abwehr von Desinformationsbedrohungen“ sowie auf die Europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien (EDMO) unter der Leitung des Europäischen Hochschulinstituts in Florenz. *W.K.*

Überschuss in Griechenland

Athen – Griechenlands Regierung hat auf der Grundlage eines Haushaltsüberschusses öffentliche Ausgabenprogramme angekündigt. Im Jahr 2024 sind 68,8 Milliarden Euro in die Staatskasse geflossen, fast zwei Milliarden mehr als im Haushalt veranschlagt. Gleichzeitig gab der Staat vergangenes Jahr weniger aus als geplant. Unter dem Strich steht damit ein Haushaltsüberschuss von 369 Millionen Euro. Ihn will die Regierung unter Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis für ein Investitionsprogramm und einen Ausbau von Finanzhilfen im Sozialbereich verwenden. Jüngst hatte die Regierung bekanntgegeben, dass sie die Schulden aus dem ersten Euro-Rettungspaket bereits bis 2031 zurückzahlen wolle. Die Tilgung würde damit zehn Jahre früher als geplant erfolgen. Hellas hat seine Staatsschuldenquote seit 2020 um mehr als 55 Prozentpunkte von 209,4 auf 154 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gesenkt. *H.M.*

UNGARN

Viele Deutsche zieht's zu den Magyaren

Die meisten Auswanderer sind unzufrieden mit der deutschen Zuwanderungspolitik

VON BODO BOST

In Ungarn leben mehr als 11.000 in Deutschland geborene Menschen über 60, ein erheblicher Teil davon in den südwestlichen Komitaten Somogy und Zala am Plattensee (Balaton) und an der Grenze zu Kroatien. In dieser Region gibt es eine Reihe von Siedlungen, in denen der Anteil der über 60-Jährigen, die in Deutschland geboren wurden, mehr als zehn Prozent beträgt, so die Ergebnisse einer Studie. Die Studie unterstreicht, dass noch im Jahr 2011 nur 22.000 ausländische Bürger über 60 Jahren in Ungarn lebten, im Jahr 2022 waren es bereits 38.000. Laut dem ungarischen Statistischen Landesamt (KSH) lebten 1995 knapp 7500 Deutsche in Ungarn, heute sind es rund 23.000. Zwar schwanken die Zahlen, aber es ist ein kontinuierlicher Anstieg der in Ungarn ansässigen deut-

schen Staatsbürger festzustellen. Viele deutsche Auswanderer äußern Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen in ihrem Heimatland. Sie sind gegen die unkontrollierte Einwanderung und fühlen sich durch die hohe Zahl der oft gewalttätigen Zuwanderer unsicher.

In Ungarn hingegen finden sie kaum Asylsucher und schätzen die ungarische Einwanderungspolitik, die verfolgte Christen aus islamischen Ländern bevorzugt aufnimmt. Auch die günstigen Immobilienpreise, der einfache Behördenzugang, die schöne Landschaft, die Ruhe, die niedrigen Lebenshaltungskosten und die preiswerten Dienstleistungen spielen eine Rolle für die Neuzuwanderer.

Die Exilanten sind vor allem Rentner

Viele Deutsche verbinden auch schöne Erinnerungen an den Plattensee aus der Zeit der deutschen Teilung, als Osis und

Wessis dort einander trafen. Der Plattensee war ein wichtiger Treffpunkt für geteilte Familien vor der Vereinigung. Deshalb öffnete Ungarn auch als erstes Land die Grenzen für Mitteldeutsche. Direkt am Plattensee sind die Immobilienpreise zwar so hoch, dass sich viele kein Haus dort leisten können. Die umliegenden Orte, in denen oft bereits seit Jahrhunderten Ungarndeutsche leben, wie Mor oder Stuhlweißenburg, bieten jedoch günstige Wohnmöglichkeiten, sodass viele dort ein Grundstück erwerben.

Ungarn ist zu einem Zielland für die innereuropäische Migration älterer Menschen geworden, ein Prozess, der sich in Zukunft beschleunigen oder sogar noch verstärken könnte. Auch viele Menschen aus der Schweiz, Österreich und den Niederlanden zieht es in das Land. Es sind neben den älteren Menschen oder Menschen mit Familien, die nach Budapest

oder in kleinere Städte ziehen, auch junge Menschen. Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Menschen, die aus Deutschland nach Ungarn zogen, um fast 35 Prozent gestiegen, und laut dem Immobilienportal Ingtatlan.com kaufen die Deutschen nicht mehr nur in der Plattensee-Region, sondern im ganzen Land Immobilien zum Wohnen.

Bevorzugt ist die Balaton-Region

Ein Bericht im Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) erwähnte, dass die in Ungarn ansässigen Deutschen bereits in zwanzig Siedlungen in der Plattensee-Region Stammtische organisiert haben. Der MDR besuchte auch einen dieser Stammtische, wo die Migrationskrise das Thema war. Nach der Veranstaltung gab eine Frau aus Dresden dem Sender ein Interview. Sie sagte, sie sei aus wirtschaftlichen Gründen nach Ungarn geflohen, weil sie in Deutschland obdachlos wäre, obwohl sie 55 Jahre lang gearbeitet habe. In einigen Orten sind bereits neue deutsche Kirchengemeinden entstanden. Das fällt umso leichter, als es in Ungarn noch mehr als 200.000 Ungarndeutsche gibt, die über ein gut ausgebautes Kirchen- und Schulwesen, eigene Radio- und Fernsehsendungen sowie eigene Kulturzentren verfügen. Eine deutsche „Balaton Zeitung“ gibt es auch seit Jahren.

Der MDR besuchte anschließend Keszthely, wo ihm bei einem Spaziergang durch die Stadt oft deutsche Worte in den Ohren klangen. Eine Interviewpartnerin, Rita Mick-Sole, war eine evangelische Pastorin, die dort arbeitet. Als die Reporterin sich wunderte, wie gepflegt die öffentlichen Grünanlagen sind, und sie anmerkte, dass es sie an deutsche Präzision erinnere, korrigierte die Pfarrerin sie, es handele sich um ungarische Präzision. Sie erklärte, dass die Deutschen in Scharen nach Ungarn zögen, weil die deutsche Politik die Menschen verunsichere und unzufrieden gemacht habe, während sie in Ungarn glücklich sein könnten.

Mick-Sole wird nächstes Jahr selbst in den Ruhestand gehen und nach Deutschland zurückkehren. Viele Deutsche entscheiden sich am Ende doch wieder für Deutschland, weil es dort eine bessere Gesundheitsversorgung gibt.



Zu vielen anderen Vorzügen kommen erschwingliche Immobilienpreise im Umland: Der Plattensee

Bild: IMAGO/Zoonar

USA

Weitere Akten zum Kennedy-Attentat freigegeben

Warum die Unterlagen interessant sind, obwohl sie kaum Neues zum Mordanschlag enthalten

Wahrscheinlich befinden sich rund sechs Millionen Dokumente, die im Zusammenhang mit der Ermordung des 35. US-Präsidenten John F. Kennedy am 22. November 1963 entstanden, in US-amerikanischen Archiven. Zahlreiche dieser zunächst als geheim eingestuft und bis 2039 gesperrten Unterlagen wurden aufgrund des President John F. Kennedy Assassination Records Collection Act von 1992 bereits der Allgemeinheit zugänglich gemacht. Die von diesem Gesetz geforderte vollständige Freigabe bis 2017 ist zwar unter Hinweis auf Sicherheitsbedenken unterblieben, doch erfolgten während der ersten Präsidentschaft von Donald Trump und der Regierungszeit von Joe Biden weitere Veröffentlichungen.

Nach seinem erneuten Amtsantritt erließ Trump am 23. Januar 2025 die Executive Order 14176 zur Deklassifizierung der Unterlagen über die Morde an JFK und dessen Bruder Robert F. Kennedy sowie

dem schwarzen Bürgerrechtskämpfer Martin Luther King. Dem folgte am 17. März eine Direktive des Präsidenten zur sofortigen Freigabe von 63.000 Dokumenten, die Teil der President John F. Kennedy Assassination Records Collection im US-Nationalarchiv sind.

Doch immer noch stehen etliche Akten unter Verschluss, darunter 13 der 15 Schriftstücke, von denen Experten vermuten, dass sie besondere Wichtigkeit besitzen. Das resultiert aus nach wie vor gültigen Gerichtsurteilen, die selbst Trump nicht aufheben kann. Dazu kommen fortbestehende Schwärzungen und Lücken. Diese finden sich unter anderem in den Protokollen der Befragungen von James Jesus Angleton, der von 1951 bis 1974 die Spionageabwehrabteilung des US-Auslandsnachrichtendienstes CIA leitete und später als israelischer Agent enttarnt wurde. Darin geht es um bis heute umstrittene und geheimnisumwitterte

CIA-Aktionen wie das Projekt MKULTRA zur Bewusstseinskontrolle. Darüber hinaus existieren Hinweise auf die „Bereinigung“ oder Löschung von Akten. Zudem liegen diese oft in sehr unprofessionell digitalisierter Form vor, worunter ihre Lesbarkeit leidet. Ebenso fehlt ein Index für die Suche nach Schlüsselbegriffen und Namen.

Dennoch ergeben sich aus den nun einsehbaren Dokumenten einige neue Erkenntnisse, die aber nicht ausreichen, um die These von der Einzeltäterschaft Lee Harvey Oswalds zu entkräften. Stattdessen erfährt der Leser einiges über die CIA. Beispielsweise geht aus einem Memorandum von Kennedys Sicherheitsberater Arthur Schlesinger vom 10. Juni 1961 hervor, dass der Auslandsgeheimdienst dabei sei, zu einer unkontrollierbaren Organisation zu mutieren, und fast jeder zweite „Diplomat“ an US-Botschaften im Ausland der CIA angehöre. Erhebliches Auf-

sehen erregte gleichfalls die Auflistung von 34 früheren CIA-Stützpunkten rund um die Welt, darunter auch in Berlin, Bonn, Hamburg und München, wobei es sich im letzteren Falle sogar um eine große „Operationsbasis“ handelte. Ansonsten sind nun auch etliche Pläne für Aktionen gegen Kuba und die UdSSR frei zugänglich.

Auffällig ist des Weiteren das Bemühen der CIA, vermeintliche „Verschwörungstheorien“ über den Mord an Kennedy zu diskreditieren. Dazu gehörte nicht zuletzt die Verfolgung von Autoren, die Bücher über das Attentat schrieben und darin kritische Fragen stellten. Außerdem zeigen die Dokumente ganz klar, dass der Geheimdienst systematisch einzelne Journalisten förderte, die seine Narrative verbreiteten. Zu diesen gehörte der Reporter Al Burt vom „Miami Herald“, der den Decknamen „AMCARBON-1“ erhielt.

Wolfgang Kaufmann

VON PETER ENTINGER

In Deutschland haben sich Tarifaussinandersetzungen in systemrelevanten Branchen wie Bahn, Luftverkehr und Post in den vergangenen Monaten deutlich verschärft. Die Gewerkschaft ver.di rief mehrfach zu Warnstreiks im öffentlichen Personennahverkehr auf. Ein drohendes Reisechaos über die Ostertage konnte nach zähen Verhandlungen zwar noch abgewendet werden, doch bei der Bahn scheint der Streik zur Dauererscheinung zu werden. Auch in anderen essenziellen Bereichen kommt es regelmäßig zu Arbeitskämpfen.

Diese Streiks sind weit mehr als nur Auseinandersetzungen um ein paar zusätzliche Urlaubstage oder einige Euros mehr am Monatsende. Sie haben tiefgreifende wirtschaftliche Auswirkungen – auf Logistikprozesse, Produktionsketten und letztlich die Verbraucher. Besonders der Schienen- und Luftverkehr bilden das Rückgrat nationaler wie internationaler Logistik. Arbeitskämpfe bei der Deutschen Bahn führen häufig dazu, dass Güter verspätet an Produktionsstandorte oder in den Einzelhandel gelangen. An Umschlagbahnhöfen stauen sich Transporte, ganze Lieferketten geraten ins Stocken.

Auch im Luftverkehr zeigen sich massive Auswirkungen: Streiks beim Bodenpersonal, bei Sicherheitsdiensten oder Piloten betreffen Fracht- wie Passagierflüge gleichermaßen. Schon ein einzelner Tag Stillstand kann laut Branchenangaben Hunderttausende Euro kosten. Expresslieferungen und zeitkritische Frachten sind besonders sensibel für solche Verzögerungen. Die Industrie ist heute mehr denn je auf zuverlässig funktionierende Lieferketten angewiesen.

Streikfolgen und Volkes Meinung

Spätestens seit der Corona-Pandemie und dem Ukrainekrieg ist dieses Bewusstsein auch bei der Masse der Bevölkerung angekommen. Wenn Züge oder Flugzeuge stillstehen, fehlen Bauteile, Rohstoffe oder Maschinen. Besonders betroffen sind Branchen mit komplexen Fertigungsprozessen wie die Automobil-, die Maschinenbau- oder die Elektronikindustrie.

Ein Beispiel aus dem vergangenen Jahr verdeutlicht die Fragilität globaler Lieferketten: In mehreren US-Städten traten Hafenarbeiter in den Streik, was zu massiven Rückstaus führte – mit Folgen bis nach Europa. Analysten der Investmentbank JP Morgan schätzten, dass der Streik die US-Wirtschaft zwischen 3,8 und 4,5 Milliarden US-Dollar täglich kostete, wenngleich ein Teil der Verluste



Auch in der Bundeshauptstadt Berlin: 1.-Mai-Demonstration

Bild: Leonhard Lenz

TAG DER ARBEIT

„Mach dich stark mit uns!“

Auch dieses Jahr rief der Deutsche Gewerkschaftsbund zu Demonstrationen auf – Wiederkehrende Streikwellen stoßen jedoch zunehmend auf Kritik

durch spätere Nachholeffekte kompensiert wurde. Dennoch hieß es damals warnend: „Leere Verkaufsregale und höhere Preise drohen den Verbrauchern.“

Für Verbraucher bedeuten die Streiks vor allem Unannehmlichkeiten: verspätete Züge, gestrichene Flüge, nicht zugestellte Sendungen. „Unsere Leute arbeiten oft am Limit und verdienen faire Bedingungen“, verteidigte ein Sprecher der Gewerkschaft ver.di die jüngsten Warnstreiks.

Das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) schrieb nach Beginn des großen Bahnstreiks im vergangenen Jahr: „Die Industrie muss wieder einmal Produktionsplanungen und Logistikketten auf Bahnstreikmodus umstellen. Zwar verfügen viele Unternehmen inzwischen über Erfahrung im Umgang mit solchen Ausfällen, dennoch kostet jeder Streik Geld und Nerven.“ Die Kosten für Deutschland seien schwer zu beziffern, doch bei Produktionsstillständen – etwa wegen fehlender Rohstoffe – könnten laut früheren Erfahrungswerten Schäden

von bis zu 100 Millionen Euro pro Tag entstehen.

Grundsätzlich befürwortet eine Mehrheit der Deutschen das Streikrecht als legitimes Mittel im Arbeitskampf. Laut einer repräsentativen Umfrage des Instituts Civey aus dem Frühjahr 2024 sprechen sich 54 Prozent der Befragten gegen eine Verschärfung des Streikrechts aus, während 36 Prozent dafür sind und zehn Prozent unentschieden bleiben.

Forderungen des DGB

Interessant ist der Blick auf die regelmäßig wiederkehrenden Bahnstreiks, die auf vergleichsweise wenig Verständnis stoßen. In einer Umfrage von YouGov im Dezember 2023 zeigten 59 Prozent der Befragten kein Verständnis für den Streik der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL), während lediglich 34 Prozent ihn unterstützten.

Die hohe Streikintensität der vergangenen Monate dürfte auch Auswirkungen auf die traditionellen Maikundgebungen haben. Unter dem Motto „Mach dich

stark mit uns!“ rief der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) mit seinen Mitgliedsgewerkschaften in ganz Deutschland zu Demonstrationen auf. Gemeinsam solle für eine gerechte Arbeitswelt, faire Löhne und eine starke Demokratie eingetreten werden.

Der DGB fordert von der neuen Bundesregierung, das beschlossene Sondervermögen dort einzusetzen, wo es am dringendsten benötigt werde. Laut dem DGB sind das der Ausbau der Schiene, die Bildungseinrichtungen, der Wohnungsbau, die soziale Sicherung, die Digitalisierung und der „Klimaschutz“. „Es kommt jetzt darauf an, unser Land und unsere Wirtschaft am Laufen zu halten“, heißt es im Aufruf zum 1. Mai. Ein Anliegen sei zudem die Gewinnung von Fachkräften – durch gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne. Die Gewerkschaften forderten einen nationalen Aktionsplan zur Stärkung der Tarifbindung, ein Bundestariftreugesetz und einen armutsfesten Mindestlohn. Und wenn es sein müsse, werde eben wieder gestreikt.

STEUERGELDVERSCHWENDUNG

Intel-Fabrik in Magdeburg kommt nicht

Wie es zu dem Debakel kam, und wer daran die Schuld trägt

Am 15. März 2022 kündigte der US-amerikanische Halbleiterhersteller Intel an, bis 2027 nahe des Autobahnkreuzes Magdeburg-Sudenburg in Sachsen-Anhalt eine aus zwei Werken bestehende Chipfabrik in Betrieb zu nehmen und auf diese Weise 3000 Arbeitsplätze zu schaffen. Im Gegenzug versprach die Bundesregierung Subventionen in Höhe von 9,9 Milliarden Euro, während Intel seine geplanten Ausgaben auf mehr als 20 Milliarden bezifferte, was die größte ausländische Direktinvestition aller Zeiten in Deutschland gewesen wäre. Die Bundesregierung begründete die großzügige Subventionierung damit, die Abhängigkeit von asiatischen Chip-Produzenten verringern und auf diese Weise die europäische Versorgungssicherheit auf dem Gebiet der Halbleiter stärken zu wollen.

Allerdings verordnete sich Intel im August 2024 einen rigiden Sparkurs, der Kostensenkungen von zehn Milliarden Dollar und die Streichung von 18.000 Stellen rund um die Welt vorsah. Auslöser des Ganzen war ein wirtschaftlicher Absturz des Konzerns infolge strategischer Fehlentscheidungen. Anstatt auf neue Entwicklungen im Bereich der Hardware und Künstlichen Intelligenz zu achten, hatte sich die Unternehmensführung auf Aktienrückkäufe und Finanzkosmetik konzentriert. Dadurch sank der Nettogewinn von Intel zwischen 2021 und 2023 von fast 20 Milliarden US-Dollar auf knapp 1,7 Milliarden. Damit wurde der Konzern faktisch zum Sanierungsfall.

Dennoch gab der damalige Intel-Chef Patrick Gelsinger im September 2024 das Versprechen ab, an dem Projekt in Mag-

deburg festzuhalten. Es werde sich nur um zwei Jahre verzögern. Das wurde von der Bundes- wie auch der Landesregierung mit Erleichterung registriert. Nun hat der Konzern jedoch das Aus für das Chip-Werk verkündet, das Intels Konkurrenten wie dem derzeitigen Weltmarktführer Taiwan Semiconductor Manufacturing Company Limited (TSMC) Paroli bieten sollte.

Damit stehen die bereits in der Erschließung befindlichen Flächen von über 400 Hektar Größe wieder für „alternative Industrie- und Gewerbeunternehmen“ zur Verfügung, wobei es am Ende wohl eher zu einer landwirtschaftlichen Nutzung kommen wird. In diesem Falle wären die bisherigen Aufwendungen für die Infrastruktur von Seiten des Landes Sachsen-Anhalt größtenteils vergeblich gewesen.

Schuld an dem Debakel tragen allerdings nicht nur Intel und dessen Führungsspitze, welche die Zeichen der Zeit verkannte, sondern auch die Ampelregierung in Berlin. Zum einen hatte der Standort Magdeburg durch bürokratische Hürden, hohe Steuern und die explodierenden Energiekosten erheblich an Attraktivität verloren. Zum anderen war es von Anfang an falsch, die Zukunft der europäischen Halbleiterindustrie in die Hände des angeschlagenen US-Konzerns legen zu wollen – zumal die Ansiedlung auch noch Rekordsubventionen nötig machte.

Eine Bundesregierung mit wirtschaftlichem Sachverstand hätte stattdessen eher auf gesunde, innovative und wachstumsstarke Branchenriesen wie NVIDIA, AMD oder TSMC gesetzt.

Wolfgang Kaufmann

MELDUNGEN

Mittelstand baut Stellen ab

Neuss – Im deutschen Mittelstand haben in jüngster Zeit so viele Unternehmen Arbeitsplätze abgebaut wie seit anderthalb Jahrzehnten nicht mehr. Bei einer Frühjahrsumfrage 2025 der Wirtschaftsankunft Creditreform gab etwa jedes fünfte befragte Unternehmen an, es habe seinen Personalbestand verkleinert. Ein noch höherer Wert wurde zuletzt im Jahr 2010 verzeichnet. Befragt hatte Creditreform 1200 mittelständische Unternehmen. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln hat in einer Konjunkturumfrage die Aussichten für das Gesamtjahr 2025 abgefragt. Dabei sagten sogar 35 Prozent der Unternehmen, dass sie von einem Beschäftigungsabbau ausgingen. Nur 24 Prozent der befragten Betriebe gaben an, mehr Mitarbeiter einstellen zu wollen. Besonders hoch war bei der Konjunkturumfrage des IW der Anteil der pessimistischen Unternehmen in der Industrie. Hier gehen 42 Prozent von einem Stellenabbau im laufenden Jahr aus. H.M.

Eis essen wird teurer

Berlin – Vor allem in Städten wird Eis essen teurer. Während man auf dem Land noch für 70 bis 90 Cent pro Kugel genießen kann, kostet diese in vielen Innenstädten inzwischen bis zu drei Euro. Der bundesweite Durchschnitt liegt laut Coupons.de bei 1,81 Euro. Gründe sind gestiegene Preise für Zutaten wie Milch und Kakao, höhere Löhne sowie Miet- und Energiekosten. Besonders der Preis für Kakao hat sich durch schlechte Ernten vervielfacht. Dennoch bieten manche Eisdielen weiterhin günstige Preise – etwa durch reduzierte Sortenauswahl. Laut dem Verband Unit-eis hängt der Preis auch stark vom Standort ab. Kleiner Trost für Eis-schlecker: Für mehr Geld bekommt man wenigstens auch größere Kugeln. Wog eine Kugel früher 30 Gramm, sind es heute bis zu 100. P.E.

Lieferstopp für Kobalt

Kinshasa – Die Demokratische Republik Kongo hat einen Lieferstopp für Kobalt verhängt. Das hat zu drastischen Erhöhungen der Preise für das wichtige Metall geführt. Kobalt kostet an den Rohstoffbörsen nun bis zu 84 Prozent mehr. „Diese Maßnahme zielt darauf ab, das Angebot auf dem internationalen Markt zu regulieren, der mit einer Produktionsschwemme konfrontiert ist“, erklärte Patrick Luabeya, Präsident der kongolesischen Behörde für die Regulierung strategischer Mineralien (ARE-COMS). Die Produktionssteigerungen der Vergangenheit hatten zu einem 21-Jahres-Tief beim Kobaltpreis geführt. Verantwortlich hierfür war insbesondere der chinesische Bergbaukonzern CMOG Group. Der weltweit größte Kobaltförderer, der auch im Kongo agiert, verdoppelte seine Produktion vergangenes Jahr von 56.000 auf 114.000 Tonnen. Analysten erwarten inzwischen, dass die Hersteller von Elektrofahrzeugen vermehrt auf kobaltfreie Batterien zurückgreifen. W.K.

KOMMENTAR

Brüssel gewährt China-Autos Vorfahrt

HAGEN RITTER

Womöglich hätte Günther Mittag, der Herr über die gescheiterte DDR-Panwirtschaft, seine helle Freude am jüngsten Einfall der EU-Kommission. Als Lösung im Handelsstreit über billige E-Autos chinesischer Hersteller wollen die Brüsseler Kommissare nun offenbar einen Vorschlag aufgreifen, der vergangenes Jahr aus Peking kam: Die Strafzölle sollen wieder abgeschafft werden, stattdessen werden EU-weit E-Autos aus China nur noch zu einem Mindestpreis verkauft. Teil des Plans ist, dass führende chinesische E-Auto-Hersteller auch verstärkt in Europa investieren und Technologietransfers leisten.

Der Plan passt zum bisherigen Vorgehen der EU-Kommission gegen die Interessen der europäischen Autobauer. Während die Führung in Peking den eigenen Autobauern systematisch Wettbewerbsvorteile verschafft, macht die EU-Kommission es den europäischen Herstellern möglichst schwer. Diese haben sich über Jahrzehnte eine Spitzenstellung beim Bau effizienter Verbrennungsmotoren erarbeitet. Trotz massiver Bemühungen ist es der chinesischen Industrie nicht gelungen, Anschluss an den hochentwickelten Stand der Technik europäischer Autobauer zu finden. Was macht die EU-Kommission? Sie beschließt ein Verbrennerverbot, zwingt die europäischen Hersteller, ihren mühsam erarbeiteten Vorteil aufzugeben.

Wie auf der jüngsten Automesse in Schanghai zu sehen war, können chinesische Hersteller anders als bei Autos mit Verbrennungsmotor bei E-Autos auf dem Weltmarkt mithalten. Zugute kommen den Unternehmen in China nicht nur staatliche Subventionen und niedrige Löhne, sondern auch, dass sich riesige Stückzahlen kostengünstiger produzieren lassen. China ist mittlerweile der größte Automarkt der Welt. Vergangenes Jahr wurden dort rund 31 Millionen Autos verkauft. Zum Vergleich: In der EU wurden im Jahr 2024 etwa 10,6 Millionen Pkw neu zugelassen.

Hiesige Autobauer haben bereits eine Flutung der europäischen Märkte durch billige chinesische E-Autos befürchtet. Der Durchmarsch der Hersteller aus China ist bislang ausgeblieben.

BYD, Geely, SAIC und die vielen anderen Hersteller aus China spielen auf dem deutschen Markt noch immer nur eine Nischenrolle. Dies liegt nicht unbedingt daran, dass die Chinesen noch immer nicht wissen, wie man gute Autos baut. Jürgen Pieper, Analyst in der Autoindustrie, beurteilt die Angebote aus Fernost sogar als teils „richtig gut gelungen, inklusive Software“.

Kampf- und Garantiepreise

Bislang halten insbesondere die Deutschen noch stark den bekannten einheimischen Automarken die Treue und bevorzugen zumeist Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor. Die Besonderheiten auf dem europäischen Markt und hohe Überkapazitäten im Reich der Mitte haben dazu geführt, dass die chinesischen Autobauer hierzulande ihre Autos oftmals zu solchen Kampfpreisen anbieten, dass sie dabei nichts verdienen.

Die von der EU geplanten Mindestpreise für China-Autos gehen auf einen Vorschlag zurück, den vergangenes Jahr einige große chinesische Autobauer der EU gemacht haben. Die fast hundert Hersteller von E-Autos in China liefern sich untereinander einen harten Konkurrenzkampf. In Chinas Automobilfabriken sind zudem riesige Überkapazitäten entstanden. Trumps Zollpolitik verschärft die Lage zusätzlich.

In dieser Lage können sich große chinesische Marken nun auf dem europäischen Markt über Mindestpreise freuen – tatsächlich kann man diese auch Garantiepreise nennen. Obendrein will auch die künftige schwarz-rote Bundesregierung die E-Mobilität mit Kaufanreizen ankurbeln. Läuft es für die großen chinesischen Autokonzerne gut, dann gibt es zum Garantiepreis als Sahnehäubchen auch noch eine staatliche Kaufprämie obendrauf.

Ziel der EU-Politik müsste es stattdessen sein, von Peking die Herstellung gleichwertiger Wettbewerbsbedingungen einzufordern. Chinas Aufnahme in die Welthandelsorganisation nach der Jahrtausendwende geschah unter der Annahme, dass sich die Volksrepublik zu einer herkömmlichen Marktwirtschaft entwickeln wird. Dieses Versprechen wurde allerdings von Peking bis heute nie vollständig eingelöst.



Im Fokus linker Aktivisten: Peter Hoeres (o.), Historiker an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg

ZWISCHENRUF

Sieg gegen Cancel Culture

ROBERT MÜHLBAUER

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt“, lautete ein Spruch der linksradikalen Spontis in den 1970er Jahren. Nach diesem Motto hat auch der liberal-konservative Würzburger Historiker Peter Hoeres gehandelt, als er und sein Mitarbeiter Benjamin Hasselhorn Mitte März Ziel einer linken Kampagne wurden (die PAZ berichtete). Und, oh Wunder, Hoeres konnte sich erfolgreich behaupten. Der Professor hat die Angriffe durch eine beherzte öffentliche Gegenwehr, auch durch zahlreiche Interviews in den Medien pariert.

Das ist nicht nur eine lokale Angelegenheit, eine Posse aus der Provinz. Es stellt einen wichtigen Sieg für die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit in Deutschland dar. Ein Signal dafür, dass konservative Akademiker an Hochschulen kein Freiwild sind.

Kurze Rückblende: Das sogenannte Studierendenparlament der Uni Würzburg hatte Mitte März auf Antrag von Grüner Hochschulgruppe, Linker Liste und Jusos, darunter auch ein Transgender-Student, behauptet, an Hoeres Lehrstuhl für Neueste Geschichte finde eine

„neurechte Diskursverschiebung“ statt. Sie verwiesen auf eine elf Jahre alte Publikation Hasselhorns in einer rechten Zeitschrift. Die sogenannte Kontaktschuld ist ein eingeübtes Spiel. Vielfach reagieren Angegriffene mit hilflosen Entschuldigungen und Distanzierungen.

Der Würzburger Geschichtspräsident Hoeres tat nichts dergleichen. Er wählte den Gegenangriff. Hoeres half, dass er über gute Kontakte zu liberal-konservativen Medien verfügt und ihm das Netzwerk Wissenschaftsfreiheit beistand, das gegen die unselige Cancel Culture gegründet wurde. Der Hamburger Geschichtspräsident Burkhard Meißner verfasste eine Solidaritätserklärung, der sich in Windeseile fast 700 Wissenschaftler anschlossen. Zwar benahm sich die Würzburger Uni-Leitung hasenfüßig, doch am Ende sprach das bayerische Wissenschaftsministerium ein Machtwort. „Die Leute, die uns canceln wollten, stehen blamiert da“, resümierte Hoeres in einem Interview in der „Berliner Zeitung“.

Ein einschüchterndes Klima

Die Affäre zeigt, dass Widerstand gegen linke Rufmordkampagnen machbar ist. Zu oft fehlt es aber unter Konservativen an der Solidarität. Oft wirken Kampag-

nen zermürbend. Die britische Philosophin Kathleen Stock etwa, eine Kritikerin der radikalen Trans-Gender-Ideologie, wurde aus ihrer Uni herausgemobbt. Auch in Deutschland verstecken sich konservative Akademiker oft. Linke Aktivisten und Kollegen erzeugen ein einschüchterndes Klima.

Hoeres hat weitere Mechanismen analysiert, mit denen Zeitgeist-Konformität erzwungen wird, etwa durch die Bewilligung von Forschungsgeldern durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG). „Wer etwas zum Thema ‚Trans‘ macht, hat bessere Chancen, als wenn man internationale Beziehungen analysiert“, berichtet er. „An meinem Lehrstuhl wird zu den Stasi-Morden geforscht. Man weiß immer noch nicht, wie viele Leute die Stasi eigentlich ermordet hat. Das gilt als Thema, das nicht *en vogue* ist. *En vogue* wäre ‚Transpersonen im DDR-Kindergarten‘.“ Sogar auf den Antragsformularen der DFG wird gefragt, ob ein Thema „genderrelevant“ ist. Das ist in der Tat irreführend.

Die ganze Affäre wirft ein Schlaglicht auf den Zustand der Wissenschaft. Es kostet Mut und Kraft, gegen den Strom zu schwimmen. Im Fall Hoeres lief die Cancel Culture ins Leere.

ZUR ZEIT

Der kommende Botschafter des Lichts

Die Welt braucht wieder einen wirkmächtigen Papst. Ein Kirchenoberhaupt, das im Chaos des irdischen Lebens die helle Friedensbotschaft Jesu präsentiert und verkörpert. Und diese universale Botschaft ist schlicht: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst! Fertig. Frieden könnte so einfach sein.

Papst Franziskus ist im schnörkellosen Holzarg in der Basilika Santa Maria Maggiore bestattet worden. Sein Grab ist nur durch seinen Namen erkennbar: „Franciscus“. Mit ihm geht das Pontifikat eines Kirchenfürsten zu Ende, das unfürstlicher kaum sein könnte. Franziskus war kapitalismuskritisch, schlicht im Auftreten und nahbar für die Ärmsten in der Welt. Schlichter war vielleicht nur der Begründer der Weltkirche: Ein einfacher Zimmermann, der, als das Schwert die Welt beherrschte, mit einer klaren Botschaft der Nächstenliebe die Welt verändert hat. Mit Sanftmut auf Sandalen die

Wüste durchwandernd. Panzer und Drohnen haben das Schwert inzwischen ersetzt, die Gewalt aber ist geblieben.

Das Konklave hat jetzt die Chance, einen Pontifex mit großer Strahlkraft auf den heiligen Stuhl zu heben. Doch in wenigen Tagen beginnt erst einmal ein Hauen und Stechen in Klausur. Gewandert in den Farben der Herrschaft israelischer Könige und persischer Kaiser werden die 133 in der Sixtinischen Kapelle versammelten Kardinäle miteinander ringen, um einen der ihnen zum neuen Pontifex zu wählen. Traditionalisten stehen Reformern gegenüber, die wachsenden Bistümern in Afrika und Asien wiederum den schrumpfenden Kirchen in Europa und Amerika. Es geht um Macht und um das richtige Lager. Es geht um die wahre Orientierung im gelebten Glauben. Das ist nicht profan, denn Franziskus hat viele Reformen begonnen, aber nur wenige davon sind nachhaltig. Die Segnung homo-

sexueller Partnerschaften, die Frage der Frauenordination und Franziskus' pauschale Kapitalismuskritik sind heiß diskutiert. Auch das diplomatische Wirken des Vatikans hat große Bedeutung. Wie soll sich Rom zum Nahostkonflikt, zu Trump, Putin & Co. positionieren? Wie ist der Kriegsgefahr an der NATO-Ostgrenze und an der Küste Taiwans zu begegnen?

Bei all diesen Konflikten und die Interpretation Jesu Worte und Wirken ist der Kirche partiell die Kernbotschaft verloren gegangen. Zumindest in Deutschland gehen die Gläubigen der Kirche in Massen von der Fahne. In einer Zeit, in der große Kriege wieder denkbar sind, braucht es eine geistliche Autorität, die in schlichter Weise den 1,4 Milliarden Katholiken auf Erden die Botschaft des Lichts bringt. Wer auch immer der im Konklave Erwählte ist, seine Friedensbotschaft muss hell sein. Und sie muss auf Sandalen daher kommen.

Bernhard Knapstein

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteiner Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbemittel der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

VON KLAUS-RÜDIGER MAI

Ohne die beiden Schriftsteller Christoph Hein und Uwe Tellkamp wäre das, was man noch deutsche Literatur nennt, eine melancholische Verlustanzeige. Obwohl ihr künstlerisches Temperament unterschiedlicher nicht sein könnte, eint sie auf dem zweiten Blick mehr, als man zu meinen wagt.

Es ist kein Zufall, dass die bedeutendsten deutschen Schriftsteller ihren Weg in der DDR begangen, dass beide sich als Chronisten sehen, in Tellkamps „Schlaf in den Uhren“ ist der Chronist, Fabian Hoffmann, der an einer Chronik zum 25. Jahrestag der deutschen Einheit arbeitet, auch Figur des großen, aus politischen Gründen unterschätzten Romans, während für Hein die Chronistenposition dem Erzähler eingeschrieben ist.

Hein, der wesentlich Ältere, gehörte bereits in der DDR zu den außerordentlichen Schriftstellern – und nichts hat seine Bedeutung geschmälert, weil Heins Texte, so genau sie auch waren und sind, immer über das mitteldeutsche und nun auch westdeutsche Biedermeier hinausweisen, welthaltig sind, die Symbiose mit der Geschichte im Sinne Walter Benjamins eingingen. Zuweilen wirkt Heins Prosa schmucklos, doch um Schmuck geht es Hein nicht, sondern um die genaue, unbeirrbar erzählende, was sich zu trägt und was auf eine so unaufdringliche, wie gleichzeitig nicht abweisbare Art uns alle angeht. Horaz nannte es: *de te fabula narratur*: die Geschichte handelt von dir.

Den ersten großen Erfolg des vom Theater herkommenden Autors in der Belletristik bescherte ihm die Novelle „Der fremde Freund“, die 1982 in Berlin beim Aufbau Verlag herauskam und bald darauf in der Bundesrepublik unter dem Titel „Drachenblut“ erschien. Während Heins Novelle über die Ärztin Claudia gern als Darstellung der Vereinsamung und Entfremdung der spätsozialistischen Verhältnisse in der DDR gelesen wurde, hatte Hein die Veränderung des menschlichen Lebens als Teil der Zivilisationsgeschichte der Konsumgesellschaften gestalten wollen, die Auflösung der Bindungen, die Reduktion auf den Spaßfaktor, die Entfremdung und Vereinzelung, die große zu verdrängende Einsamkeit, die unter Selbstverwirklichung zu firmieren hatte, die zeitliche Entgrenzung des Alltags, einer Ewigkeit des Gleichmaßes, deren Höhen und Tiefen nivelliert wurden, die nur durch Augenblicke künstlicher Attraktion durchbrochen werden könnten. Paradoxerweise wurde gescheut, was Rettung zu bringen geeignet war, eine Partnerschaft, Mutter- oder Vaterschaft, die Übernahme von Verantwortung.

Der Wolf, der zum Fuchs wird

Mit dem Stück „Die Ritter der Tafelrunde“ schrieb Hein 1989 eine Parabel auf die Macht und die Mechanismen der Macht im Stadium ihres Zerfalls. Hein hatte Artus und die Ritter seiner Runde als alte Männer gezeichnet, die an der Macht festhalten, sich noch vage erinnern, dass sie einst den Gral suchten und mit der Suche nach dem Gral ihre Herrschaft legitimierten. Der junge Mordret sagt zum alten Orilus: „Kein Mensch vermag zu sagen, was das ist: der Gral.“ Orilus jedoch besteht darauf, dass man an ihn glauben muss. „Es ist etwas sehr, sehr Schönes, mein armer Junge, was du nie besitzen wirst.“

43 Jahre nach der Uraufführung der „Tafelrunde“ erschien am 17. März bei Suhrkamp „Das Narrenschiff“ als eine Art epischen Prequels zum Stück, die Geschichte einer Utopie und über die Unmöglichkeit, den Gral zu finden. Fast könnte man im Autor des Romans die Figur Lanzelot aus dem Stück „Die Ritter



Schrieb ein halbes Jahrtausend nach der Moralsatire des Humanisten Sebastian Brant ein neues „Narrenschiff“: Der aus Heinen- dorf in Oberschlesien stammende Schriftsteller Christoph Hein
Bild: imago/pictureteam

der Tafelrunde“ sehen, der sein Leben lang auf der Suche nach dem Gral unterwegs war: „Jeden habe ich gefragt, dem kleinsten Hinweis bin ich nachgegangen. Wenn der Gral auf der Welt wär, ich hätte ihn finden müssen.“ Jagen nur Narren und Toren dem Gral nach und werden die, die in seinem Namen herrschen, unwillkürlich zu Verbrechern?

Der Roman startet mit der Begegnung einer Grundschülerin mit dem Präsidenten der DDR im Jahr 1950, die als Klassenbeste bei einer Feierstunde der Schule in Berlin als Auszeichnung neben Wilhelm Pieck gesetzt wird. Kathinka heißt das Mädchen – und sie ist zwar nicht die Hauptfigur des Romans, aber vielleicht auf andere Art der Grund zum Roman. Durch und anhand einer Gruppe von Figuren wird die Geschichte der DDR als Verlust, als Zerfall der großen Hoffnungen erzählt.

Die Zäsuren der DDR-Geschichte geben die Gliederung des Romans, das erste Buch endet mit dem 17. Juni 1953, das zweite Buch hat zum Kern Chruschtschows Geheimrede, die Stalins Verbrechen offenbart und die Narren im Lichte der Verbrechen im Namen des Grals zeigt, das dritte Buch beginnt mit dem Mauerbau, das vierte Buch mit Honeckers Putsch gegen Ulbricht, der von dem damaligen sowjetischen Machthaber Breschnew abgesegnet war, und schließt mit dem Ende der DDR.

Die Figuren haben ihr Widerlager soweit in der Realität, dass man durchaus in ihrem Urgrund Reflexe historischer Figuren entdecken kann, auch wenn zwischen realer und fiktiver Figur der Erzähler

steht, der sie in den Dienst der Erzählung stellt.

Da ist der Wirtschaftsprofessor und das Mitglied des ZK der SED Karsten Emser, der Züge des marxistischen Wirtschaftshistorikers Jürgen Kuczynski trägt. Ihm gehört gleich das zweite Kapitel, Erstes Buch, denn er wird mit dem zweiten Flugzeug der Gruppe Ulbricht aus Moskau eingeflogen. Hier weicht Hein vom historischen Vorbild ab, denn Kuczynski hatte das Exil in London verbracht.

Hübsch ist, dass Emser im Buch den Chef der Auslandsspionage Markus Wolf trifft, den Hein Fuchs nennt, womit er einerseits auf die Gerissenheit Wolfs anspielte, listig wie ein Fuchs zu sein, andererseits hatte Kuczynski in London den späteren Atomspion Klaus Fuchs rekrutiert, dessen Führungsoffizier Kuczynskis Schwester Ruth Werner wurde.

Hoffnung verwandelt uns in Narren

In der Erschütterung über Chruschtschows Geheimrede auf dem XX. Parteitag der KPdSU über Stalins Verbrechen erzählt Emser eine Episode, die davon inspiriert sein könnte, dass Kuczynski im Exil dem kommunistischen Funktionär Hermann Duncker die Nachricht von der Verurteilung seines Sohnes Wolfgang überbrachte, der 1942 im Arbeitslager Workuta unter grausamen Umständen ums Leben kam. „Lange dauerte es, bis ich ihn überzeugen konnte, dass die Sowjetjustiz keine Fehler mache, keine Fehler machen könne“, erinnerte sich Kuczynski in seinem Buch „Dialog mit meinem Urnenkel“, das für Hein eine wichtige Anregung für die Figur des Karsten Emser geboten haben dürfte.

Im Roman kommt aus dem Londoner Exil der Romanist und Germanist Benaja Kuckuck, der nach dem Germanisten Hans Mayer gezeichnet wurde, auch wenn die biographischen Details nicht mit denen der Romanfigur übereinstimmen. Immer wieder trifft sich der Kreis um Benaja Kuckuck, Karsten und Rita Emser und Yvonne und Johannes Goretzka zum Essen und zu Gesprächen, bilden sie das erzählerische Zentrum der Chronik, mittlere Funktionäre, Kommunisten, die daran

glauben, dass in der DDR die Utopie einer menschlichen Gesellschaft verwirklicht werden kann.

Zumindest Emser ist so klug, sich als Narr zu sehen. Was Hein erzählt, ist die Desillusionierung der beiden für die DDR wichtigen Generationen, die von Emser/Kuckuck, und die von Goretzka/Yvonne, die Generation, die vor und die Generation, die nach dem Ersten Weltkrieg geboren worden ist.

Wenn man in dem Quintett eine Hauptfigur suchen will, dann ist es Yvonne, die junge Sekretärin, die im Dritten Reich einen jüdischen Physiker liebt, von ihm ein Kind hat. Auf der Flucht kommt der junge Physiker um. Yvonne und das Kind werden von ihren Eltern in einer Laube versteckt, damit sie nicht wegen „Rassenschande“ denunziert und verhaftet wird. Nach dem Krieg trifft sie auf den freudlosen Funktionär Johannes Goretzka, den sie nicht aus Liebe heiratet, sondern um die Tochter, um Kathinka zu versorgen.

Ist Yvonne die Hauptfigur, so Kathinka das erzählerische, das geistige, das metaphysische Zentrum. Nimmt man Kathinkas Biographie, so offenbart sie sich als ein Porträt von Christiane Hein, der Frau des Autors, die 1944 geboren wurde und im Jahr 2002 verstarb. Und auch den Autor trifft man in der Gestalt des Ehemanns von Kathinka in einem übersetzten Porträt.

Christoph Hein beschreibt das Leben vieler, die mit der DDR etwas verbunden haben, es waren nicht nur Angepasste oder Oppositionelle, für viele war es etwas Neues. Wurden sie betrogen, haben sie sich selbst betrogen? Betrug und Selbstbetrug sind die falschen Kategorien. Vielleicht ist es viel einfacher, sie hatten eine Hoffnung. Hoffnung jedenfalls verwandelt uns alle in Narren.

Hein fragt nach dieser Utopie, dringt in ihre Fragwürdigkeit ein, zeigt, wie sie zu Narren ihre Gläubigen macht. Doch war sie deshalb eine Narretei? Oder hatten sie etwa ein „Narrenparadies“ (Noel H. Field) betreten? Leben wir nicht täglich mehr wieder in einem Narrenparadies, ohne es zu merken?

LITERATURTAGE

Autoren lesen am Achensee

An guter Literatur mangelt es den Österreichern, die mit Elfriede Jelinek und Peter Handke gleich zwei zeitgenössische Literaturnobelpreisträger stellen, wahrlich nicht. Die Anzahl, der Orte, an denen die Literatur in einem angemessenen Rahmen präsentiert werden kann, ist allerdings überschaubar. Mit dem Klagenfurter Ingeborg-Bachmann-Preis gibt es seit 1976 ein Festival von überregionaler Bedeutung, doch danach kam lange Zeit nichts.

Das hat sich geändert. Denn inzwischen haben sich kleinere Veranstaltungen etabliert, die oft mit namhaften Autoren werben und auch ein bundesdeutsches Publikum anlocken. Eines davon ist das Literaturfest am Achensee, das in Tirol praktischerweise unweit der deutschen Grenze auf halber Strecke zwischen Kufstein und Innsbruck gelegen ist. Bei der 14. Auflage der viertägigen „Literatour“ treten vom 8. bis 11. Mai neben Debütanten auch arrivierte Stars auf den verschiedenen Lesebühnen rund um den Achensee auf.

Eröffnet werden die Literaturtage im Hotel Entners am See von dem Wiener Autor Daniel Glattauer, dessen neuester Roman „In einem Zug“ schon seit einigen Wochen die oberen Plätze der Bestsellerlisten belegt. Zu einer Schiffslesung an Bord der Achenseeflotte bittet am 9. Mai die Schau-



Zu Gast am Achensee: Erika Pluhar

spielerin Erika Pluhar, die zuletzt immer häufiger als Romanautorin auf sich aufmerksam gemacht hat. Auf der „Literatour“ präsentiert sie ihr jüngst erschienenes Werk „Spät aber doch“.

Die Besucher müssen sich nicht mit der passiven Zuhörerrolle bescheiden. Bei einer Lesung des Thrillerautors Bernhard Aichner kann man an einem dreigängigen Menü teilnehmen. Und der Abschluss bildet traditionell eine wahre „Literatour“: eine Krimiwanderung am Dien-Mut-Weg in Pertisau, auf der Katharina Eigner einen eigens für die Literaturtage geschriebenen Kurzkrimi vorstellt. Mit „Nur der See sah zu“ ist bereits eine Krimianthologie mit Mordfällen rund um den Achensee erschienen. H. Tews

• Termine und Eintrittskarten:
www.achensee-literatour.at



Nur der See sah zu. Acht Achensee-Krimis
Haymon Verlag,
Innsbruck 2021,
176 Seiten,
14,95 Euro



Christoph Hein
Das Narrenschiff
Suhrkamp Verlag,
Frankfurt am Main
2025, 750 Seiten,
28 Euro

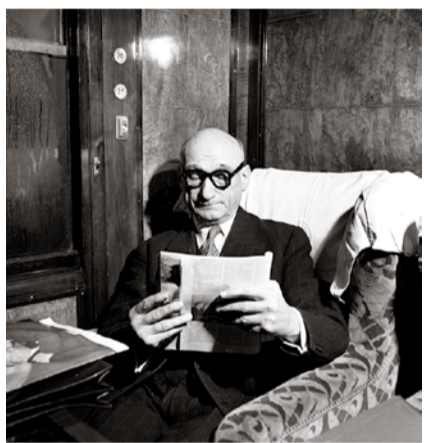
EUROPATAG

Vorstellung des Schuman-Plans in Paris

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat Frankreich zuerst versucht, Deutschland durch Allianzen unter Einschluss der Sowjetunion zu kontrollieren, dessen staatliche Einheit aufzulösen sowie Westdeutschland das Rheinland, das Ruhrgebiet und das Saarland zu amputieren. Nachdem diese Versuche am Widerstand der Angloamerikaner gescheitert waren, versuchte die Grande Nation, den großen Nachbarn im Osten in von ihr dominierte supranationale Organisationen auf europäischer Ebene einzubinden. Das versprach nicht nur Sicherheit vor Deutschland, sondern auch die Möglichkeit, das Potential Deutschlands zum Erhalt beziehungsweise der Wiedererlangung des eigenen Großmachtstatus zu nutzen. Dies ist der Hintergrund des Schuman-Plans, den der Namensgeber vor einem Dreivierteljahrhundert, am Europatag des Jahres 1950, im Salon de l'Horloge des Quai d'Orsay vor Pressevertretern in einer Regierungserklärung der Öffentlichkeit vorstellte.

Robert Schuman, der Außenminister der Französischen Republik von 1948 bis 1952, der 1886 in Luxemburg zur Welt gekommen war, ursprünglich die deutsche Staatsangehörigkeit besaß und Französisch erst in der Schule gelernt hatte, begann seine berühmte Europarede vom 9. Mai 1950 in seinem Amtssitz mit folgenden Worten: „Der Weltfrieden kann nicht ohne kreative Anstrengungen bewahrt werden, die den Gefahren, die ihn bedrohen, angemessen sind.“

Als der französische Außenminister diese Worte sagte, rollten gerade die russischen Panzer zur jährlichen, seit 1945 stattfindenden Siegesparade in Moskau über den Roten Platz. Schuman wusste fünf Jahre nach Ende des



Robert Schuman

Zweiten Weltkrieges, dass der Frieden immer sehr gefährdet ist.

Des Weiteren sagte Schuman: „Die französische Regierung schlägt vor, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion einer gemeinsamen Hohen Behörde zu unterstellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offensteht.“

Entsprechend diesem Vorschlag wurde im darauffolgenden Jahr die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, Montanunion) gegründet. Der Vergemeinschaftlichung von Kohle und Stahl, der beiden Grundstoffe des Krieges, folgten weitere Vergemeinschaftlichungen. Und ein Ende dieser Entwicklung ist nicht in Sicht. Der EGKS folgten als weitere Europäische Gemeinschaften die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EAG, Euratom) sowie schließlich die Europäische Union.

Bob/PAZ



Friedrich der Weise: Gemälde von Lucas Cranach dem Älteren aus dem Jahre 1532

Bild: imago/Artokoloro

FRIEDRICH DER WEISE

Nicht nur Luthers Beschützer vor Papst und Kaiser

Der vor 500 Jahren gestorbene Kurfürst von Sachsen ist auch als Auftraggeber berühmter Künstler in Erinnerung geblieben

VON VEIT-MARIO THIEDE

Kurfürst Friedrich der Weise von Sachsen (1463–1525) ist durch seinen Hofmaler Lucas Cranach den Älteren und dessen Werkstatt in zahlreichen Bildnissen verewigt worden. Zu vielen davon bildet ein Porträt seines an der Regierung beteiligten Bruders Johann des Beständigen (1468–1532) das Gegenstück. Am 5. Mai 1525 starb Friedrich in seinem Jagdschloss Lochau bei Wittenberg. An dessen Stelle steht seit 1575 Schloss Annaburg. In Wittenbergs Schlosskirche ist er wie sein Bruder Johann, Luther und Philipp Melancthon bestattet.

Der deutsche Profan- und Kirchenhistoriker Armin Kohnle hat vergangenes Jahr über Friedrich den Weisen die erste Biographie seit vierzig Jahren verfasst. Der Biograf ist Lehrstuhlinhaber an der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig. Seine auf das Wesentliche konzentrierte Darstellung stützt sich auf neu erschlossenes Quellenmaterial. Kohnle präsentiert den Kurfürsten als friedliebenden und bedachtsam vorgehenden Landesvater, der 1519 die Wahl zum Kaiser mit Hinweis auf sein Alter nicht annahm. Friedrich blieb unverheiratet, hatte aber uneheliche Kinder, die er in seinem Testament mit Legaten bedachte.

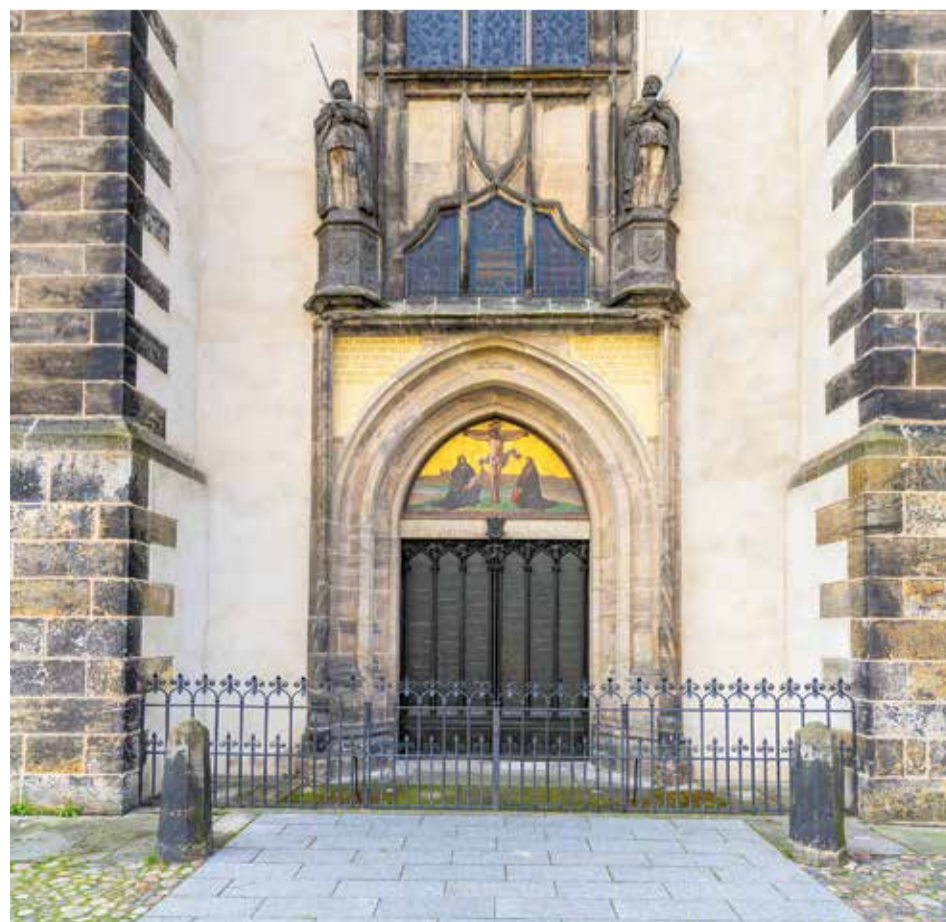
Die Wittenberger Hinterlassenschaft Friedrich des Weisen ist in den letzten Jahrhunderten stark überformt worden. Die beiden Kollegengebäude der von ihm 1502 gegründeten Universität Leucorea sehen von außen noch so aus wie zu des Kurfürsten Zeiten, sind aber im Inneren stark umgebaut worden. Den Preußen dienten sie zeitweise als Kaserne, nachdem die

Universität nach Halle umgezogen war. Seit 1994 ist die Leucorea als Stiftung des öffentlichen Rechts an der Universität Halle-Wittenberg wiederbelebt. Auf dem Nachbargrundstück förderte Friedrich die Errichtung des Augustiner-Eremiten-Klosters. Zu dessen Mönchsgemeinschaft gehörte Luther. Das Kloster existierte bis 1524. Friedrich überließ das Wohn- und Lehrgebäude der Mönche Luther, der an der Leucorea Professor für Bibelauslegung

war. Dieses heute als „Lutherhaus“ bezeichnete Gebäude ist Stammsitz des noch bis 2027 geschlossenen reformationsgeschichtlichen Museums.

Friedliebend und bedachtsam

Am anderen Ende des Stadtkerns stehen Friedrichs stark verändertes Residenzschloss und seine 1503 geweihte Allerheiligenstiftskirche. In ihr bewahrte er die berühmte, aber bald nach seinem Tod



Über der Bronzetür der Wittenberger Schlosskirche: Die Sandsteinfiguren der Kurfürsten Friedrich und Johann mit erhobenem Schwert als Beschützer der Reformation

untergegangene Reliquiensammlung auf. Dem Andenken Friedrichs und seines Bruders Johann dienen in der Kirche die von der Nürnberger Vischer-Werkstatt hergestellten Grabplatten aus Bronze. Aus deren Produktion stammen ebenso die beiden Bronzeepitaphe, auf denen die Brüder in Lebensgröße als Relieffiguren im kurfürstlichen Ornat dargestellt sind. Fast schon lebendig treten Friedrich und Johann als zum Gebet niedergekniete Ritter in Erscheinung. Cranach beaufsichtigte die Aufstellung dieser farbig gefassten Marmorskulpturen aus der Augsburger Bildhauerwerkstatt von Adolf und Hans Daucher, wie eine Rechnung von 1520/21 dokumentiert.

Seit 1815 gehörte Wittenberg zum preußischen Herrschaftsgebiet, was dem Schloss den Umbau zur Defensionskaserne eintrug. Das weitgehend schmucklose heutige Aussehen des Schlosses geht auf die Sanierung, den Umbau und die Erweiterung im Vorfeld des Reformationsjubiläums 2017 zurück. Im Südturm befanden sich die Gemächer Friedrichs. Zwei sind zu besichtigen. Im Nordturm hatte Johann seine Wohnräume. Diesen Wohn-turm stockten die Preußen zum 88 Meter hohen Kirchturm mit weithin sichtbarer Bronzehaube auf.

Das preußische Herrscherhaus veranlasste die Umgestaltung der Schlosskirche zum Denkmal der Reformation. Von der aufwändigen Ausstattung aus der Zeit Friedrichs des Weisen ist in der Kirche, abgesehen von den beiden betenden Ritterfiguren, nichts mehr vorhanden. Einige der ehemals 26 Altaraufsätze sind heute Prunkstücke berühmter Gemäldesammlungen. Dürers „Anbetung der heiligen drei Könige“ (1504) befindet sich in den Uffizien von Florenz. Die Flügel von Dürers „Jabach-Altar“ (um 1504) sind auf das Frankfurter Städel Museum, das Kölner Wallraf-Richartz-Museum und Münchens Alte Pinakothek verteilt. Cranachs „Katharinenaltar“ (1506) ist in Dresdens Gemäldegalerie Alte Meister ausgestellt. Sein „Fürstenaltar“ (um 1507–1509) ist der ganze Stolz der Anhaltischen Gemäldegalerie Dessau.

Würdigung durch Preußenkönig

Kohnle beurteilt die Glaubenspraxis Friedrichs des Weisen als typisch für das Spätmittelalter. An den 26 Altären seiner Allerheiligenstiftskirche ließ er täglich Messen für sein Seelenheil und das seiner Angehörigen abhalten. Sein durch Holzschnitte aus der Cranach-Werkstatt dokumentiertes Wittenberger Heiltum umfasste anno 1516 etwa 155 kostbare Reliquiare mit mehreren tausend Partikeln von Heiligen. Der Papst verhiess den Teilnehmern der alljährlichen Wittenberger Reliquienweisung hundert Tage Ablass ihrer Sündenstrafen pro Partikel.

Die vom preußischen König Friedrich Wilhelm IV. gestiftete Bronzetür der Schlosskirche führt Luthers 95 Thesen gegen den Ablass auf. Darüber treten die Sandsteinfiguren der Kurfürsten Friedrich und Johann mit erhobenem Schwert als Beschützer der Reformation auf. Zwar lieferte Friedrich weder dem Papst noch dem Kaiser Luther aus. Aber zum Reformator hatte er keinen persönlichen Kontakt und ließ verlauten, dass er mit Luthers Angelegenheiten nicht behelligt werden wolle. Tatsächlich standen sie jedoch miteinander in Kontakt über Spalatin (Georg Burkhardt), den Geheimsekretär des Kurfürsten.

Kohnle zufolge war es Friedrichs Prinzip, „die Reformation nicht aktiv zu befördern. Er befürwortete keine Neuerungen, ging aber auch nicht gegen sie vor.“ Friedrich der Weise ließ im Vertrauen auf Gott den Dingen einfach ihren Lauf. Anders verhielt sich sein Nachfolger Johann, der „sogleich zu einer aktiven, obrigkeitlich gelenkten Politik der Reformationsförderung übergang“, wie Kohnle berichtet.

● Armin Kohnle, **Kurfürst Friedrich der Weise von Sachsen. Eine Biographie**, Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2024, gebunden, 392 Seiten.

VON KLAUS WEIGELT

Alfred Grosser kam 1952 bei der Analyse der Problematik der Oder-Neiße-Linie und der Vertreibungen zu dem Fazit: „Gewiß war die endgültige Festlegung der Grenze einem zukünftigen Friedensvertrag überlassen, aber die Duldung der Vertreibung aus den polnisch verwalteten Gebieten – samt Aufnahme so vieler Flüchtlinge in der englischen und amerikanischen Zone – entsprach einer Anerkennung der Endgültigkeit. Die ausdrückliche Anerkennung hatte nur de Gaulle in Moskau im Dezember 1944 ausgesprochen.“ (Alfred Grosser, Mein Deutschland, München 1996). Eine Deutschlandkarte von 1946 mit den vier Besatzungszonen zeigt denn auch exakt das „geinte“ Deutschland von 1990.

Konrad Adenauer hatte in seinen Schlussworten im Parlamentarischen Rat ausgeführt, „daß wir durch unsere Arbeit einen wesentlichen Beitrag zur Wiedervereinigung des ganzen deutschen Volkes und auch zur Rückkehr unserer Kriegsgefangenen und Verschleppten leisten. Wir wünschen und hoffen, daß bald der Tag kommen möge, an dem das ganze deutsche Volk wieder vereint sein wird.“ (Konrad Adenauer, Erinnerungen, Band 1). Nicht erwähnt hatte Adenauer, dass in dem von ihm geleiteten Parlamentarischen Rat von 70 Mitgliedern nur drei (!) aus dem deutschen Osten stammten.

Einheit des Volkes oder des Landes?

Die Formel von der „Wiedervereinigung des ganzen deutschen Volkes“, die auch Eingang ins Grundgesetz gefunden hat, anstelle der „Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands“, entband den späteren und alle folgenden Kanzler von der Verpflichtung, eine Wiedervereinigung Deutschlands mit allen territorialen Implikationen zu thematisieren. Durch Flucht und Vertreibung von vielen Millionen Menschen befand sich das „ganze deutsche Volk“ mit Ausnahme der Verschleppten und Kriegsgefangenen im Wesentlichen auf dem Gebiet der vier Besatzungszonen, von wenigen in der Heimat Verbliebenen abgesehen.

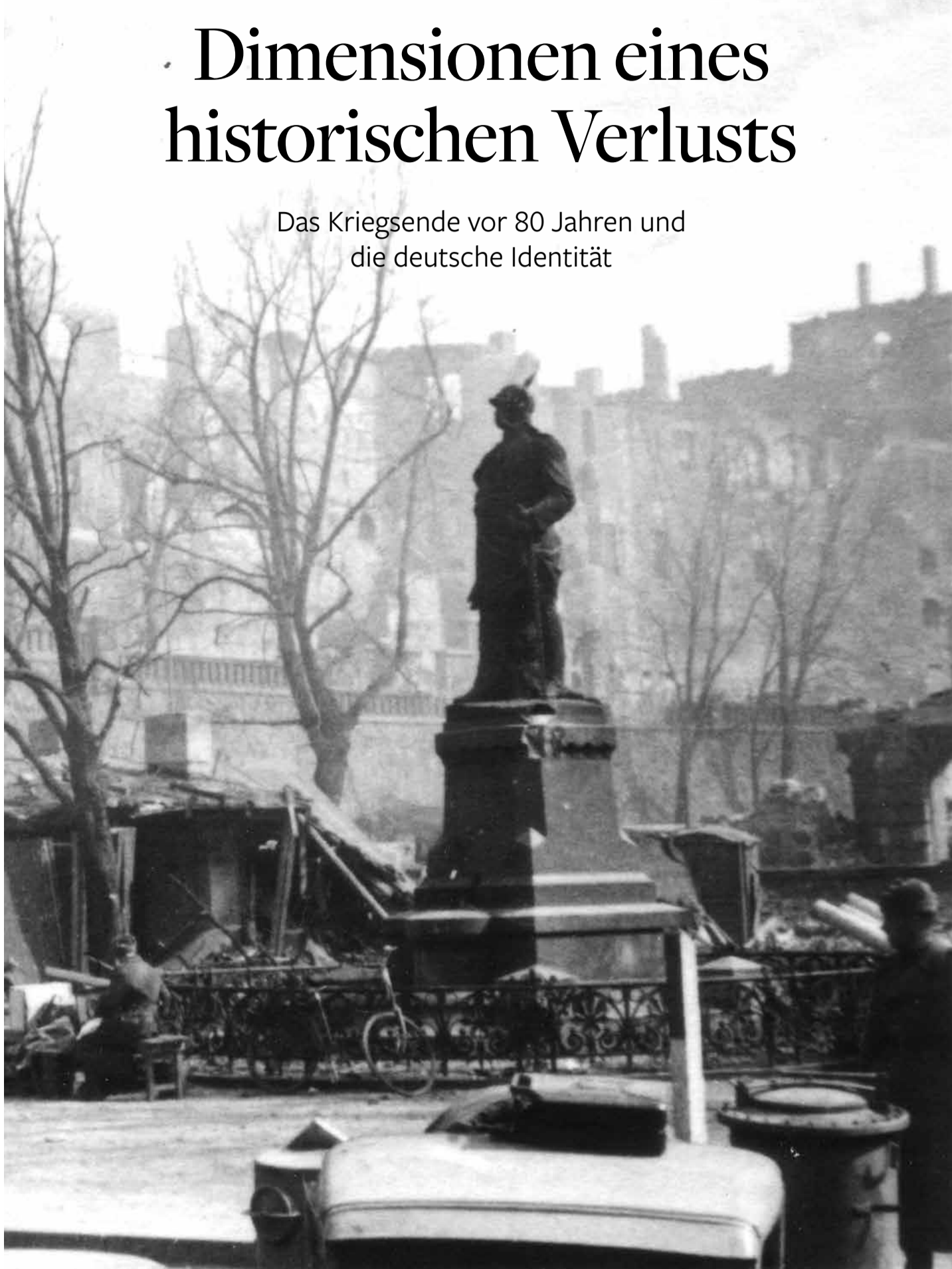
So wurde der Terminus „Wiedervereinigung“ von Anfang an missverständlich beziehungsweise ambivalent interpretierbar: Während die nationale und vor allem die internationale Politik sich auf die kleine Vereinigung von Bundesrepublik und DDR festlegte, glaubten die Heimatvertriebenen aus dem Osten, die das „Recht auf die Heimat“ als ihr im Grundgesetz verbrieftes „Selbstbestimmungsrecht“ interpretierten, lange Zeit an eine Wiedervereinigung einschließlich der Ostgebiete, aus denen sie stammten. Dass 1990 nach dem Grundgesetz „in freier Selbstbestimmung“ das deutsche Volk seine Wiedervereinigung erlebte und dabei die Ostgebiete mit dem Königsberger Gebiet preisgab, lag von Anfang an in der Logik dieser von Adenauer angelegten Semantik.

Nur einmal war Königsberg nach Potsdam im Sinne eines deutschen Interesses auf internationaler Ebene aufgetaucht. Bei den Verhandlungen über den Deutschlandvertrag im Jahre 1951 gab es Meinungsverschiedenheiten zwischen den Hohen Kommissaren und Adenauer bezüglich Art. 7, Abs. 1: „Die Vertreter der drei Mächte erklärten dem Bundeskanzler, daß, wenn sie von der Einigung Deutschlands sprächen, sie sich auf die Vereinigung der Ostzone und Berlins mit der Bundesrepublik und auf gar keinen Fall auf die Territorien jenseits der Oder-Neiße-Linie bezögen. Adenauer habe darauf sehr scharf reagiert.“ Hier wurde also über den Gesamtbereich der deutschen Ostgebiete einschließlich Königsbergs gesprochen. Jedoch: „Weder Adenauer noch die Hohen Kommissare waren bereit einzulassen. Das Problem war zu grundsätzlich, als daß man es durch eine Formel hätte überbrücken können.“ Die westlichen Hohen Kommissare vertraten also klar die Position der nicht

ERINNERUNGSKULTUR

Dimensionen eines historischen Verlusts

Das Kriegsende vor 80 Jahren und die deutsche Identität



Sinnbild eines geographischen und ideellen Verlustes: Das Denkmal für Reichsgründer Bismarck auf dem Königsberger Kaiser-Wilhelm-Platz am Ende des Zweiten Weltkriegs

Bild: Bildarchiv Ostpreußen/J. Kostjashov

anwesenden Sowjetunion: Sobald man vom Volk auf die Nation und damit auf Deutschland als einen mit Grenzen zu denkenden Staat Bezug nahm, konnte es nur noch „grundsätzliche“ Probleme geben. Von da an ging es in der politischen Debatte auf der einen Seite um die Grenzen von 1937, also um die Einheit der deutschen Nation, auf der anderen um die Einheit des deutschen Volkes, die Position der Westmächte, die auf dem Potsdamer Abkommen beharrten und damit die Interessen der UdSSR wahrnahmen.

Kein Treuhänder für den Osten

Damit war spätestens Anfang der 1950er Jahre, also vor jeder definitiven Einigung mit Polen oder der Sowjetunion, klar, dass Königsberg und die deutschen Ostgebiete nicht mehr verhandelbar waren. Diese „territoriale Amputation“ wurde vom deutschen Volk während der 1950er Jahre im Zuge des Wiederaufbaus und der Westintegration vor dem Hintergrund der deutschen Teilung und des Kalten Krieges erstaunlich gelassen und klaglos hingenommen. Die mit dieser territorialen Abtrennung einhergehende „kulturelle Amputation“ des deutschen Ostens wurde von den sich 1948 konstituierenden Ländern, die ihre kulturelle Autonomie in Vorbereitung auf das Grundgesetz von 1949 definierten, und vom Bund zunächst überhaupt nicht wahrgenommen.

So fehlte von Anfang der bundesdeutschen Geschichte an ein Treuhänder für

die ostdeutsche Geschichte, Kultur, Literatur und Kunst in Bund und Ländern, da letztere mit sich selbst und der Bund als Teilstaat im Gegenüber zur DDR (für 40 Jahre) mit seiner eigenen Bewahrung beschäftigt waren. Für die deutsche Identität spielte die Amputation eines Viertels des deutschen Vaterlandes keine Rolle.

Frühzeitig erkannten verantwortungsvolle Ostdeutsche diese historische, schon im Parlamentarischen Rat erkennbare Fehlentwicklung und gründeten 1950, vor 75 Jahren, den „Ostdeutschen Kulturrat“, der 1975 in eine Stiftung umgewandelt und bis 1999 vom Bund mit großem Erfolg institutionell gefördert wurde. Der erste Kulturstaatsminister Michael Naumann mit seinem Mitarbeiter Knut Nevermann in der Regierung Schröder/Fischer (1999–2005) beendete diese jahrzehntelange Förderung im Jahr 2000. Mehr als einem Dutzend Einrichtungen der ostdeutschen Kultur, die Nevermann als „Schrott“ bezeichnete, wurden damals mit einem Kahlschlag die Mittel entzogen.

In später Erkenntnis der Tatsache, dass die ostdeutschen Länder nicht mehr in eigener Rechtshoheit handeln konnten, regelte der Bund nach dem Lastenausgleich (1952) die Fragen der ostdeutschen Kultur 1953 im Rahmen des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes (BVFG), dem er einen diesbezüglichen „Kulturparagrafen § 96“ einfügte. Damit wurde die ostdeutsche Geschichte und Kultur als Teil der deutschen Identität zu

einem Flüchtlingsthema (!), und das ist sie im Kern bis heute geblieben.

Es war die Geburtsstunde der ostdeutschen Kulturförderung durch den Bund, ergänzt durch die politisch volatile Förderung der Länder. Dies war ein schwerwiegender Geburtsfehler mit dauerhaften Nachwirkungen. Zudem geriet die ostdeutsche Kultur damit in die Mühlen der Bund-Länder-Auseinandersetzungen und in den Wirrwarr der ministeriellen Kompetenzabgrenzungen. Vor allem aber blieb die ostdeutsche Kultur bis zum heutigen Tage ein ungeliebtes Stiefkind in der deutschen Kulturlandschaft, das der erst 1982 gegründete Deutsche Kulturrat nicht zur Kenntnis nimmt.

Die Ignoranz des Kulturstaats

Die Vertriebenen kamen mit dieser problematischen Situation nicht zurecht, zumal sie keine echten politischen Partner hatten. Sie hatten es stets mit Beamten zu tun, die nur in wenigen Ausnahmefällen wirklich wussten, mit welchen Themen sie es zu tun hatten. Empathie für die Sache der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, für ihre Geschichte und Kultur, für ihren Anteil an der deutschen Identität, hatten die wenigsten.

Die Ostdeutschen konnten ihre doppelte Aporie nicht meistern. Ihre Verbände schauten nach Hause und kämpften bis weit in die 1980er Jahre und zunehmend unverstanden auf ihren Treffen für das „Recht auf die Heimat“. Wer sich in

den 1950er und 1960er Jahren vorwiegend mit der Geschichte und Kultur seiner ostdeutschen Heimat befasste, musste sich den Vorwurf des „Verrats an der Heimat“ gefallen lassen. Das war ein Zeichen innerer Zerrissenheit.

Die Musealisierung, also die Sammlung des geretteten Kulturgutes wurde oft als Absage an die politischen Ziele der Landsmannschaften missverstanden. Siegfried Lenz trieb mit seinem großen Roman „Heimatmuseum“ (1978) das Missverständnis in eine andere Richtung: Der Held des Romans verbrennt sein Museum, weil er es von den Verbänden nicht im Sinne einer Rückgewinnung der Heimat instrumentalisieren lassen möchte.

Ein Verständnis oder gar eine gesellschaftliche Unterstützung wurde den Vertriebenen in ihrer existentiellen Aporie in der „kalten Heimat“ (Andreas Kossert) nicht zuteil. Seit den 1970er Jahren ging es in der Bundesrepublik im Sinne der „Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion“ vor allem um Ausgrenzung und Gettoisierung der Ostdeutschen. Es gehört zu den großen Defiziten der so viel gepriesenen deutschen Demokratie, dass sie die durch den Zweiten Weltkrieg herbeigeführte Identitäts- und Kulturamputation des deutschen Volkes, die auf den nationalsozialistischen Unrechtsstaat folgte, weder wirklich zur Kenntnis genommen noch politisch hinreichend diskutiert und verarbeitet hat. Der für dieses Verhalten von Hans-Peter Schwarz geprägte Begriff „Geschichtsvergessenheit“, belastet nicht nur die ostdeutsche Kultur, sondern das ganze deutsche Volk bis heute.

Amputierte Identität

In den 1980er Jahren hatte der Autor dieser Zeilen die Gelegenheit, mit einer europäischen Delegation den Reichstag in Berlin zu besuchen. Dort erklärte er den Besuchern die Fahnen aller deutschen Länder. Die ausländischen Besucher zeigten sich beeindruckt, dass die Deutschen sich nicht scheuten, auch die Fahnen der verlorenen Gebiete Schlesien, Pommern, Ostpreußen etc. zu zeigen. Kein Wort der Kritik wurde laut. Zum Tag der Deutschen Einheit 1990 jedoch wurde die Fahnen-situation schnellstens bereinigt: Von nun an gab und gibt es nur noch die 16 Fahnen des vereinigten Deutschlands, die übrigen sind Sache der Landsmannschaften der Vertriebenen. Ein anderer Anwalt hat sich nicht gefunden. Und werden diese Fahnen heute öffentlich gezeigt, wird von interessierter Seite schnell der Verdacht der Rechtslastigkeit oder gar des Revanchismus geäußert.

Wer geglaubt hatte, dass sich mit den CDU-geführten Regierungen ab 2005 etwas im Sinne einer Anerkennung ostdeutscher Teilnahme an der deutschen Identität ändern würde, der hat sich gründlich getäuscht. Der Kurs des ersten Kulturstaatsministers wurde von seinen Nachfolgern fast unverändert fortgesetzt, vor allem, was die äußerst eingeschränkte finanzielle Förderungspolitik angeht. Der Autor sah sich deswegen veranlasst, 2016 einen Leserbrief in der FAZ unter dem Titel „Das Prekariat der ostdeutschen Kultur“ zu veröffentlichen und 2019 ein Buch folgen zu lassen mit dem Titel „Im Schatten Europas. Ostdeutsche Kultur zwischen Duldung und Vergessen“.

Nachdem dieses Thema mit der Regierung Scholz (2021–2024) einen weiteren Tiefpunkt erreicht hat, ist die Hoffnung auf eine Besserung nach den Wahlen 2025 eher begrenzt. Die deutsche Identität findet erkennbar und auf Dauer nur noch „amputiert“ statt. Nur merkt das von den über 80 Millionen Deutschen fast niemand mehr.

● Klaus Weigelt ist Vorsitzender der Stadtgemeinschaft Königsberg e.V. Zu seinen Büchern gehören „Im Schatten Europas. Ostdeutsche Kultur zwischen Duldung und Vergessen“ (Westkreuz-Verlag 2019) sowie „Schweigen und Sprache. Über Ernst Wiechert“ (Quintus-Verlag 2020). stadtgemeinschaft-koenigsberg.de

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die angeblich freie Online-Enzyklopädie Wikipedia, welche auf den Beiträgen ehrenamtlicher Autoren beruht, ist für ihre ausgeprägte Linkslastigkeit sowie neuerdings auch für anti-jüdische und anti-israelische Tendenzen berüchtigt. Deshalb gerät sie immer stärker in die Kritik, wobei sich naturgemäß vor allem konservative Kreise an den Inhalten von Wikipedia reiben. Die Kritiker bezeichnen die Enzyklopädie als „Wokepedia“ und initiierten bereits das Gegenprojekt Conservapedia. Dort heißt es, Wikipedia neige dazu, ein „liberales – und in manchen Fällen sogar sozialistisches, kommunistisches und mit Nazis sympathisierendes – Weltbild zu projizieren, das in völligem Widerspruch zur konservativen Realität und Rationalität steht“.

Der Vorwurf des Antisemitismus und der Hetze gegen Israel wurde insbesondere seit dem Hamas-Massaker und den Militärschlägen Tel Avivs gegen die Terrororganisation laut. So geißelte der Jüdische Weltkongress die systematische „Desinformation und das Verbreiten negativer Stereotype“. Und tatsächlich entschieden die Verantwortlichen für die englischsprachige Version der Enzyklopädie unter anderem, die prominente US-amerikanische Menschenrechtsorganisation Anti-Defamation League (ADL), welche seit 1913 gegen die Diskriminierung und Diffamierung von Juden eintritt, als „im Allgemeinen unzuverlässig“ einzustufen, womit die ADL seit Mitte vorigen Jahres im Wikipedia-Kosmos nicht mehr als vertrauenswürdige Quelle gilt.

Hilfe von FBI-Veteranen

Angesichts all dessen bläst die konservative Denkfabrik Heritage Foundation mit Sitz in Washington nun zum Gegenangriff. Der hat vor allem die Bekämpfung antisemitischer und israelfeindlicher sowie „anti-amerikanischer“ Umtriebe zum Ziel. Im Zusammenhang damit ist eine Aktion namens „Wikipedia Editor Targeting“ angelaufen, um die Identität von bestimmten Autoren der Enzyklopädie zu enthüllen, welche im Schutze der von Wikipedia garantierten Anonymität unwahre oder hetzerische Einträge liefern. Bei deren Enttarnung und Bloßstellung soll nach Ankündigung der Foundation eine ganze Reihe unterschiedlicher Techniken zum Einsatz kommen, wobei die Stiftung hier auf die Expertise von ehemaligen Mitarbeitern des FBI zurückgreift. Diese FBI-Veteranen raten sowohl zu aktiven als auch zu passiven Maßnahmen.

Zu den Letzteren gehört das sogenannte Fingerprinting. In dessen Rahmen wird der Verfasser eines Textes durch seinen individuellen Schreibstil entlarvt, wie er sich beispielsweise in typischen Formulierungen oder Inhaltsmustern äußert. Eine weitere Möglichkeit sind artikel-



Unter die Lupe genommen: Die angeblich „freie“ Online-Enzyklopädie weckt seit Jahren Zweifel an ihrer Seriosität

Bild: imago/Pond5 Images

INTERNET

Kritiker von Wikipedia werden aktiv

Die linkslastige Online-Enzyklopädie gerät ins Visier einer einflussreichen konservativen US-Stiftung. Mit geheimdienstlichen Methoden sollen Wiki-Autoren aus der Anonymität gerissen werden

übergreifende Vergleiche unter Einbezug anderer Plattformen, wo Klarnamen üblich sind. Für ebenso hilfreich halten die Berater der Heritage Foundation die Analyse von Verhaltensmustern. Dazu zählen die Häufigkeit und der Zeitraum der Erstellung von Beiträgen, die Vorliebe für bestimmte Themen sowie auch die Art und Weise der Zusammenarbeit mit anderen Wikipedia-Autoren. Diese zeigt sich unter anderem in den öffentlich einsehbaren Diskussionen über die Löschung beziehungsweise Änderung von Artikeln.

Darüber hinaus sollen die Jäger Informationen aus bekannt gewordenen Datenlecks nutzen: „Durchsuchen Sie kompromittierte Datensätze nach wiederverwendeten Namen, E-Mails und Online-Identitäten.“ Dem folgt die Empfehlung, auf die beiden geheimdienstlichen Methoden OSINT und HUMINT zu setzen. Bei der Open Source Intelligence (OSINT) stammen die Erkenntnisse zur Aufde-

ckung von Pseudonymen aus allgemein zugänglichen Quellen wie Zeitungsartikeln oder Fernsehbeiträgen, während im Rahmen der Human Intelligence (HUMINT) Personen abgeschöpft werden, die freiwillig oder unwissentlich Insiderwissen preisgeben. Als passive Methode gilt des Weiteren die Verwendung von PimEyes, einer sehr leistungsstarken Online-Gesichtserkennungssoftware auf der Basis von Künstlicher Intelligenz.

Aufregung bei den Wiki-Schreibern

Hinzu kommen etliche aktive Maßnahmen, um umstrittene Wikipedia-Autoren aus dem Dunkel der Anonymität zu reißen. Dazu heißt es in den Richtlinien zum „Wikipedia Editor Targeting“: „Nutzen Sie kontrollierte Weiterleitungen zur Erfassung von Internetadressen ... und Gerätedaten.“ Außerdem sollen Links angeboten werden, welche die „Verdächtigen“ zum Anklicken und dadurch automatisch

auch zur Preisgabe ihres Standortes verleiten. Einen ähnlichen Zweck verfolgen Cookies, also kleine Datenpakete, die von vielen Internetseiten erzeugt werden, um unbemerkt individuelle Nutzerdaten zu sammeln.

Und dann wird ebenso noch dazu geraten, die mutmaßlichen Wikipedia-Autoren zur Offenlegung von Informationen über sich selbst zu provozieren, indem man sie bei Wikipedia oder anderswo im Netz mit sogenannten Sockenpuppen konfrontiert. Das sind Schein-Benutzerkonten, deren konspirativ agierende Inhaber Diskussionen anzetteln – in der Hoffnung, dass die „Zielperson“ einsteigt und sich nachfolgend unüberlegt verräterisch äußert.

Nach dem Bekanntwerden des Projektes der Foundation gab es nicht nur in den USA, sondern auch in der Bundesrepublik Unruhe in der Wikipedia-Gemeinschaft. So beklagte eine Sprecherin der Wikime-

dia-Stiftung zur Finanzierung der Enzyklopädie die „Einschüchterungsversuche“ gegen Menschen, „die ehrenamtlich verlässliches und belegtes Wissen teilen“. Darüber hinaus meldete sich die ebenfalls linkslastige Plattform für digitale Freiheitsrechte Netzpolitik.org zu Wort und sang ein lautes Loblied auf die Anonymität im Internet.

Dabei wollte sie nicht einmal die viel beschworenen „rassistischen Hassreden“ von Rechten als Argument für die Klarnamen- und Identifizierungspflicht im Netz gelten lassen. Die Möglichkeit, unerkannt zu agieren, müsse unbedingt erhalten bleiben, denn davon „profitieren vor allem marginalisierte, bedrohte und diskriminierte Gruppen“. Und zu denen zählen jetzt offenbar eben auch die Wikipedianer, welche für die krasse Linkslastigkeit und etliche problematische Aussagen bei der „freien Enzyklopädie“ verantwortlich zeichnen.

GESUNDHEIT

Der deutschen Seele geht es immer schlechter

Krankenkassen schlagen Alarm: Zahl der psychischen Erkrankungen nimmt sprunghaft zu – Erklärungen gibt es einige

Um die geistige Gesundheit der Deutschen steht es schlecht. Laut dem Mental Health Report des Versicherungskonzerns AXA leidet inzwischen fast jeder dritte Mensch hierzulande unter einer psychischen Erkrankung oder Störung. Das entspricht zwar in etwa dem weltweiten Durchschnitt, allerdings kam es in jüngerer Zeit zu einer deutlichen Zunahme der Fälle von Arbeitsunfähigkeit aufgrund seelischer Leiden.

So registrierte die Krankenkasse DAK-Gesundheit 342 Fehltage pro 100 Beschäftigte im Jahr 2024, während es 2023 noch 323 waren. Besonders dramatisch verlief die Entwicklung bei den Depressionen: In

diesem Fall stieg die Zahl der Ausfalltage binnen eines Jahres von 122 auf 183 pro 100 Beschäftigte. Starke Zuwächse verzeichnete die DAK hier vor allem bei älteren Versicherten über 60 Jahre. Die Zahl von deren depressionsbedingten Fehltagen kletterte von 169 auf 249 je 100 Arbeitnehmer.

Ähnliches meldete die Kaufmännische Krankenkasse (KKH): Während man 2017 298 Fehltage pro 100 Mitglieder aufgrund psychischer Ursachen erfasst habe, seien es 2024 bereits 388 Tage gewesen. Das deckt sich in etwa mit den Befunden des Robert-Koch-Institutes, welches von einer Verdopplung der Depressionen und

Angsterkrankungen seit 2019 beziehungsweise 2021 berichtete, sowie der Aussage der Bundespsychotherapeutenkammer, dass der Bedarf an Therapieleistungen in den vergangenen drei Jahren um 40 Prozent gestiegen sei. Dies alles wirft die Frage nach den Ursachen auf.

Als einer der wichtigsten Gründe für den Verfall der psychischen Gesundheit der Bürger unseres Landes gilt die Coronapandemie, wobei die seelische Belastung nicht nur aus der medial und politisch geschürten Angst vor dem Virus, sondern auch aus den Maßnahmen zu dessen Eindämmung resultierte. Darüber hinaus weisen die Experten unisono auf die im-

mer höheren emotionalen Belastungen, denen Berufsgruppen wie Lehrer, Erzieher und Altenpfleger ausgesetzt seien.

An dritter Stelle der meistgenannten Ursachen stehen zunehmende berufliche Anforderungen, wie sie vor allem aus der fortschreitenden Digitalisierung erwachsen. Dazu kommt ganz offensichtlich Stress in allen Bereichen des Lebens. Eine Umfrage der KKH vom Juli 2024 ergab, dass sich 43 Prozent der Versicherten dieser Krankenkasse häufig oder sehr häufig gestresst fühlen, wobei die psychosoziale Anspannung vor allen durch Zeitdruck, neue Arbeitsmethoden, komplexere Aufgabenstellungen und Schwierigkeiten bei

der Vereinbarung von Beruf und Privatleben entsteht.

Außerdem resultiert die Verschlechterung der psychischen Gesundheit der Deutschen aus dem unablässigen Krisenmodus der vergangenen 18 Jahre. Der weltweiten Finanzkrise von 2007/08 folgten 2009 eine globale Wirtschaftskrise und ab 2010 die Euro-Schuldenkrise. Danach kamen die Asylikrise (ab 2015), die Corona-Krise (2020–2023) sowie die tiefgreifenden Verwerfungen infolge der Kriege in der Ukraine und dem Nahen Osten. Darüber hinaus sorgte das Agieren der Ampelregierung für eine innenpolitische Dauerkrise. W.K.



PREUSSISCH EYLAU

Die Deutschordensburg erwacht zu neuem Leben

Sanierungsarbeiten in vollem Gang – Schon in diesem Frühjahr sollen Besucher die fertiggestellten Teile der Anlage besuchen können

VON CARSTEN KALLWEIT

Im Herbst 2022 erwarb ein St. Petersburger Unternehmen die mehrfach ausgebrannten Reste der Ordensburg Preußisch Eylau. In den letzten Jahrzehnten verfielen das historische Gebäude sowie seine Umgebung. Nun planen Investoren, die ehemalige Deutschordensburg zu einem Entwicklungspunkt für den Tourismus in der Region zu machen.

Die an der Renovierung der Deutschordensburg Preußisch Eylau beteiligten Investoren präsentierten vor Kurzem erste Bauentwürfe, die den Eingangsbereich von der Seite des im Bau befindlichen Wirtshauses zeigen. So soll die Begegnungsstätte für die Besucher bereits in diesem Sommer aussehen, heißt es.

Als Erstes wird der Haupteingang zum Burggelände aufgebaut und von dort aus können die Touristen ihre Bekanntschaft mit dem mittelalterlichen Gebäude beginnen. Der Haupteingang wird in der Straße zwischen der Zitadelle und dem langen Flügel des vorderen Teils der Burg liegen. Die historische Festungsmauer, die Verteidigungsgalerie, der Souvenirpavillon, das Wirtshaus und der große Landschaftspark lassen die Gäste in die Atmosphäre der alten Burg eintauchen.

Umriss bereits sichtbar

Das Hauptgebäude in diesem Bereich soll nach Angaben der Investoren ein Wirtshaus mit Sattelziegeldach sein, „das in der Form eines mittelalterlichen Herrenhauses gestaltet ist“. Derzeit wird das Dach des Wirtshauses mit Dachziegeln gedeckt und die Umriss der gesamten architektonischen Komposition werden sichtbar.

Im vergangenen September kündigte Wladislaw Masurok, Gründer und Direktor des Investors, an, dass die Eröffnung der Unterkünfte für Gäste, stilisiert als ein „Märchendorf der Hobbits“, des Haupteingangs der Ordensburg, des Souvenirpavillons und des Wirtshauses für das späte Frühjahr 2025 geplant sei. Diese



Gebäude, die auf dem Burggelände entstehen: Anlehnung an mittelalterliche Bauten

Foto: Screenshot

erste Phase der Burgrenovierung soll auch Spazierwege und einen Teil des Landschaftsparks umfassen.

Das Unternehmen hat die Erfahrungen anderer Investoren bei der Sanierung ähnlicher Anlagen für eine moderne Nutzung genau studiert. Nach anderthalb Jahren Bausanierung hat die Burg Preußisch Eylau ein postkartenähnliches Aussehen, der Investor hat auch ein detailliertes Entwicklungskonzept der Anlage in Zusammenarbeit mit den örtlichen Behörden und Bewohnern erarbeitet.

Die erhaltenen Burgreste stellen ein 100 Meter langes und zwölf Meter breites Rechteck mit vier Stockwerken und einem Zwischengeschoss dar. Das erste, das zweite und das dritte Obergeschoss werden mit Hotelzimmern belegt. Das Erdgeschoss wird drei Funktionen haben: einen Museumsraum (vom Hof aus gesehen

auf der linken Seite des Gebäudes), eine Rezeption und Hotelloobby sowie ein Restaurant auf der rechten Seite des Gebäudes, näher an der Zitadelle. Die gesamte historische Bausubstanz wird erhalten bleiben, die wichtigsten Bauelemente und Fassaden werden gereinigt, verstärkt und sachgemäß verkleidet.

Experten erarbeiten Ausstellung

Bei der Schaffung des Museums arbeiten die Investoren mit einem erfahrenen Team von Fachleuten aus St. Petersburg und Moskau zusammen, die über Erfahrung in der Erstellung von unterschiedlichen Museumsprojekten verfügen und inzwischen ein Konzept von Museumsräumen entwickelt haben.

Es gibt auch eine Arbeitsgemeinschaft mit dem örtlichen Heimatmuseum und seinem Direktor, dessen Ratschläge und

Empfehlungen in dieser Angelegenheit sehr helfen.

Im Museum werden einige historische Figuren präsentiert, die mit diesem Ort in Verbindung stehen und verschiedene Epochen verkörpern. Es handelt sich zum Beispiel um einen adeligen Ritter des Deutschen Ordens Heinrich Reuß von Plauen, dem diese Burg im 15. bis 16. Jahrhundert gehörte, oder auch um Napoleon, dessen Truppen die Burg vor der Schlacht von 1807 besetzten, und um einen der berühmtesten russischen Generäle Fürst Bagration.

Kunstvolle und schöne Motive aus den Zeichnungen von Katharina Klein werden auch präsent sein. Sie war eine Künstlerin aus Preußisch Eylau, die durch das Zeichnen beliebter Postkarten in der Vorkriegszeit berühmt wurde und dafür den inoffiziellen Titel „Königin der Postkarte“ er-

hielt. Darüber hinaus sind noch weitere Themen geplant, deren Inhalt und Visualisierung derzeit finalisiert werden.

Es gibt auch begründete Hoffnung, dass neue Investoren nach Preußisch Eylau folgen werden. Erhaltenswerte Immobilien gibt es in der Stadt genügend. Sobald die Stadt ihre ersten Schritte zur Veränderung unternimmt, wird das Interesse an ihr steigen. Der Tourismus soll der Entwicklung der Stadt Impulse verleihen. Preußisch Eylau ist eine wahrlich anziehende mittelalterliche Stadt mit Geschichte, interessanter Architektur, viel Grün und Gewässer und historischen Stätten. Und all dies wird auf neue Weise aufblühen, wenn es einen erheblichen Touristenstrom gibt.

Wermutstropfen Fachkräftemangel

Eine große Aufgabe, die zu lösen ist, wäre die Ausbildung und regelmäßige Schulungen des Personals. Schon jetzt herrscht, vor allem in Kleinstädten, ein katastrophaler Mangel an Servicefachkräften. Es bleiben zwei Möglichkeiten: Entweder jemanden aus anderen Regionen einzuladen oder die Anwohner zu schulen. Viele Arbeitsstellen werden für eine Ausbildung mit anschließender Übernahme ausgeschrieben. Das Personalproblem ist eines der Hauptprobleme und erfordert hier und jetzt Aufmerksamkeit.

Preußisch Eylau ist eine kleine Stadt mit etwa 6500 Einwohnern. In dem umliegenden Landkreis leben insgesamt etwa 30.000 Menschen. Allerdings gibt es im gesamten Landkreis kaum weiterführende Berufsbildungseinrichtungen.

In der Stadt gibt es viele Kinder und Jugendliche, die nach dem Schulabschluss oft wegziehen. Es wäre wünschenswert, dass sie hier eine Berufsausbildung erhalten und gute Arbeitsplätze finden können, ohne in andere Städte ziehen zu müssen. Dies ist derzeit nicht der Fall und dieses Problem muss gelöst werden, damit junge Menschen Gründe haben, hier zu bleiben, damit sie hier weiter leben und arbeiten können.

ALLENSTEIN

Professionelle Hilfe bei Gewalt gegen Kinder und Jugendliche

Steigende Fallzahlen – In der Hauptstadt des südlichen Ostpreußens entsteht ein neues Zentrum für Kinderschutz

In der Republik Polen nimmt die Gewalt gegen Kinder und Jugendliche weiterhin besorgniserregend zu. Laut einem aktuellen Bericht der Stiftung Dajemy Dzieciom Siłę („Wir geben Kindern Kraft“) aus dem Jahr 2023 haben fast 80 Prozent der Kinder in der Republik Polen mindestens einmal in ihrem Leben körperliche oder psychische Gewalt erlebt. Besonders alarmierend: Mehr als ein Viertel der befragten Jugendlichen berichtete von sexueller Gewalt – oftmals durch Erwachsene aus dem familiären oder schulischen Umfeld.

Auch im südlichen Ostpreußen zeigt sich dieses gesellschaftliche Problem in wachsender Dringlichkeit. Als Reaktion darauf plant Allenstein, ein neues Zentrum für Kinderschutz zu errichten, das ab 2026 seine Arbeit aufnehmen soll. Die Einrichtung entsteht im Gebäude der Sonderpädagogischen Schule für hörgeschädigte Kinder in der Grzegorzewska-Straße 6. Das Zentrum wird Kindern unter

18 Jahren, die Gewalt – insbesondere sexuellen Missbrauch – erfahren haben, umfassende Unterstützung bieten. Dazu ge-

hören psychologische Betreuung, Traumatherapie, soziale Beratung sowie juristische Unterstützung. Auch nicht-gewalt-

tätige Elternteile und Geschwister erhalten dort Hilfe und Begleitung.

Die Konsequenzen von Gewalt in der Kindheit sind tiefgreifend. Psychische Traumata, Angststörungen, Depressionen oder Bindungsprobleme im Erwachsenenalter sind keine Seltenheit. Früh erlebte Gewalt kann das Urvertrauen eines Kindes erschüttern und seine Entwicklung dauerhaft beeinträchtigen. Fachleute betonen daher die Notwendigkeit, Kindern frühzeitig Zugang zu professioneller Hilfe zu ermöglichen.

Ein solches Angebot existiert bereits in Allenstein: Das Zentrum Arka („Arche“), betrieben vom gleichnamigen Verein, befindet sich derzeit in einer historischen Villa an der Niepodległości-Allee 85 (bekannt als Villa Hermenau). Diese Institution betreut seit Jahren Kinder und Familien, die von Gewalt betroffen sind – oft mit großem Engagement und begrenzten Mitteln. Das neue Zentrum an der

Grzegorzewska-Straße soll diese Arbeit erweitern und in ein modernes, standardisiertes Unterstützungsnetzwerk eingebunden werden. Es wird Teil der polenweiten Struktur von Kinderschutzzentren unter dem Dach der Stiftung Dajemy Dzieciom Siłę sein. Die Finanzierung der Kinderschutzzentren erfolgt über verschiedene Quellen: staatliche und kommunale Fördermittel, EU-Fonds sowie Spenden von Privatpersonen und Unternehmen.

In Allenstein engagieren sich inzwischen lokale Behörden wie die Stadtverwaltung, aber auch Freiwillige und regionale Firmen aktiv für den Umbau und die Ausstattung der neuen Einrichtung. In einer Zeit, in der gesellschaftlicher Zusammenhalt und Fürsorge immer wichtiger werden, setzt Allenstein mit dem neuen Zentrum ein starkes Zeichen für den Schutz der Schwächsten: der Kinder.

Dawid Kazański



Schule für hörgeschädigte Kinder: Hier entsteht das neue Kinderschutzzentrum

Wir gratulieren...



ZUM 102. GEBURTSTAG

Quassowsky, Ilse, geb. Conrad, aus Kischken, Kreis Ebenrode, am 7. Mai

ZUM 101. GEBURTSTAG

d'Erceville, Irmgard, geb. Wiechert, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 5. Mai

ZUM 99. GEBURTSTAG

Jordan, Gisela, geb. Menck, aus Wehlau, am 3. Mai

ZUM 98. GEBURTSTAG

Blumenscheit, Hans, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 7. Mai

Schmidt, Gerda, geb. Rohmann, aus Lissau, Kreis Lyck, am 2. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Brunkhorst, Erna, geb. Tomuschat, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 2. Mai

Klönner, Ingeborg, geb. Nitsch, aus Wehlau, am 4. Mai

Kock, Gerda, geb. Weber, aus Dürrfelde, Kreis Ebenrode, am 6. Mai

Lachmann, Helga, geb. Torner, aus Mohrunen, am 7. Mai

Lau, Waltraut, geb. Pilchowski, aus Lyck, Bismarckstraße 65, am 7. Mai

Lewandowski, Eva, geb. Tomuschat, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 2. Mai

Openkowski, Ruth, geb. Jedamski, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 2. Mai

Stern, Margarete, geb. Palloks, aus Jägerhöf, Kreis Elchniederung, am 5. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Brangewitz, Günter, aus Ortelsburg, am 4. Mai

Ehrhardt, Gerda, geb. Karohs, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 4. Mai

Fankhauser, Hildegard, geb. Salewski, aus Neidenburg, am 8. Mai

Gustafson, Edith, geb. Besmehn, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 5. Mai

Känel, Elfriede von, geb. Neumann, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 3. Mai

Kempka, Gerda, geb. Nernheim, aus Wehlau, am 7. Mai

Kinzel, Gerda, geb. Noetzel, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 5. Mai

Kunz, Martha, geb. Gentz, aus Soffen, Kreis Lyck, am 2. Mai

Rabe, Gerda, geb. Riedel, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 5. Mai

Schmidt, Margarete, geb. Mex, aus Treuburg, am 7. Mai

Sieling, Irmgard, geb. Abraham, aus Motitten, Kreis Mohrunen, am 1. Mai

Ziener, Dr. Gerhard, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 5. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Chmielewski, Willi, aus Warchallen, Kreis Neidenburg, am 8. Mai

Kwiatkowski, Margot, geb. Gelhaar, aus Bolzhagen, Kreis Elchniederung, am 5. Mai

Rattay, Heinz, aus Moneten, Kreis Treuburg, am 6. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

auf'm Kamp, Erika, geb. Daniel, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 4. Mai

Balz, Lieselotte, geb. Kolossa, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 8. Mai

Block, Traute, geb. Usko, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 8. Mai

Bosse, Anneliese, geb. Kalmus, aus Hagenau, Kreis Mohrunen, am 4. Mai

Kullak, Edith, geb. Reck, aus Lötzen, am 7. Mai

Rothgänger, Günter, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 4. Mai

Saschek, Ruth, geb. Lenz, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 6. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bröcker, Ursula, geb. Seifert, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 4. Mai

Eisenblätter, Dieter, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, am 6. Mai

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg. E-Mail: info@ostpreussen.de

Reimer, Irene, geb. Saloga, aus Lyck, Mackensen Straße 10, am 3. Mai

Stelling, Rainer, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 6. Mai

Wekeiser, Erwin, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 4. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bastisch, Gertrud, geb. Derlath, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 3. Mai

Frank, Gisela, geb. Killeit, aus Weidlacken, Kreis Wehlau, am 7. Mai

Jelinski, Werner, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 8. Mai

Lankau, Georg, aus Wiese, Kreis Mohrunen, am 5. Mai

Lellek, Irmgard, geb. Neumann, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 6. Mai

Milewski, Manfred, aus Müllersbrück, Kreis Treuburg, am 4. Mai

Moser, Hildegard, geb. Schwermer, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 5. Mai

Müller, Anneliese, geb. Gregel, aus Borken, Kreis Lyck, am 4. Mai

Netz, Rudi, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 2. Mai

Podbielski, Reinhold, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 7. Mai

Puttnins, Gertrud, geb. Waschneski, aus Illowo, Kreis Neidenburg, am 7. Mai

Rosteius, Ursel, geb. Wiersbitzki, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 7. Mai

Schindowski, Helmut, aus Samrodt, Kreis Mohrunen, am 6. Mai

Schollbach, Gerhard, aus Parnehren, Kreis Wehlau, am 7. Mai

Werschy, Reinhard, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 6. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Birner, Irmgard, geb. Horn, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 6. Mai

Brandenburg, Ingeborg, geb. Murawski, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 5. Mai

Dembkowski, Hans, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 7. Mai

Gessner, Ursula, geb. Bagowsky, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 2. Mai

Polomski, Gertrud, geb. Radek, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 7. Mai

Priwall, Heinz, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 2. Mai

Seier, Ruth, geb. Madeia, aus Freidorf, Kreis Neidenburg, am 3. Mai

Sperling, Frieda, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 5. Mai

Stanko, Gerhard, aus Blumental, Kreis Lyck, am 8. Mai

Vielhaber, Marie-Louise, geb. Andersen, aus Lötzen, am 3. Mai

Winter, Helga, geb. Springer, aus Groß Ruppertswalde, Kreis Mohrunen, am 8. Mai

Zöllmer, Johann, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 5. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Gebauer, Wolfgang, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 6. Mai

Godlinski, Gerhard, aus Radomin, Kreis Neidenburg, am 5. Mai

Grapp, Helga, geb. Lick, aus Wiese, Kreis Mohrunen, am 1. Mai

Grübner, Dorothea, geb. Pliquet, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 3. Mai

Hausch, Helga, geb. Richter, aus Golbitten, Kreis Mohrunen, am 7. Mai

Jelonnek, Erhard, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 8. Mai

Kallauch, Ruth, geb. Vogler, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 2. Mai

Pogodda, Horst, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 6. Mai

Rutkowski, Käthe, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 3. Mai

Rybak, Anita, geb. Schirmacher, aus Warnien, Kreis Wehlau, am 5. Mai

Sendzig, Waltraud, geb. Josewski, aus Schwalgendorf, Kreis Mohrunen, am 2. Mai

Thiele, Sieglinde, aus Neidenburg, am 5. Mai

Tobien, Heinz, aus Hasenberg, Kreis Wehlau, am 6. Mai

Zerrath, Herbert, aus Johannsdorf, Kreis Elchniederung, am 3. Mai

Ziegel, Irmgard, geb. Zöllmann, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 8. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Baran, Bernd, aus Breslau, am 2. Mai

Bastians, Monika, geb. Wohlge-muth, aus Treuburg, am 3. Mai

Bernhardt, Ingrid, geb. Lemcke, aus Köthen, Kreis Wehlau, am 5. Mai

Daniel, Hans, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 8. Mai

Kallweit, Dieter, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 7. Mai

Willmann, Klaus, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 6. Mai

Ziesmann, Manfred, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 2. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Drachenberg, Manfred, aus Friedrichsthal, Kreis Wehlau, am 7. Mai

Otto, Lothar, aus Wehlau, am 2. Mai

Schemioneck, Reinhard, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, am 4. Mai

ZUM 75. GEBURTSTAG

Scheer, Gerhard, Kreisgemeinschaft Neidenburg und Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 8. Mai

Wischniewski, Klaus-Dieter, aus Hamburg, am 3. Mai



BILD: SHUTTERSTOCK

Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Termine 2025

21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Wuttrienen

19. bis 21. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

4. bis 5. Oktober: 15. Kommunalpolitischer Kongress (geschlossener Teilnehmerkreis, gT) in Allenstein

6. bis 12. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzen-



Ostpreußisches Landesmuseum

Mittwoch, 14. Mai, 18.30 Uhr, Eintritt: 7 Euro: **Wir Ostpreußen. Eine ganz gewöhnliche deutsche Familiengeschichte**, Autorenlesung mit Jochen Buchsteiner, moderiert von PD Dr. Kirsten Bönker. Eine Veranstaltung der Buchhandlung Lünebuch, des dtv Verlags, des Nordost-Instituts und des Kulturreferats am Ostpreußischen Landesmuseum. Tickets in der Buchhandlung Lünebuch und unter Telefon (04131) 759950 oder info@ol-ig.de.



den (gT) in Wuppertal

8. bis 9. November: Ostpreußische Landesvertretung (gT) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4,

22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo

ANZEIGEN

Zusendungen für die Ausgabe 20/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 20/2025 (Erstverkaufstag 16. Mai) **bis spätestens Dienstag, den 6. Mai**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

ANZEIGE

Ostpreußen



28. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern in Anklam



Sonnabend, 10. Mai 2025

10 bis 17 Uhr

Mehrzweckhalle „Volkshaus“

17389 Anklam, Baustraße 48–49

Alle ostpreußischen Heimatkreise sind an Extra-Tischen groß ausgeschildert. Für ein heimatliches ostpreußisches Kulturprogramm, das leibliche Wohl und genügend Parkplätze ist gesorgt. Bitte Ihre Verwandten und Freunde informieren und mitbringen. Schriftliche Auskunft gegen Rückporto bei:

Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe MV
Manfred F. Schukat, Hirtenstr. 7a, 17389 Anklam
oder per Mail: M.F.Schukat@web.de



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe,
Ringstraße 51a, App. 315, 85540
Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de
www.low-bayern.de

Zeitzeugen berichten

Altmühlfranken – Freitag, 9. Mai, 18.30 Uhr, Markgrafensaal, Haus des Gastes, Dr.-Martin-Luther-Platz 4, 91710 Gunzenhausen: Erinnerungabend zum Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkriegs.

Vor 80 Jahren, am 7. Mai 1945, unterzeichnete Generaloberst Alf-

red Jodl im Obersten Hauptquartier der Alliierten Expeditionstreitkräfte in Reims um 2.41 Uhr morgens die Kapitulationsurkunde. Die bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches trat tags darauf am 8. Mai in Kraft.

Der größte Krieg der Menschheitsgeschichte fand in Europa sein Ende.

Die Folgen des Zweiten Weltkrieges waren unabsehbar, auf der großen Weltbühne, wie auch für Millionen Einzelschicksale. Millionen Menschen fanden den Tod, Millionen Menschen trugen körperliche wie psychische Verletzungen davon. Politisch wurde die Welt neu geprägt und viele Aus-

wirkungen sind heute noch spürbar.

Zeitzeugen, die von der schrecklichen Zeit dieses Krieges und seinem Ende noch berichten können, werden immer rarer und schon in naher Zukunft wird es keine Zeitzeugen mehr geben, die darüber berichten können, wie es ihnen erging, als die Bomben fielen, sie ihre Heimat verlassen mussten und sie vom Kriegstod von Familienangehörigen, von Verwandten und Freunden erfuhren.

Mit jedem Zeitzeugen stirbt Erinnerung und deren kostbares Wissen, wie man diese schrecklichen Erfahrungen verarbeiten und überwinden kann. Bald wer-

den auch diese Stimmen verstummen.

Damit diese Stimmen noch einmal Gehör bekommen, veranstaltet die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, der Danziger und Pommern am 9. Mai einen Erinnerungsabend, um dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu gedenken. An diesem Abend werden Zeitzeugen berichten, wie sie die Flucht und das Ende des Krieges im Kindesalter erlebt haben. Hierbei sind bizarr anmutende Geschichten zu hören. Als Flüchtlingskinder aus Ostpreußen im Bayerischen Wald einquartiert wurden, wurden sie von gleichaltrigen heimischen Kindern betaselt, um festzustellen, wo ihre Hörner auf dem Kopf seien, denn die Evangelischen seien ja mit dem Teufel.

Gerade für die jüngeren Generationen werden diese Vorträge bedeutungsvoll sein, denn kaum jemand kann sich heute vorstellen, auf Strohbetten zu schlafen oder sitzend im Türrahmen für die Schule zu lernen, weil es für eine mehrköpfige Familie nur einen einzigen Tisch gab. Beheizte Schlafzimmer waren die Ausnahme. Kaum jemand kann sich heute noch vorstellen, Wasser an einem Brunnen zu holen, den Eimer ins Haus zu tragen, um dort am Holzofen das Wasser zu erwärmen oder in den Wald zu gehen, um dort Reisig zu holen, um die spärliche Bleibe im Winter zu heizen oder Briketts mit in den Schulunterricht zu bringen, damit das Klassenzimmer geheizt werden kann. Eine heiße Dusche oder ein heißes Bad – heute eine Selbstverständlichkeit – war früher fast eine Sensation, denn das gab es einmal in der Woche, meistens sonnabends. Es badeten mehrere Personen im gleichen Wasser. Gut gefüllte Kühlschränke gab es nicht, ja es war nicht einmal selbstverständlich, dass man nach einer Mahlzeit satt vom Tisch aufstand. Schulbücher gab es nach dem Krieg auch kaum oder gar nicht, denn diese wurden von den Alliierten eingezogen, da



Bei dem Start der Saturn SA-6 (A-101) am 28. Mai 1964: (vorne stehend v. l.): George Mueller, Wernher von Braun und Eberhard Rees

diese oft kriegsverherrlichende Propaganda oder Stempel mit Reichsadler und Hakenkreuz enthielten.

Schließlich gibt es einen Augenzeugenbericht über den Bombenangriff auf Dresden. Vorgesehen sind vier Vorträge von je zehn Minuten. Im Anschluss an jeden Vortrag gibt es die Möglichkeit, Fragen zu stellen.

Der Bürgermeister der Stadt Gunzenhausen, Herr Fitz, hat dankenswerterweise die Schirmherrschaft für diese Vortragsveranstaltung übernommen. Alle Interessierten, ob groß oder klein, ob jung oder alt sind zu dieser Veranstaltung eingeladen. Im Anschluss gibt es Getränke und die Möglichkeit für weitere Gespräche und Gedankenaustausch.

Ralf Loos

Muttertag

Hof – Sonnabend, 10. Mai, 15 Uhr, Jahnheim, Jahnstraße 5; Muttertag. Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof.

Vernissage

Hof – Donnerstag, 15. Mai, 19 Uhr, Museum Bayerisches Vogtland, Sigmundgraben 6: Ausstellungs-

eröffnung „Ungehört – die Geschichte der Frauen. Flucht, Vertreibung und Integration“, eine Kooperation mit dem Haus des Deutschen Ostens.

Wernher von Braun

Hof – Anlässlich der monatlichen Zusammenkunft der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen im April stellte Kulturwart Bernd Hüttner den Ingenieur Wernher von Braun vor. Geboren 1912 in Wirsitz (Provinz Posen), interessiert er sich bereits als Kind für Astronomie. 1928 trat der damals Sechzehnjährige dem Verein für Raumschiffahrt bei. Dessen Gründer Hermann Oberth assistierte er während seines Studiums an der Technischen Hochschule in Berlin bei Versuchen mit Flüssigkeitsraketen. Unterstützt durch ein Stipendium, konnte er diese weiterentwickeln. 1934 promovierte er in Physik über dieses Thema. Die Doktorarbeit wurde jedoch erst 25 Jahre später veröffentlicht. 1937 wurde Braun, nach erfolgreichem Start der A3-Rakete, Leiter der neu gegründeten Heeresversuchsanstalt, die der Luftwaffe unterstellt war. Die von ihm entwickelte Nachfolgera-

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.



Prämie 2: Renaissanceglobus

Prämie 2: Renaissanceglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

kete erreichte 1943 als erste Langstreckenrakete die vierfache Schallgeschwindigkeit. Nachdem er sich 1945 mit seinen Mitarbeitern der amerikanischen Armee gestellt hatte, führte ihn sein Weg mit Ehefrau Maria, geb. Quistrop, und den drei Kindern in die USA. Dort entwickelte er in den folgenden Jahren für die NASA die Jupiter-Trägerraketen. 1955 nahm er die amerikanische Staatsbürgerschaft an. Bis 1972 konstruierte er weitere erfolgreiche Raketen, die unter anderem bei der Mondlandung im Jahr 1969 den Erfolg ermöglichten. Nach Kürzung der Mittel für die Weltraumfahrt wechselte er in die Privatwirtschaft. Zwei Jahre vor seinem Tod 1977 gründete Wernher von Braun das Nationale Space Institute, das für die Raumfahrt werben sollte.

Hüttner schloss seinen Vortrag mit der Feststellung, dass Brauns technische Leistungen auf dem Gebiet der Raketentechnik außer Frage stehen. Seine Verstrickungen in das NS-Regime, das ihm den Rahmen für seine Entwicklungen bot, tritt er stets ab, obwohl es Belege dafür gab. Jutta Starosta

Gedenkfeier

Rosenheim – Donnerstag, 8. Mai, 17 Uhr, Heimatkreis der Vertriebenen, Städtischer Friedhof Rosenheim: 80 Jahre Kriegsende, Flucht, Vertreibung, Deportation, Integration. Gedenkveranstaltung der Sudetendeutschen Landsmannschaft mit Gabriele Leicht, 3. Bürgermeisterin der Stadt Rosenheim, Hannelore Maurer, Seelsorgerin, Stadt-

kirche Rosenheim, Paul Hansel, Bezirksvorsitzender des Bundes der Vertriebenen in Oberbayern, mit musikalischer Umrahmung. Sitzgelegenheiten sind vorhanden.



Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Telefon (0178) 3272152

Tag der offenen Tür

Hamburg – Donnerstag, 8. Mai, 12 bis 15 Uhr, Teilfeld 8, Haus der Heimat: Tag der offenen Tür mit musikalischer Begleitung und Präsentation der Ausstellung „Ostpreußen – Portrait einer Heimat“ im Rahmen der Europawochen in Hamburg. Das Haus der Heimat befindet sich unweit der Haltestellen Baumwall, Rödingsmarkt oder Michaeliskirche. Gäste sind herzlich willkommen.



Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

Vor 80 Jahren

Kassel – Donnerstag, 8. Mai, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fulda-

talstraße 140: „Heute vor 80 Jahren – alles bricht zusammen“, aus der Dokumentensammlung von Gerhard Landau. Die Treffen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Kassel, finden jeden ersten Donnerstag im Monat statt.

Dokumentationszentrum

Wetzlar – Dienstag, 20. Mai, 11 Uhr, Senioren-Residenz „Casino Wetzlar“ Kalsmuntstraße 68: Neues vom Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung, Berlin, Vortrag von Gerd-Helmut Schäfer. Die Monatstreffen beginnen um 11 Uhr, Programmbeginn, das gemeinsame Mittagessen findet um 12.30 Uhr statt. Kuno Kutz

Kurische Nehrung

Wiesbaden – Sonnabend, 17. Mai, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Die Kurische Nehrung im Wandel der Jahreszeiten – eine filmische Wanderung. Die Kurische Nehrung gehört zu den sonderbarsten Schöpfungen der Natur. Der Film zeigt die einzigartige Landschaft im Wechsel zwischen Frühling und Winter, untermalt mit stimmiger Musik. Bis zur Film-Vorführung ist genügend Zeit für Gespräche bei kostenfreiem Kaffee und Kuchen. Bringen Sie bitte auch Freunde und Gäste zu beiden Veranstaltungen mit.

Essen à la carte

Wiesbaden – Donnerstag, 22. Mai, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46: Essen à la

carte. Wegen der Platzdisposition bitte anmelden bis spätestens 16. Mai bei Helga Kukwa, Telefon (0611) 373521, oder Ilse Klausen, Telefon (06122) 14808, ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße.



Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Landestreffen

Anklam – Sonnabend, 10. Mai, 10 bis 17 Uhr, Volkshaus Anklam, Baustraße 48-49 (Stadtmitte): Landestreffen der Ostpreußen aus ganz Mecklenburg-Vorpommern und darüber hinaus. Es werden 750 Besucher erwartet. Angehörige und Interessenten von nah und fern sind ebenfalls herzlich eingeladen. Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind wie immer an Extra-Tischen ausgeschildert, denn im Mittelpunkt steht das große Wiedersehen, Suchen, Finden und Gefundenwerden. Eigene Tische gibt es auch für Westpreußen, Pommern, Schlesien und das Sudetenland. Thema sind Flucht und Vertreibung aus der Heimat und das Kriegsende vor 80 Jahren. Für die Besucher ist ein reiches Informations- und Kulturprogramm vorbereitet mit vier Chören aus der Heimat (Masuren und Litauen) und der Mecklenburg-Pommern Folkloregruppe Ribnitz-Damgarten. Das 1. Pommersche Blasorchester Wolgast gibt ein



festliches Konzert. Für das leibliche Wohl, eine große Auswahl Heimatliteratur, ostpreußischen Bärenfang und genügend Parkplätze ist gesorgt. Hotelplätze vermittelt die Stadt-Information Anklam unter Telefon (03971) 835154. Das Volkshaus ist vom Bahnhof Anklam zu Fuß gut erreichbar. Manfred Schukat



Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131)7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Helmut E. Papke, Süllweg 7, 29345 Unterlüß, Telefon (05827) 4099850. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968

Kaffeenachmittag

Oldenburg – Mittwoch, 14. Mai, 15 Uhr, Bümmersteder Krug, Sandkruger Straße 180: gemütlicher Kaffeenachmittag. Telefon (0441) 42615, VWG-Buslinien 304 und 315, Haltestelle Dorfweg.



Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Operettenmelodien

Dresden – Dienstag, 20. Mai, 13 Uhr, Büro, Großhainer Straße 96: Fröhliche Operettenmelodien aus der Heimat. Edith Welmitz



Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.

Flensburg – Mittwoch, 14. Mai, 11.30 Uhr: Spargelessen, TSB-Heim. Anmeldung bis 9. Mai bei Renate Kunde (0461) 91170 oder per E-Mail: rehekunde@aol.com.

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.

Flensburg – Pfingstfreitag, 6. Juni. Halbtagesfahrt: Mittagessen Gasthof Victoria Winnemark, nachmittags Phono-Museum Holzdorf, Kaffee trinken im Hof Schwansen. Anmeldung bis 14. Mai bei Hans Legies unter Telefon (0170)

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a 'So ist's richtig' section with a grid of words and their correct forms.

Schüttelrätsel

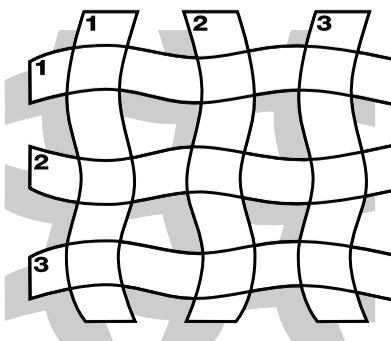
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Grid for Schüttelrätsel with letters in question marks and some filled letters.

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderes Wort für nach oben.

Grid for Mittelworträtsel with words in the corners and a central intersection.



Magisch Schreiben Sie wagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm. 1 sühnen 2 enthaltsam lebende Frau 3 Mahlzeit, zubereitete Speise

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

8118800 oder per E-Mail: Hans.Legies@t-online.de.

VLM Fl e.V.: Wolfskinder

Flensburg – Im Rahmen der Vorträge der VLM Fl e.V. mit historischer Thematik gab es einen Leckerbissen mit traurigem Beigeschmack; traurig, weil es ein sehr nahegehendes Thema war. Nach Flensburg kam Dr. Christopher Spatz aus Bremen, Historiker und Träger des Kulturpreises 2019 der Landsmannschaft Ostpreußen, der als äußerst fundierter Kenner der Wolfskinder, die er jedoch „Hungerkinder“ nennt, zu diesen Vorträgen.

Er begann mit Luftbildern vom 18. Februar 1945, die sowjetische Jagdflieger vom eisbedeckten Frischen Haff gemacht hatten. Die Fotos zeigten zahllose Trecks beziehungsweise einzelne Fuhrwerke, die sich mit einem oder zwei Vorspannpferden über das Eis bewegten; immer mit größerem Abstand untereinander und den gut sichtbaren Einbruchstellen, die wohl durch Bomben oder Granaten entstanden waren, ausweichend. Es war ein Einstieg, der sofort alle, ob erst nach dem Kriege oder wie die meisten unserer Mitglieder in den 1930er/40er Jahren geboren worden waren, in die Zeit damaligen Grauens zurückversetzte. Dann schlug der Vortragende den Bogen in die Jahre nach Kriegsende, in der besonders in den ersten beiden Nachkriegswintern auf allen Seiten gehungert wurde. Gründe waren neben der grundsätzlich schlechten Versorgungslage die extremen Temperaturen, die Winter zählten zu den strengsten des 20. Jahrhunderts, sowie das Fehlen der Bauern, die entweder gefallen oder verschleppt worden waren und so die Felder nicht bestellen konnten. Die neu geschaffene Grenze quer durch Ostpreußen vom Frischen Haff bis nach Litauen, die den nördlichen sowjetischen vom südlichen polnischen Teil abgrenzte, verschärfte die Lage noch.



Im Verlag Ellert & Richter erschienen: Cover des Titels

Im nördlichen Teil Ostpreußen erhielt nur der arbeitende Teil, also in der Regel Menschen ab zwölf Jahren, von den Machthabern täglich etwas Brot oder einen Teller dünner Suppe; diese spärliche Nahrung wurde dann noch mit den Kindern und den Alten geteilt. Es war immer zu wenig und in den ersten zwei Jahren starb in Nordostpreußen wenigstens jeder Zweite. Diese Mangellage führte dazu, dass fast alles gegessen wurde, was möglich war: Hunde, Katzen, Igel, Singvögel und deren Gelege, Kartoffelschalen, halbwegs brauchbare Abfälle – alles, was man erbeuten konnte.

Die familiäre Hierarchie war verschoben, da oft das älteste Kind entschied, wie vorangegangen wurde, wenn die Eltern zu schwach oder krank waren. Viele Eltern überlebten nicht und die zurückgebliebenen Kinder und Jugendliche waren auf sich allein gestellt; Diebstahl gehörte zum Alltag und sicherte dennoch das Überleben nur ansatzweise. Da die Kinder- und Waisenhäuser im Königsberger Raum dem Ansturm Elternloser nicht gewachsen waren und mit der Nachricht, im benachbarten Litauen, in der nun litauischen Sowjetrepublik, gäbe es noch hilfsbereite Bauern mit Arbeit und Brot, setzte eine Bewegung in das Nachbarland ein. Litauen stand für sich langsam füllende Mägen, wie Dr. Spatz aus über 50 biographischen Interviews ehemaliger Hungerkinder erfahren hatte. Individuellen Schutz jedoch gab es nicht; vorher zusammenhängende Geschwistergruppen mussten sich trennen, denn nur der hatte eine Chance auf Hilfe, der alleine an eine Türe klopfte.

Dazu unternahm die Kinder als blinde Zugpassagiere bis zu 250 Kilometer weite Reisen ins Nachbarland und wieder zurück mit allen Gefahren, die die Güterzüge bereiteten: Abrutschen und unter die Räder geraten, bei Frost am gefrorenen Metall festgeklebte Haut, ständige Milizkontrollen und so weiter. Manche taten dies wochen- oder gar monatelang, einige wenige gar jahrelang in einer immer gleichen Abfolge von Betteln, Stehlen Schlafen, Weiterziehen.

Und es gab immer wieder Hilfe, da eine erhebliche Diskrepanz bestand zwischen staatlicher Ablehnung aller Deutschen und einer Unvoreingenommenheit der Landbevölkerung. Man musste sich eben anpassen, verstecken, also unsichtbar machen und möglichst alles, was auf die deutsche Herkunft schließen ließ, vermeiden. Ende 1947 verbrachte die Sowjetunion dann rund 100.000 deutsche Hungerkinder in die damalige SBZ, was in manchen Fällen auch zum Zusammenreffen dieser mit Familienangehörigen, mit Eltern und/oder Geschwistern führte. Viele Hungerkinder hatten alles Deutsche so abgelegt, dass sie ihrer Muttersprache nicht mehr mächtig waren und auch über kein entsprechendes Sozialverhalten mehr verfügten. Alle aber waren, wie Aussagen von Kindergarten- und Volksschulkräften zeigen, wissbegierig und anpassungsfähig.

Dr. Spatz schloss mit einem Exkurs über die Situation der Hungerkinder in der Zeit nach dem Mauerfall, mit teilweise beachtlichen Karrieren, mit der vom Staat ermöglichten Entschädigung entsprechend der für die Zwangsarbeiter und der Festlegung eines jährlichen Gedenktages durch die Republik Litauen, dem Land, welches trotz aller erbärmlichen Verhältnisse und auch Ausbeutung der Hungerkinder die meiste Hilfe zukommen ließ. Kinder vergessen nicht, sagte der Referent, frühe Erfahrungen mögen überdeckt werden, aber sie verschwinden nicht. Den Hunger habe niemand überlebt, der nicht stark und anpassungsfähig war. Zum Abschluss zeigt er ausgewählte Portraits einiger Hungerkinder aus der Zeit seiner Interviews. Es waren zufriedene Gesichter von Menschen, die (heute) positiv zum Leben eingestellt sind. *Michael Weber*

**Bartenstein**

Kreisvertreter: Elard von Gottberg, Dorfstraße 10, 39291 Ziepel, E-Mail: Elard.gottberg@gottberg-logistik.de

Heimattreffen

Steimbke – Freitag, 5. September, bis Sonnabend, 6. September, Hotel zur Post, Stöckser Straße 4, 31634 Steimbke, Landkreis Nienburg/Weser, Telefon (05026) 357, E-Mail: info@hotelzurpost-steimbke.de; Treffen der Heimatkreisgemeinschaft Bartenstein. Wir bitten, diesen Termin vorzumerken.

**Osterode**

Kreisvertreter: Jürgen Ehmann, Stennweilerstraße 35, 66564 Ottweiler, Telefon (06824) 302259, E-Mail: juergenehmann-kgoev@web.de, **Gst.:** Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870, E-Mail: kgoev@web.de, Sprechstunde: Do. 14 bis 17 Uhr

Regionaltreffen und außerordentlichen Mitgliederversammlung

Hamm-Westtünen – Sonntag, 25. Mai, 10 Uhr, Von-Thünen-Halle, Vereinsheim Schützenverein Westtünen 1893 e.V., Hubert-Westermeier-Straße 1: Regionaltreffen. Um 10 Uhr beginnt die außerordentliche Mitgliederversammlung, um 11.30 Uhr wird das Regionaltreffen eröffnet, der erste Programmpunkt beginnt um 12 Uhr mit der Begrüßung.

Hiermit erfolgt die Einladung zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung im Rahmen des Regionaltreffens in Hamm am 25. Mai, 10 Uhr mit folgender Tagesordnung: 1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit, 2. Diskussion und Beschluss über die Zukunft des Heimatmuseums in Osterode am Harz.

Jürgen Ehmann

**Sensburg**

Kreisvertreter kommissarisch: Falk Möllenhoff, Vahrer Straße 97, 28309 Bremen, Telefon (0421) 452841, E-Mail: f.moellenhoff@web.de. **Alle Post an:** Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftensburg.de, Internet: www.kreisgemeinschaftensburg.de

Stinthenstwasserung

Remscheid – Sonnabend, 17. Mai, 11 Uhr, Teich an der Sperrmauer der Eschbachtalsperre: traditionelle Stinthenstwasserung, hierzu lädt die Kreisgemeinschaft Sensburg ein.

Die jährliche Feier der Stinthenstwasserung beruht auf einer Sage aus Nikolaiken, einer kleinen ostpreußischen Stadt im Kreis Sensburg. Seit 1962 feiert auch die Kreisgemeinschaft in ihrer Patenstadt Remscheid jedes Jahr im Mai die Wasserung des Stinthenstes. Dafür stand jahrzehntlang ein

Einladung
zum ostpreußischen
„Drei-Kreise-Treffen“
Samstag 17. Mai 2025 • Weimar

TILSIT-RAGNIT TILSIT ELCHNIEDERUNG

Stadtgemeinschaft Tilsit e.V.
Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit e.V.
Kreisgemeinschaft Elchniederung e.V.

Goethe ruft... Auf ins schöne Weimar!
„mon ami“ Kulturzentrum
99423 Weimar • Goetheplatz 11
09:30-16:00 Uhr

E-Mail: weimar@tilsit-stadtundland.de

Weitere Infos: tilsit-stadtundland.de/weimar

VERANSTALTER: Stadtgemeinschaft Tilsit e.V.

☎ 030-6041054 ☎ 0170-2925434

Teich im Stadtpark zur Verfügung. Auch die Bevölkerung der Patenstadt nahm regen Anteil an dieser schönen Sitte. Durch die Coronapandemie und die traurige Tatsache, dass der Stadtparkteich nun nicht mehr existiert, musste die Tradition in den letzten Jahren leider ausgesetzt werden.

Die Kreisgemeinschaft freut sich nun, in diesem Jahr den Stinthenst wieder in sein angestammtes Element bringen zu können. Dafür hat die Stadt Remscheid einen kleinen Teich zu Füßen der Staumauer der Eschbachtalsperre zur Verfügung gestellt. Man gelangt dorthin über die Intzestraße. In Höhe der Mebusmühle befinden sich Parkplätze entlang der Intzestraße, von dort aus führen ausgeschilderte Wanderwege (etwa 350 Meter, der südöstliche auch für Rollatoren geeignet) durch eine Unterführung unter der Autobahn zur Staumauer. Zwischen der Unterführung und der Staumauer der Talsperre befinden sich der Teich und auch eine Festwiese für die Feier. Vom Bahnhof Remscheid gibt es eine Buslinie (672 Richtung Wermelskirchen, Fahrzeit etwa 15 Minuten, Haltestelle Talsperre/Mebsmühle).

Die musikalische Begleitung erfolgt durch den Remscheider

Männerchor Germania. Die Kreisgemeinschaft freut sich auf eine rege Beteiligung. *Falk Möllenhoff*

**Tilsit-Ragnit**

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Winddeck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de
Geschäftsstelle: Hans-Joachim Scheer, Wriester Str. 1, 24576 Weddelbrook, Telefon (04192) 4374, E-Mail: hans-joachim.scheer@t-online.de

Dreikreise-Treffen

Weimar – Sonnabend, 17. Mai, 9.30 bis 16 Uhr, Einlass: 8.30 Uhr, Kulturzentrum mon ami, Goetheplatz 1: Dreikreise-Treffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung unter der Federführung der Stadtgemeinschaft Tilsit. Der Eintritt ist frei, um eine Spende wird gebeten.

Es ist ein abwechslungsreiches Programm vorgesehen bei einer Mittagspause von 11.30 bis 13 Uhr. Zum Mittagessen werden drei Gerichte angeboten, am Nachmittag Kaffee und Kuchen (kostenpflich-

tig). Parkmöglichkeit: Gegenüber dem mon ami befindet sich die Post, dahinter das Parkhaus „An der Hauptpost“, Gerhart-Hauptmann-Straße 3; Unterkunft: zum Beispiel Leonardo Hotel Weimar, Belvederer Allee 25, Telefon (03643) 7220.

Dieter Neukamm

Dokumentationszentrum**Samlungsaufwurf: 80 Jahre Flucht und Vertreibung**

Das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung sucht Familien-erinnerungen an Flucht und Vertreibung und Ankommen. Teilen auch Sie die in Ihren Familien überlieferten Erinnerungen an Flucht und Vertreibung. Schreiben Sie auf, was Sie erlebt oder Eltern und Familienangehörige berichtet haben. Suchen Sie nach Tagebüchern, Briefen, Notizen, Fotos oder anderen Dokumenten und helfen Sie mit, diese für kommende Generationen und die Wissenschaft dauerhaft zu bewahren. Das Zeitzeugenarchiv enthält Zeugnisse von Flucht und Vertreibung, die mahnen und berühren. Ihre Geschichte zählt – gegen das Vergessen. Einsendungen per E-Mail an: geschichten@f-v-v.de. Mehr Informationen im Internet unter www.f-v-v.de oder Telefon (030) 2062998-0

Das Dokumentationszentrum ist ein einzigartiger Lern- und Erinnerungsort zum Thema Flucht, Vertreibung und Zwangsmigrationen in Geschichte und Gegenwart. Das 2021 eröffnete Haus befindet sich mitten in Berlin unweit des Potsdamer Platzes. Dem Publikum bietet es eine Ständige Ausstellung, sehenswerte Sonderausstellungen, eine einladende Bibliothek mit Zeitzeugenarchiv sowie ein vielfältiges Programm mit Führungen, innovativen Workshops und Veranstaltungen.

ANZEIGE

In kleinen Schritten hast Du Abschied genommen.
Deine Lebenskraft war erschöpft.
In Dankbarkeit blicken wir auf viele gemeinsame Jahre mit Dir zurück.

Wir nehmen Abschied von meinem lieben Ehemann, unserem Vater,
Opa, Uropa, Bruder, Onkel, Cousin und Schwager

Edwin Falk
* 24. November 1942 Memel / Ostpreußen † 11. April 2025 Eutin

Magrit
Bodo
Zoe
Birgit und Sven
Lisa und Maik
mit Feli Lu und Niah

Anstelle freundlich zugedachter Blumen und Kränze wäre eine Spende zugunsten des "Betreuungswerk Post Postbank Telekom" auf das Konto bei der Postbank mit der IBAN DE 60 6001 0070 0001 1907 03 unter dem Kennwort "Edwin Falk" im Sinne unseres Verstorbenen.

KRIMINALGESCHICHTE

Rastenburgs berühmt-berüchtigtster Mordfall

Für einen Versicherungsbetrug schreckte ein Verbrechertrio auch vor Brandstiftung, Mordversuch und Mord nicht zurück

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 14. September 1930 fanden in der Weimarer Republik Reichstagswahlen statt. Deshalb waren spätabends noch viele Bürger auf den Beinen, um über das mutmaßliche Ergebnis des Urnengangs zu diskutieren. So auch in der ostpreußischen Kreisstadt Rastenburg. Dort endeten die Debatten kurz nach Mitternacht abrupt, als eine schwere Explosion das Möbelgeschäft der Firma Platz & Co. in der Ritterstraße erschütterte. Danach stürzte dessen Decke ein und ein Brand brach aus. Die über dem Laden wohnenden Eheleute Hellbart konnten den Flammen in letzter Sekunde entkommen. Allerdings entdeckte die Polizei im Beisein des Bartensteiner Oberstaatsanwaltes Wittschick eine verkohlte Leiche in den Trümmern des Gebäudes.

Zunächst gingen die Ermittler davon aus, dass es sich um die Überreste des Geschäftsführers des Möbelhauses und Schwiegersohns des Besitzers, Fritz Saffran, handelte. Wie der Handlungsgehilfe Erich Kipnick und Saffrans Sekretärin Ella Augustin übereinstimmend aussagten, soll Saffran zum Zeitpunkt der Explosion im Büro des Geschäfts dringende Arbeiten erledigt haben. Die Kriminalbeamten, welche den Fall untersuchten, fanden jedoch ein Einschussloch im Schädel des Toten und veranlassten ein zahnärztliches Gutachten, das keine Übereinstimmung mit Saffran erbrachte. Daraufhin erinnerten sich die Beamten an drei mysteriöse Vorfälle der letzten Wochen.

Am 15. Juli war der Arbeiter Friedritzik auf dem Sensburger Marktplatz von zwei Männern und einer Frau in ein Automobil gelockt worden und hatte unversehens drei schwere Schläge auf den Hinterkopf erhalten. Der Angegriffene konnte mit letzter Kraft fliehen und erstattete Anzeige. Dabei nannte er sogar das polizeiliche Kennzeichen des Wagens. Er erwies sich als zugelassen auf die Firma Platz & Co.



Im Jahre 2022: Das ehemalige Gebäude des Amtsgerichts Bartenstein

Bild: Lesnydzban

Da es sich bei Platz aber um einen angesehenen Bürger und Stadtverordneten handelte, ging die Polizei davon aus, dass Friedritzik bei der Nummer irrte.

Melker statt Geschäftsführer

Wenige Tage später meldete ein Mann aus Rastenburg einen ähnlichen Angriff. Außerdem galt der auf Arbeitssuche befindliche Melker Friedrich Reinhold Dahl aus Königsberg seit mehreren Tagen als vermisst. Landjäger fanden lediglich sein Fahrrad unweit von Queden. Dies brachte die Ermittler auf die Idee, die bei der Leiche in der Möbelhandlung sichergestellten Wäschereste der Ehefrau des Verschwundenen vorzulegen. Die erkannte die Kleidungsstücke sofort als welche ih-

res Mannes. Das war der Schlüssel zur Lösung des Falles.

Aufgrund der Weltwirtschaftskrise liefen die Geschäfte in dem Möbelhaus schon längere Zeit schlecht, was Saffran aber nicht daran hinderte, auf großem Fuß zu leben und den Playboy zu mimen. Seinen ausschweifenden Lebensstil finanzierte er durch Kreditbetrug, die Fälschung von Verträgen und Wechseln sowie die Aufnahme immer neuer Schulden. 1930 stand ihm schließlich finanziell das Wasser bis zum Hals. Deshalb wollte er seinen Tod vortäuschen, um in den Besitz von 145.500 Mark aus insgesamt acht Lebensversicherungen zu kommen, die er seit 1928 abgeschlossen hatte. Der Plan, den er gemeinsam mit seiner rechten

Hand Kipnick sowie seiner Sekretärin und Geliebten Augustin ausgeheckt hatte, beinhaltete die Ermordung eines zufällig ausgewählten Mannes, dessen Leichnam in den Trümmern des Ladens platziert werden sollte. Beim dritten diesbezüglichen Versuch wurde Dahl am 12. September 1930 auf der Chaussee nach Rößel erschossen und dann in einen Teppich eingewickelt in das Möbelhaus geschleppt.

Prozess in Bartenstein

Weil Saffran ahnte, dass die Polizei ihm auf der Spur war, trat er am 16. September als Frau verkleidet die Flucht an. Die führte ihn zuerst mit dem Taxi nach Gerdauen und dann mit der Eisenbahn nach Frankfurt an der Oder. Von dort aus ging es per

Mietwagen nach Berlin, wo sich Saffran beim Bruder seiner Bettgenossin versteckte und einen Bart wachsen ließ. Dann versuchte er am 6. November, mit dem Zug nach Hamburg zu reisen, um dort an Bord eines Schiffes nach Brasilien zu gehen. Auf der Fahrt wurde der mittlerweile steckbrieflich Gesuchte aber von einem Bahnbeamten erkannt, der früher in Rastenburg beim Militär gedient hatte. Dieser veranlasste Saffrans Verhaftung auf dem Bahnhof von Ludwigslust.

Am 23. März 1931 begann vor dem Schwurgericht in Bartenstein der Prozess gegen den 31-jährigen Kaufmann sowie dessen Komplizen Kipnick und Augustin. Außerdem waren drei weitere Personen wegen ihrer Unterstützung des Trios angeklagt. Im Zuge der Verhandlungen unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Murawski beschuldigten sich Saffran und Kipnick gegenseitig, die tödlichen Schüsse auf Dahl abgegeben zu haben, während Augustin die Unwissende spielte. Am Ende des Prozesses folgte das Gericht dem Antrag des Oberstaatsanwaltes Bitscherreck und verurteilte Saffran und Kipnick wegen versuchten Versicherungsbetruges, Brandstiftung, Mordversuch und Mord zum Tode.

Dahingegen kam Augustin mit fünf Jahren Zuchthaus davon. Im November 1931 wurden ihre Mittäter zu einer lebenslangen Haftstrafe begnadigt.

● Weitere Informationen bietet der Beitrag „Das Trio brauchte eine Leiche. Ein Kriminalbeamter erinnert sich Rastenburgs berühmt-berüchtigten Mordfalls“, der im Heimatbrief „Rund um die Rastenburg“, Nr. 8 vom Mai 1972 auf den Seiten 306 bis 312 veröffentlicht wurde (www.cbk.starostwo.ketrzyn.pl/wp-content/uploads/2022/11/008-Rund-um-die-Rastenburg-I-str.-290-327_Maj-1972.pdf). Der Mordfall wurde sogar verfilmt. 1958 erschien die erste Folge der DDR-Serie „Fernsehitalva!“ mit dem Titel „Der Fall Saffran“.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Fremdeln Polen mit Ostdeutschland?

Nicht repräsentative Meinungsumfrage zu den „hässlichsten Städte Polens“ – Alte preußische Städte stark überrepräsentiert

Eine aktuelle Rangliste sorgt im Internet für Gesprächsstoff. Darin werden zehn der „hässlichsten Städte Polens“ gekürt. Das Ranking wurde vom Online-Portal Głos Wielkopolski (Die Stimme Großpolens) erstellt. Ausgewertet wurden subjektive Einschätzungen von Teilnehmern diverser Onlinediskussionen. Es wurden keine offiziellen Umfragen oder wissenschaftlichen Studien durchgeführt, sondern Kommentare unter anderem zum Zustand der Architektur, der Anzahl und Qualität von Grünflächen, dem Freizeitangebot sowie dem Sicherheitsgefühl der Einwohner ausgewertet. Dies allein schon wäre fragwürdig, da ein Sicherheitsgefühl auf die Optik einer Stadt gar keinen Einfluss nimmt.

Die Liste der angeblich zehn hässlichsten Städte führt das oberschlesische Beuthen [Bytom] an, gefolgt von Lodsch (Łódź), Myslowitz [Mysłowice] in Oberschlesien, den niederschlesischen Städten Liegnitz [Legnica] und Waldenburg [Wałbrzych], Leslau [Włocławek] in der Woiwodschaft Kujawien-Pommern, Tomaschow [Tomaszów Mazowiecki] in der Woiwodschaft Lodsch, Tichau [Tychy] in Oberschlesien, Petrikau [Piotrków Trybu-

nalski] ebenfalls in der Woiwodschaft Lodsch und Landsberg an der Warthe [Gorzów Wielkopolski] in der Woiwodschaft Lebus.

Städte wie Beuthen und Waldenburg waren einst bedeutende Standorte des Kohlebergbaus und der Schwerindustrie. Nicht umsonst zeigt das Wappen Beuthens neben einem halben goldenen Adler auf blauen Grund aus dem Wappen Oberschlesiens einen Bergmann, der Gestein mit einer Hacke bearbeitet. Der Niedergang dieser Wirtschaftszweige in den 90er Jahren führte zu Massenarbeitslosigkeit, Armut, Abwanderung und damit zu leerstehenden, verfallenden Industriegebäuden.

Ähnlich erging es Lodsch. Einst als das „Manchester Polens“ bekannt, spielte die Stadt eine zentrale Rolle in der Textilindustrie. Im 19. Jahrhundert zählte das tri-kulturelle polnisch-deutsch-jüdische Lodsch zu den größten Textilzentren Europas. Neben Textilien war Lodsch auch für Färbereien, Webereien und Spinnereien bekannt. Die industrielle Expansion veränderte das Stadtbild erheblich: Fabriken, Arbeitersiedlungen und die Infrastruktur wuchsen rasant.

Einige der ehemaligen Fabriken dienen als historische Sehenswürdigkeiten, Museen oder wurden in moderne Geschäfts- und Kulturzentren umgewandelt. Dennoch prägen vielerorts verfallene Gebäude das Stadtbild.

Beuthen führt die Liste an

Ähnliche Probleme finden sich auch in Myslowitz, das den dritten Platz der Liste einnimmt. Hier klagen Einwohner über die marode Infrastruktur. Auch fehlen ih-



Wappen von Beuthen O.S.

nen Grünanlagen und Freizeitmöglichkeiten. In Kombination mit sozialen Problemen wie hoher Arbeitslosigkeit und Kriminalität entsteht ein Gesamtbild, das den negativen Ruf dieser Städte verfestigt.

Aber vielleicht haben die Polen einfach keinen Sinn für postindustrielle Architektur? Städte wie Beuthen oder Waldenburg prägten die deutsche Industrie-architektur und -infrastruktur. Polen tat sich schwer mit der Integration und Modernisierung einst preußischer Städte wie Liegnitz. Viele architektonische Zeugnisse deutscher Vergangenheit wurden als fremd und wenig ansprechend wahrgenommen, was möglicherweise bis heute zu einer negativen Wahrnehmung führt oder die Dokumentation eigener Aversion begünstigt. Möglicherweise führt eine „kulturelle Spannung“ zwischen dem Stolz auf die polnische Identität und der Tatsache, dass diese Städte noch immer starke deutsche Einflüsse haben, also zu einer Art Ablehnung dieser „deutschen“ Architektur und Infrastruktur.

Trotz ihres schlechten Rufes zeigen diese oft verkannten Städte Potential, sich neu zu erfinden. Einige sind bereits auf dem besten Weg, aus ihrem Image als

Graue Maus auszubrechen. Lodsch ist ein Vorzeigebispiel dafür. Hier wurde ehemaligen Textilfabriken wie der Manufaktura oder dem alten Kraftwerk von 1907, das zum Kultur- und Wissenschaftszentrum umfunktioniert wurde, neues Leben eingehaucht.

Ähnliches gelang in Waldenburg mit der alten Zeche (Stara Kopalnia), die ebenfalls zum Kulturzentrum wurde. Auch in Landsberg an der Warthe oder Liegnitz werden ehemalige Industrieareale neu belebt. In Beuthen oder Myslowitz laufen erste Revitalisierungsprojekte, auch wenn hier der große Durchbruch noch aussteht.

Vor allem aber haben – unabhängig von solchen Vorzeigeprojekten – mittlerweile viele Wohngebäude aus der Kaiserzeit ihre Frischzellenkur hinter sich. Gibt es da möglicherweise sogar so etwas wie Neid, dass Profanbauten aus der Vorkriegszeit in den ostdeutschen Gebieten der Republik Polen, Polens sogenannten Nord- und Westgebieten, in renovierter Form besondere Pracht verkörpern? Und den Charme von Lost Places, die noch auf ihre Wiedererweckung warten, muss man auch verstehen wollen. *Chris W. Wagner*

VERGESSEN?

Hunger – Fischwagen gekapert

Schwarzer Sonntag am 4. Mai 1919 in der Hansestadt Stralsund – Unglaubliche Gewalt machte sich breit

VON KARL-HEINZ ENGEL

Der Erste Weltkrieg ging im November 1918 zu Ende. Doch Deutschland hungerte auch danach in heute kaum vorstellbarem Maß weiter. Kriegswirtschaft, Missernten, vor allem aber das 1915 durch die damalige Welthandelsmacht England erlassene Handelsembargo, welches das Deutsche Reich unter anderem von der Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse ausschloss, führten zu Not und Elend. Es starben Hunderttausende Menschen vor allem in den Städten, wo pro Person und Tag kaum mehr als 1000 Kilokalorien Energie zur Verfügung standen. Das Vereinigte Königreich hob die Blockade zwar im Sommer 1919 auf, doch besserte sich die Lage kaum.

Das war der Nährboden für Unruhen, die in etlichen Städten ausbrachen, so auch am 4. Mai 1919, einem Sonntag, in der alten Hansestadt Stralsund. Deren Bewohner waren eigentlich dafür bekannt, nicht so schnell die Fassung zu verlieren. Aber nach so vielen Notjahren ohne Aussicht auf Besserung fehlte auch hier nur ein Funke, um ein Großfeuer zu entzünden. Oder eine ungehörige Bemerkung, zu der sich ein Verkäufer von Fischhändler Born an jenem Sonntagmorgen unten auf dem Fischmarkt hinreißen ließ. Der nicht sonderlich beliebte Herr Born hatte von der Stadt den lukrativen Auftrag erhalten, Einwohner mit Fischen zu versorgen. Die nämlich gehörten zu den wenigen Lebensmitteln, die nicht der strengen, staatlichen Rationierung unterlagen.

Doch war das Fisch, was da feilgeboten wurde? Klitzekleine Flundern waren es, von denen in der Bratpfanne kaum etwas übrig blieb, die Born gedachte an die Kundschaft zu bringen. Als der Verkäufer dann noch meinte, dass die für die Stralsunder gut genug seien, brach sich der Zorn der Anstehenden, darunter viele Hausfrauen, Bahn. Wie das „Stralsunder Tageblatt“ berichtete, kippte man die



Die Hansestadt Stralsund: Die markante Silhouette von einst

Bild: Archiv

Fischkisten unter lautem Geschimpfe kurzerhand aufs Pflaster.

Indes rollte ein Bornscher Lastwagen mit bester Frischware, die jedoch andernorts für den Verkauf bestimmt war, an der Stätte des Protestes vorbei. Doch er kam nicht weit. Die aufgebrachte Menge kaperte das Gefährt, bugsierte es zum Alten Markt, wo sich bald mehrere Hundert Menschen einfanden, und verteilte die Fische, zunächst gegen Bezahlung, dann gar umsonst, wie es im „Tageblatt“ hieß.

Nun aber wuchs sich das Geschehen zur offenen Anarchie aus, in dessen Folge der 4. Mai 1919 als schwarzer Sonntag in die Stadtgeschichte eingehen sollte. Die Menschen plünderten in ihrer Wut Fischräuchereien, Konservenfabriken, Bäcker- und Schlachterläden. Einmal so im Beutefieber, schreckte der Zug, der bald auf deutlich mehr als tausend Menschen anwuchs, keineswegs vor Angriffen auf renommierte Kaufhäuser, etwa Zeeck in der Wasserstraße, sowie Dankwardt und Keibel Nachfolger in der Ossenreyerstraße zurück. Es splitterten Schaufenster und barsten Türen.

Was der Gewalt standhielt, rissen detonierende Handgranaten auseinander. Damen-, Herren- und Kinderbekleidung, Stoffballen, Teppiche – man schleppte fort, was sich schultern ließ.

Chaos nahm den Lauf

In Stralsund, damals knapp 40.000 Einwohner zählend, brach binnen kurzer Zeit ein Chaos aus, dem die Ordnungshüter nicht gewachsen waren. Bürgermeister Ernst Gronow, Arbeiterrat und Bürgerschaft begriffen schließlich den Ernst der Lage und forderten die Reichswehr an. Die fackelte nicht lange. Es krachten Schüsse, und alsbald waren die Straßen menschenleer. Damit fand das Aufbegehren der Stralsunder aber kein abruptes Ende. Abends, bei einsetzender Dunkelheit, flammten die Ausschreitungen erneut heftig auf. Wieder peitschten Schüsse durch die altstädtischen Geschäftsstraßen und Gassen.

Das Militär machte sogar vom Einsatz eines Maschinengewehrs Gebrauch. Es floss Blut, und dann herrschte Ruhe. Die Bilanz: ein Toter und mehrere zum Teil

schwer Verletzte, darunter auch Soldaten. Bürgermeister Gronow, Arbeiterrat und Bürgerschaft appellierten am nächsten Tag an die Stralsunder, sofort wieder Ruhe und Ordnung herzustellen und sich nicht an Zusammenrottungen zu beteiligen. Ganz traute man dem Frieden aber nicht, denn einen Tag später rief die Stadtregierung in Absprache mit höheren Instanzen den Belagerungszustand über den gesamten Stadtkreis aus.

Erste Schätzungen bezifferten den materiellen Schaden der Tumulte auf zwei Millionen Mark. Fischhändler Born, an dem sich die Ausschreitungen entzündet hatten, wurde die Konzession entzogen. An die Plünderer erging seitens der Polizei die Aufforderung, gestohlene Güter sofort in den Polizeiwachen oder in den geschädigten Geschäften abzuliefern. Parallel dazu begann die Fahndung nach Rädelsführern der Exzesse und nach Personen, die sich bei den Plünderungen besonders hervorgetan hatten. Durchaus mit Erfolg. So entdeckte die Polizei bei einem aus Prohn, ein Dorf nördlich von Stralsund, wohnenden Mann Gestohlenes im Wert von 4000 Mark. Das Diebesgut sollte wahrscheinlich verschoben werden.

Die politischen Gremien der Stadt verurteilten die Gewaltausbrüche, als Hauptübel erkannte man aber die jahrelange Auszehrung der Bevölkerung. Bei der Ursachenergründung trat allerdings auch zutage, dass Fischhändler Born seiner Pflicht zur korrekten Verteilung der Fische nicht gerecht geworden war. Auch wies man den Inhabern der heimgesuchten Geschäftshäuser wegen Preiswuchers eine gewisse Mitschuld zu.

Einige Monate später hatten sich etliche Plünderer in mehrtägigen Verhandlungen vorm Schwurgericht in Greifswald zu verantworten. So verurteilte das Gericht am 6. Januar 1920 drei Stralsunder, zwei Schmiede und einen Arbeiter, wegen Landfriedensbruchs zu jeweils sechs Monaten Gefängnis. Die Richter erkannten aber auch einige Male auf Freispruch.

BODENSCHÄTZE

Erze aus Pommern

Friedrich der Große legte den Grundstock für die seit 270 Jahren bestehende Industrie

Auch hier hatte Friedrich der Große seine Hände im Spiel. 1756, Preußen rüstet zum Krieg gegen Österreich. Da brauchte es Waffen für den Krieg, Kanonen, Kugeln und Säbel. Nun kam es gerade recht, dass in Pommern Vorkommen an Raseneisenerz entdeckt worden waren. Das minderwertige Erz lag dicht unter der Wiesenoberfläche und trat vielfach offen zu Tage.

Am 25. Dezember 1753 ordnete Friedrich der Große per Kabinettsorder den Bau eines „Königlich Preussischen Eisenhüttenwerkes bey Torgelow“ an und 1756 floss bereits das erste Eisen. Bis Ende des 19. Jahrhunderts entstanden weitere 13 Eisengießereien, deren Erzeugnisse in ganz Deutschland gefragt waren.

Später wurden die Werke auch aus anderen Gegenden Pommerns mit Erzen versorgt. Dabei spielte der Kreis Naugard eine wesentliche Rolle, denn am Rand von Mooren und Brüchen, besonders in Talsandgebieten, war reichlich von den Raseneisenerzen vorhanden, so in Hackenwalde, Groß Benz, Wittenfelde, Daarz/Rosenow und Külz.

Von kleinen nussgroßen Stücken bis zu großen fußdicken, äußerlich rostbraunen und im Inneren anthrazitfarbenen

glänzenden, porösen Erzplatten durchzogen waren die Lager. Eines der größten Lager des Kreises Naugard aber ließ sich bei Münsterberg und Friedrichswalde feststellen. Hier dehnte es sich in einer weiten Niederung aus.

Die Erze waren oft Zufallsfunde

Heute ist davon auszugehen, dass 1777 die Entdeckung der Münsterberger Eisenerze im Zuge einer Rodung und Urbarmachung der Feldmark zur Anlegung des Rittergutes zutage traten. Ein Abbau setzte nachweislich bereits vor 1790 ein und nahm zwischen 1822 und 1848 eine rege Betriebsamkeit auf. Von hier wurden die Erze nach Ihnazoll und dann von dort in Kähnen nach Torgelow verschifft.

Im 20. Jahrhundert konnte belegt werden, dass die technische Verwertung der Raseneisenerze mindestens bis in das Mittelalter, vielleicht aber sogar bis in die Wendenzeit zurückreicht. Bereits 1346 bestätigte der pommersche Herzog Barnim III. der Kirche zu St. Jakob in Stettin die ihr gehörenden nahe gelegenen Güter und die dort befindlichen Eisengruben.

Doch das pommersche Raseneisenerz war endlich. Zwischenzeitlich wurden so-



In Torgelow: Der Eisengießer erinnert an die bedeutende Industrie Bild: Seeger

gar schottische Erze eingeführt. Die verteuerten die Produktion und besorgten den Niedergang. Nach 1861 erlebte Torgelow allerdings noch einmal einen Aufschwung: 14 Gießereien wurden im Dorf betrieben, die ihr Eisen bis nach Skandi-

naviem und ins Baltikum lieferten. Diese industrielle Entwicklung zog Menschen wie ein Magnet in die seinerzeit dünn besiedelte Gegend. 1905 zählte Torgelow schon 5804 Einwohner, mittlerweile sind es fast 9300. Die Bedeutung der Industrie zeigt sich im Wappen: Es zeigt den pommerschen Greif und gekreuzte Bergeisen.

Im Ersten und Zweiten Weltkrieg wurde in Torgelow wieder in zwei Rüstungsbetrieben Munition hergestellt, nach 1945 für den Schiffs- und Maschinenbau produziert. Mit dem DDR-Niedergang kam die Krise für Gießerei- und Maschinenbau. Doch eine Eisengießerei in Torgelow blieb, sie blickt auf eine fast 270-jährige Tradition zurück und hat sich auf großdimensionierte Gussteile, wie Rotornaben und Maschinenträger für Windkraftanlagen spezialisiert. Das Unternehmen erzielt rund 90 Prozent des Umsatzes mit Gussteilen für den Bereich der Erzeugung erneuerbarer Energien. Die Eisengießerei Torgelow wurde 2021 von der thüringischen Silbitz Group übernommen und firmiert seit dem unter der Silbitz Group Torgelow GmbH. Es ist die einzige europäische Gießereigruppe mit direktem Zugang zum Meer. *Torsten Seeger*

● MELDUNGEN

Eisbaden, ein Luchs und „Vor 80 Jahren“

Stettin – Saisonende für alle Freunde des Eisbadens: „Es ist zu warm!“ Das finden jedenfalls die Mitglieder des Walross-Clubs Stettin-Pölitz. Nach einer Abkühlung im 14 Grad warmen Wasser des Glambek-Sees feierten sie am vergangenen Sonnabend ihr 20-jähriges Bestehen. *TS*

Demmin – Am 28. April wurde im Bürgerbüro der Landtagsabgeordneten Anna-Konstanze Schröder (SPD) die Ausstellung „Demmin 35–45–25“ eröffnet. Gezeigt werden Aufnahmen Demmins aus gleichen Perspektiven in den Jahren 1935, 1945 und heute – ein Beitrag zum „Demminer Trauma“. *TS*

Gollnow – Am 22. April wurden nahe Lübbin von Umweltfreunden fast 80 alte Autoreifen, fünf Säcke Müll und ein großer Betonpfahl vom Grund des Dammschen Sees geborgen. Unterstützung erhielten die Aktiven dabei von der Gemeinde Gollnow – sie stellte die Container zur Beseitigung. *TS*

Grimmen – „In Grimmen soll es nicht stimmen.“ Dieser Überlieferung folgend bot Stadtführerin Gudrun Rech passend zur Walpurgisnacht am 30. April um 17 Uhr einen 1,5 Stunden langen Grusel-Spaziergang durch Grimmen an. Im Hexenkostüm erfuhren Groß und Klein Schauerliches. *TS*

Swinemünde – Zu Ostern verbrachten weniger Deutsche die Feiertage in Swinemünde und Misdroy. Über die Ursachen wird nun spekuliert: Liegt es daran, dass die Deutschen die Krise spüren? So einfach ist es wohl nicht: In Vorpommern und auf den Inseln gilt der Saisonstart als gut. *TS*

Neustettin – Auf dem Streitzigsee starteten 50 Teilnehmer aus neun Vereinen mit einer Segelregatta am 26. April in die neue Saison. Bei optimalen Bedingungen mit viel Wind und Sonne starteten die Jollen in den Klassen Optimist, OK, ISA 407, Pico und ILCA 4. *TS*

Trinwillershagen – Am Sonnabend, den 3. Mai, wird nach dem Umzug um 12 Uhr und der Eröffnung der Feierlichkeiten um 13 Uhr zum 705. Ortsjubiläum zum Tonnenabschlagen zu Pferd eingeladen. Der Tag klingt mit Maitanz und Siegerehrung aus. Am Sonntag ist Frühschoppen. *TS*

Rügenwalde – Eine ungewöhnliche Beobachtung ließ sich Anfang vergangener Woche am Vitter Strand machen. Dort jagte ein Luchs zunächst ein Reh, dann ruhte er sich erst einmal aus. Das Raubtier, welches von mehreren Touristen beobachtet wurde, trug einen Sender. *TS*

Kolberg – Seit der 2. Aprilhälfte kann man mit dem Wassertaxi auf der Persante, die hier in die Ostsee mündet, die ehemalige Festungsstadt aus einer anderen Perspektive entdecken. Anlegepunkte sind die örtliche Bibliothek, der Fischerei- und der Jachthafen. *TS*

Vor 80 Jahren

Stralsund: Am 30. April Versenkung der „Gorch Fock“ vor Drigge, Rügen. **Stralsund:** 1. Mai Einmarsch der Roten Armee. 2. Mai Sprengung des Rügen-damms. 4. Mai: Räumung der Inseln Greifswalder Oie und Ruden. Vorbereitung der Räumung Rügens durch Luftwaffe, Marine und Heer. *TS*

„Jede Zeile, jede Seite, jeder Artikel – lesenswert!“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Ein großartiges Geschenk, dass Sie uns mit Ihrer Jubiläumsausgabe zu 75 Jahre PAZ gemacht haben. Danke dafür!“

Stefanie Riecker, Neckarsulm
zum PAZ-Spezial: 75 Jahre
Zeitung für Deutschland (Nr. 15)



Ausgabe Nr. 16

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

STRESEMANN'S MAHNUNG

ZU: 75 JAHRE PAZ – EIN JUBILÄUM (NR. 15)

Irgendwann im Jahr 2012 fand ich diese im wahrsten Sinne des Wortes herausragende Zeitung zufällig an einem Kiosk. Seitdem lese ich sie regelmäßig und möchte sie nicht mehr missen. Jede Zeile, jede Seite, jeder Artikel – absolut lesenswert!

Als Westfale, der seit 2009 in Thüringen lebt, und selbst Journalist, gratuliere ich dem gesamten PAZ-Team zum 75. Jubiläum herzlich. Zeitung gehört zum Leben. Ich wünsche der PAZ noch ein langes Leben – auch gedruckt.

Die Jubiläumsbeilage finde ich außerordentlich gelungen! Ein starker Rückblick auf 75 Jahre Geschichte und journalistischer Schaffenskraft. Besonders der Beitrag von Ferdinand Fürst von Bismarck beeindruckte mich.

Das darin enthaltene Zitat von Gustav Stresemann „Es wäre gut, einmal ein Buch über den mißverstandenen Bismarck zu schreiben, in dem dargestellt wird, wie er in der Fülle der Macht der Vorsichtigste im Gebrauch der Macht gewesen ist“ – dieses „Vorsichtigste“ sollte sich der Sauerländer Friedrich Merz zu Herzen nehmen, wenn er denn Kanzler wird. Besonders im Hinblick auf die von ihm geplante Taurus-Lieferung an die Ukraine. *Ludger Konopka, Eisenach*

IDEOLOGISCHE BORNIERTHEIT

ZU: SPD-NEUSTART IM DILEMMA (NR. 16)

Die heutige SPD hat sich weit entfernt von ihren Wurzeln. Auf lokaler Ebene mag es noch den sympathischen Handwerker oder Angestellten geben, die die alte Volkspartei groß gemacht haben. Auf der Führungsebene wird man vergebens nach diesen Vertretern suchen. Dort regieren nach langjährigem Studium der Sozialwissenschaften gestählte Genossen, meist aus gutem bürgerlichen Elternhaus und ohne jegliche praktische Erfahrung.

Es ist genau diese Weltfremdheit und ideologische Borniertheit, die potentielle Wähler abschreckt.

Peter Wendt, Hamburg

DIE EIGENE HERKUNFT VERGESSEN?

ZU: SPD-NEUSTART IM DILEMMA (NR. 16)

Wer möchte eine Partei führen, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands heißt, aber keine Politik für die autochthonen Deutschen macht? Ihr liegen die Zugereisten aus aller Welt mehr am Herzen. Wobei sie damit bei den demokratischen Parteien nicht allein dasteht. Der Schutz von illegal Eingereisten wiegt schwerer als der Schutz der Einheimischen. Urteile, die auch bei Gewaltverbrechen gesprochen werden, enden fast regelmäßig mit der Aussage: Zum Zeitpunkt der Straftat war der/die Beschuldigte psychisch nicht voll zurechnungsfähig, also schuldunfähig.

Man hat offensichtlich Migranten und Asylanten mit einem Heiligenschein versehen, der sie vor harten Strafen schützt. Die SPD war in den letzten Jahren so oft an der Regierung beteiligt, dass sie eindeutig an der Situation eine Mitschuld hat neben der CDU unter Merkel. Die Grünen übertreffen jedoch noch beide Parteien.

Ulrich Bohl, Berlin

EINE AUSNAHMEKÜNSTLERIN

ZU: GEGEN KRIEG, HUNGER UND LEID (NR. 16)

Danke für den sehr engagierten Artikel mit einem riesigen aktuellen Bezug über die zu Recht als „Ausnahmekünstlerin“ bezeichnete Käthe Kollwitz im Kulturteil der PAZ!

Vielleicht sollte noch ergänzt werden, dass das Dresdner Kupferstich-Kabinett eine umfangreiche Käthe-Kollwitz-Sammlung besitzt. Sie hat zirka 240 graphische Blätter – darunter seltene Probedrucke – aufzuweisen. Nach einer entsprechenden vorherigen Anmeldung kön-

nen diese Meisterwerke der Künstlerin auch im Original besichtigt werden.

Manfred Kristen, Freital

IRONIE DER LINKEN

ZU: „MEIN GANZER INSTINKT SAGT MIR, DASS WIR HIER NICHT NACHGEBEN DÜRFEN“ (NR. 16)

Ich werde nie verstehen, wieso die Terroristen (bei der Geiselnahme in der deutschen Botschaft von Stockholm am 24. April 1975, d. Red.) als Zivilisten verurteilt wurden. Sie selber sagten, dass sie Soldaten gewesen seien.

Soldaten sind aber an die Genfer Konvention gebunden. Und da gibt es vier Grundregeln, die einzuhalten sind:

- 1) Waffen offen tragen;
- 2) Eindeutige Kommandokette;
- 3) Einhalten der Gesetze und Gebräuche des Krieges;
- 4) Tragen einer Uniform/Abzeichen,

dass sie auf 100 Meter eindeutig als Soldaten zu erkennen sind.

Zu 3) gehört, dass keine Zivilisten ermordet werden. Und da haben wir eine Ironie: Auf der einen Seite beschwerten sich die Linken, dass sich die deutschen Armeen in beiden Weltkriegen nicht an diese Regel gehalten hätten, aber die Rote Armee Fraktion hat sich eben auch nicht daran gehalten.

Die Linken haben sich nicht an diese Regeln gehalten, somit waren sie Partisanen beziehungsweise Kriegsverbrecher.

Alex Lund, Heinsberg

EINE LEKTÜRE, DIE WEHTUT

ZU: DER STAAT, DIE NGOS UND DAS GELD (NR. 16)

Was ich in Björn Harms' – im Artikel erwähnten – Buch „NGO-Komplex – Wie die Politik unser Steuergeld verprasst“ gelesen habe, hat mir fast die Sprache verschlagen. Zum Beispiel kommt der US-Ökonom und Wissenschaftskritiker Thomas Sowell zu Wort, der bereits 1993 warnte: „Manche Dinge muss man im

Glauben tun, aber die gefährlichste Art des Glaubens ist die, die sich als ‚Wissenschaft‘ ausgibt.“ Weiter ging es in Sachen Corona, natürlich mit Christian Drosten als Dauerangstmacher; jetzt hat der „Politikwissenschaftler“ Carlo Masala in punkto Ukrainekrieg diese Angstmacher-Rolle übernommen.

Weiter ging es mit dem Satz, der einem schier die Luft zum Atmen nimmt: „Die erste Regel einer Bürokratie ist der Schutz der Bürokratie selbst.“ Die Auflistung vieler NGOs ist im wahrsten Sinne der nächste Höhepunkt. Da sieht man, mit welcher Unverfrorenheit, Frechheit, Respektlosigkeit, Unverschämtheit, Dummdreistigkeit, Ungehörigkeit und Ungeniertheit diese unsere Steuergelder einsacken und für Unfug verprassen.

Jetzt hör ich wieder auf damit, aber „NGO-Komplex“ muss man unbedingt gelesen haben, auch wenn es sehr heftig wird und ziemlich weh tut.

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

ES GIBT KEINE HOFFNUNG

ZU: PUTIN ZWISCHEN SKYLLA UND CHARYBDIS (NR. 13)

Es ist erstaunlich, wie es dem Autor gelingt, komplett auszublenden, dass das eigentliche Kriegsziel Putins, die Abschaffung der regelbasierten Weltordnung zugunsten der unbeschränkten Hegemonie in imperialen Interessenzonen, jeden verlässlichen Verständigungsfrieden ausschließt. Putin hat mit seinem völkerrechtswidrigen Überfall auf die Ukraine das Budapester Memorandum und das Minsker Abkommen gebrochen.

Die international garantierten Grundrechte von Millionen von Menschen werden dabei massiv verletzt. Kriegsverbrechen, die alle Definitionen des Völkermords erfüllen, stehen seit 2022 quasi auf der Tagesordnung. Die Hoffnung, Putin würde einen Waffenstillstand oder gar einen Friedensvertrag mit der Ukraine respektieren, entbehrt aufgrund seiner systematischen Regelverachtung jeder Grundlage. *Horst Klemeyer, Hamburg*

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-B



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro
Prämie**



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

VON HARALD TEWS

Es ist geschafft! Die Jausestation in 1521 Metern Höhe ist erreicht. Hüttenwirtin Nicole empfängt die Neuankömmlinge persönlich an der Eingangstür der 400 Jahre alten Farmkehralm. Das ist praktisch, denn der komplizierte Schließmechanismus der Holztür scheint noch aus den Anfangstagen der Alm zu stammen. „Ihr seid’s ja garn nicht verschwitzt“, stellt sie anscheinend erstaunt fest.

Das ist auch kein Wunder, denn mit dem E-Bike war die etwa zwölf Kilometer lange Tour ein Kinderspiel. Sie führt von Alpbach über ruhige und pittoreske Höhenwege bis ans äußerste Ende eines Tales in den Kitzbüheler Alpen, die von dem 2424 hohen Großen Galtenberg abgeschlossen wird. Unterhalb des Gipfels liegt wie am äußersten Ende einer Sackgasse die Farmkehralm.

„Kommt’s gerne rein und trinkt mit uns a Schnapserl mit“, bittet Nicole. Sie spricht Tirolerisch, obwohl sie aus Sachsen kommt. Allerdings ist sie schon seit Jahren im Alpbachtal heimisch und hat mit ihrer Gastfreundschaft und Kochkunst die Alm in der Sommersaison zu einem beliebten Ausflugsziel geformt. An kalten Tagen entfacht sie in der gemütlichen Stube ein Kaminfeuer, bei dem sich dann die Gäste nicht nur einen Kräuterschnaps als Willkommensgetränk, sondern auch Nicoles Schnitzspezialität schmecken lassen.

In der Hütte geht es familiär zu. Mehr als zehn Gäste passen ohnehin kaum in diese enge Stube, die seit 400 Jahren nahezu unverändert ist. Die ganze Almhütte ist wie ein kleines Museum. Durch eine schmale Tür, unter der man sich hindurchbücken muss, gelangt man in die Küche, die räumlich größer ist als die Stube und die in früheren Zeiten der Hauptaufenthaltsort der Bewohner war, weil es hier wegen des Herdes meistens warm war. An den Wänden sind Bänke angebracht, auf denen sich Bauer und Bäuerin zum Nachmittagsschlaf hingelegt haben.

Wer die Ruhe mag, für den lässt es sich hier oben zwischen grasenden Kühen und Ziegen gut leben. Vereinzelt kommen Wanderer an und genießen bei warmen Frühlingstrahlen die Aussicht auf die Bergwelt. Die Radwanderer hingegen sind bereits wieder auf dem Rückweg und fahren mit stets angezogener Handbremse die Serpentin hinab Richtung Inneralpbach, einen kleinen Flecken am Gebirgsbach Alpbacher Ache. Von dort geht es allerdings wieder steil bergan. Mit dem E-Bike ist das natürlich kein Problem. Genüsslich kann man sich hier auf den vielen asphaltierten Wanderwegen herumtreiben lassen, und nach vielen Umwegen sowie Pausen ist es ähnlich wie mit den Wegen nach Rom: Im Alpbachtal führen alle Wege zum namensgebenden Ort.

Am östlichen Osteingang führt der Weg am modernen Congress Centrum vorbei, das in einen Berghang eingebettet wurde und sich somit architektonisch unaufdringlich in die traditionelle Umgebung einfügt. Hier hat das European Forum Alpbach seinen Sitz, eine Denkfabrik, die alljährlich internationale Spitzen aus Politik und Wissenschaft in das beschauliche Alpbachtal strömen lässt. Weiter geht es ins Ortszentrum, um die Räder im



Jausenbrot auf der Farmkehralm



Alpbach gilt als „schönstes Dorf“ Österreichs. Die Landschaft drum herum kann sich aber auch sehen lassen

Ein Panorama, an dem sich Jung und Alt erfreuen können: Familienwanderung am Wiedersberger Horn

Bild: shoot+style

Bike-Shop zurückgegeben, wo die bewegungsfreudigen Touristen sie für einen günstigen Tagespreis ausgeliehen haben.

Beim Bummel durch das Dorf erschließt sich erst die ganze Schönheit des Ortes. Hier stechen die schmucken Holzhäuser ins Auge, die häufig rundum an den Balkonen mit üppigem Blumenschmuck verziert sind. Alpbach wurde 1983 mit dem Titel „Schönstes Dorf Österreichs“ belohnt. So schreibt eine strenge Bauordnung vor, dass sich neue Gebäude an den traditionellen Holzbaustil der über 100 zum Teil noch originalgetreu erhaltenen Bauernhöfe anpassen müssen.

Bei allen Häusern darf lediglich die Parterre aus Mauerwerk bestehen. Ab dem ersten Stock muss das Gebäude aus Holz verarbeitet sein. Zudem gibt es spezielle Vorschriften bezüglich Dachschräge, Dachplatten, Gebäudehöhe, Holzfasade und Balkone. Selbst die Fensterbreite darf nicht von einer bestimmten Norm abweichen.

Nebenan liegt die kleinste Stadt

Dank dieser Vorschriften hat sich das Alpbachtal seine regionale Ursprünglichkeit bewahrt. Wer hier auf den vielen Wander- und Radwegen unterwegs ist, wird an keiner Stelle auf einen neumodischen Hotelkomplex stoßen. Weil auf Massentourismus verzichtet wird, geht es hier überall ähnlich familiär zu wie auf der Farmkehralm.

Apropos Familie: Auch für die Jüngsten ist hier einiges im Angebot. Eltern, die mit ihren Kindern in der Gondelbahn auf den Reither Kogel fahren, landen in „Juppis Zauberwald“. Hier lässt sich auf einem zweieinhalb Kilometer langen Naturlehrpfad die heimische Flora und Fauna spielerisch erkunden.

Und wer mit der Wiedersbergerhornbahn ins „Lauserland“ fährt, findet sich auf einem alpinen Spielplatz für Kinder wieder, die mit dem „Lauser-Sauser“, eine Art Achterbahn am Hang, gleich wieder ins Tal sausen können. Dabei kommt man aber um den Genuss eines Panoramawegs, den viele Familien nutzen, um von der Bergstation aus mit Kind und Kegel in rund einer Dreiviertelstunde auf das 2127 Meter hohe Wiedersberger Horn zu steigen, von dem man einen großartigen Rundblick auf das gesamte Alpbachtal hat.

Hinterher kann man sich an heißen Sommertagen in einem der vielen Badesseen im Tal abkühlen – sofern das möglich

ist. Denn der Reintaler See in Kramsach zählt in der Sommerzeit zu den wärmsten Naturseen Tirols.

Kramsach liegt übrigens direkt gegenüber dem Alpbachtal auf der nordwestlichen Seite des Innerts auf halbem Weg zwischen der deutsch-österreichischen Grenze und Innsbruck. Touristisch zählt der Ort aber mit zur Region Alpbachtal. Außer einer Seenlandschaft gibt es hier auch das beliebte Museum Tiroler Bauernhöfe und den sogenannten „Lustigen Friedhof“ zu entdecken. Lustig deshalb, weil viele Inschriften an den Grabsteinen humorvolle Reime tragen: „Hier liegt Jakob Krug / der Kinder, Weib und Orgel schlug.“

Besondere Naturspektakel, die man von Kramsach aus erleben kann, sind die Klammern. Dabei handelt es sich um die wilden Schluchten bei Brandenberg mit ihren tosenden Gebirgsbächen, die man über enge, aber gut gesicherte Pfade erreichen kann.

Und weil Kramsach außerhalb des eigentlichen Alpbachtals liegt, lassen sich hier günstige, aber trotzdem verkehrstechnisch gut gelegene Unterkünfte finden. So etwa den Landgasthof Gappen mit seiner vorzüglichen Küche, von dem aus man per Bus schnell und unkompliziert auf die andere, die südöstliche Inn-Seite ins Alpbachtal gelangt. Hotelgäste der Region kommen übrigens in den Genuss der Alpbachtal-Card, mit der man kostenlos unter anderem die Sommer-

bergbahnen benutzen, Museen besuchen oder in Badesseen schwimmen kann. Auch in den Regiobussen fährt man gratis mit.

Eine solche Beförderungsmöglichkeit hätten sich die Bergarbeiter gewünscht, die vor Urzeiten Kupfer und Silber aus der Gratspitze gehauen haben. Wer möchte, kann sich von Bergwanderführer Peter Schöner die Geschichten erzählen lassen, wie es war, als man sich täglich auf schmalen Wegen mit schwerem Gerät zum Berg hochkämpfte, um diesen auf der Suche nach den wertvollen Elementen praktisch auszuhöhlen. „Schon im Mittelalter wurde damit begonnen“, weiß Schöner, „auch Kinderarbeit war damals nichts Außergewöhnliches.“

All das erzählt er auf einer Rundtour um die Gratspitze, die mit Alpbach ihren Aus- und Endpunkt hat. Zuerst geht es sanft an grünen Wiesen und Almkühen vorbei den Hang hinauf. Es folgt ein bewaldeter Teil mit Wanderpfaden, die Schöner als Wegewart nach dem Winter wieder trittsicher macht. Schließlich erreicht man ein mit einem Gipfelkreuz gekennzeichnetes Grat, von dem man von der einen Seite einen Blick auf das Alpbachtal hat, auf der anderen aber einen noch beeindruckenderen auf das ruhig vor einem ausgebreitete Innal.

Doch Schöner treibt seine Wandergruppe weiter an. Nächste Ziel ist auf 1450 Metern die Jausestation Holzalm, wo man sich unbedingt mit einem Kaiserschmarrn stärken sollte, um noch die

nächsten Höhenmeter bewältigen zu können, die zur Abräumhalde an der Gratspitze führen. Die Geröllauswürfe die sich hier über die Jahrhunderte gebildet haben, sind gigantisch. Kaum zu glauben, das Menschen so viel Gestein nur mit Hammer und Meißel oder bloßen Händen aus den Bergstollen gefördert haben.

Schöner zeigt auf grün-blaue Färbungen am Erz-Gestein: „Das ist Kupfer. Die Bergarbeiter haben es abgeschlagen, eingesammelt und den wertlosen Rest einfach den Berg hinabgeworfen.“

Der Bergbau, der der armen Region zu einigem Wohlstand verholfen hat, ist schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts eingestellt, da die Erträge nur noch gering waren. Seitdem begann der Aufstieg des Fremdenverkehrs, dem die Wanderer nach ihrem Abstieg vom Berg wieder begegnen. Das schöne, vom üppigen Grün der saftigen Almwiesen umgebene Alpbach kommt in Sicht. Es gleicht aber doch etwas wie ein Aufstieg: nämlich jener von der Erinnerung an ein höllisches Tagwerk am Berg in ein irdisches Paradies im Tal.

Vom schönsten Dorf Österreichs gelangt man nach kurzer Fahrt übrigens zu dessen kleinster Stadt, die man sich nicht entgehen lassen sollte, wenn man sich schon in der Region befindet. Tatsächlich ist die Stadt Rattenberg mit ihren knapp 500 Einwohnern kleiner als das 2500-Einwohner-Dorf Alpbach.

Weil sie eingeklemmt liegt zwischen dem Inn und den Felsausläufern der Gratspitze konnte sich der Ort nicht ausbreiten. Unterhalb der Burgruine Rattenberg verlaufen außerdem noch die viel befahrenen Gleise der österreichischen Bundesbahnen. Trotzdem schlägt das Herz dieser Stadt ruhig: Es besteht fast nur aus einer mit Kopfsteinpflaster ausgelegten Fußgängerzone, um die herum dicht an dicht die Bauten fleißiger Handwerker liegen. Nagelschmiede und Glasfabrikanten haben diese Stadt geprägt, die man wegen der vielen Glas verarbeitenden Betriebe auch Glasstadt nennt.

Mit einem Glas kühles Blondes nehmen wir denn auch Abschied von diesen „schönsten“ und „kleinsten“ Kleinoden in Tirol – vorläufig jedenfalls. Hierhin kommt man immer gerne zu Besuch.



Eingeklemmt zwischen Fluss und Felsen: Die Glasstadt Rattenberg

● Landgasthof Gappen:

www.gappen.at

Allgemeine Auskünfte:

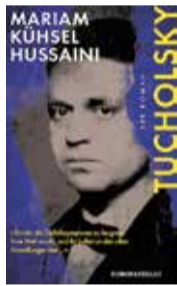
www.alpbachtal.at

● FÜR SIE GELESEN

Lehrstück für die heutige Zeit

Die deutsch-afghanische Schriftstellerin Mariam Kühsel Hussaini taucht mit ihrem Epochenroman „Tucholsky“ in die Welt der Weimarer Republik ein, eine Zeit, in der die Politiker nicht mehr bei den Menschen sind, in der Demokratie und Republik im Sterben begriffen sind. Vieles erinnert an ein Lehrstück für die heutige Zeit.

Der in Berlin handelnde Roman beginnt mit der Ermordung des damaligen Außenministers Walther Rathenau. In den 20er Jahren veröffentlicht Kurt Tucholsky in der „Weltbühne“, die in der Weimarer Republik als Forum der radikaldemokratischen bürgerlichen Linken galt, seine scharfzüngigen Beobachtungen. Er warnt vor dem Aufstieg der Nationalsozialisten. Neben ihm spielen auch Carl von Ossietzky und Max Beckmann eine Rolle. Und er verzweifelt zunehmend an Bürgern, „die alles hinnehmen“. MRK



Mariam Kühsel Hussaini: „Tucholsky“, Europa Verlag, München 2024, gebunden, 239 Seiten, 25 Euro

RATGEBER DER WOCHE



Dauerbrenner Tee

Das aromatische Getränk ist das am zweithäufigsten konsumierte der Welt, noch vor Wasser, Kaffee oder Bier

BILD: SHUTTERSTOCK

Alles über Tee erklären die Tee-Expertin Lisa McDonald und ihre wissenschaftlich tätige Kollegin Jill Rheinheimer in dem Band „Tee für dummies“. Neben Basiswissen stellen sie die Teesorten der Welt vor, klären

über Koffein und den gesundheitlichen Nutzen der aufgebrühten Blätter auf, gehen auf die Teeherstellung ein und bieten verschiedene Verwendungsmöglichkeiten in der Küche an. Ein Buch für Anfänger und Experten. MRK



Lisa McDonald/Jill Rheinheimer: „Tee für dummies“, Wiley-VCH GmbH, Weinheim 2025, broschiert, 350 Seiten, 18 Euro

ERINNERUNG

Reinhard Rodners Lebensweg als Hörbuch

Franziska Lüttich hat mit ihrer Stimme der Familiengeschichte des sudetendeutschen Autors neues Leben eingehaucht – Die Erzählung reicht von der Zeit des Zweiten Weltkriegs bis zur Gegenwart

VON RAINER CLAASSEN

Das Buch „Ein (sudeten)deutscher Junge“ ist die Lebensgeschichte von Reinhard Rodner. Bereits in den einleitenden Sätzen weist Rodner darauf hin, dass die Niederschrift ein Geschenk an seine Familie ist und er daher besonderen Wert auf familiäre Daten und Zusammenhänge gelegt hat; die übrigen Hörer lädt er herzlich ein, an dieser Familiengeschichte teilzuhaben.

Die Schilderung beginnt mit einer kurzen Geschichte des Sudetenlandes unter besonderer Berücksichtigung der Ereignisse zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, wodurch auch mit der Materie nicht vertraute Hörer einen Einblick in die wechselvolle Vorgeschichte dieses oft umkämpften Landstriches erhalten.

Rodner, Jahrgang 1943, beginnt seine Erzählung mit einer Vorstellung seiner Großeltern und Eltern samt Anverwandten in den Dörfern Neugarten und Karsch im Bezirk Böhmisches Leipa. Er bringt die Kriegserlebnisse der älteren Brüder und des Vaters sowie die Heimkehr bei Kriegsende und die anschließende Odyssee bis zur Ankunft in Thüringen, wo die Eltern als Zentrum der Familie schließlich verblieben, ehe er die Vertreibung der Familie durch die Tschechen in allen Einzelheiten schildert, gefolgt von der Phase des Einlebens im neuen Wohnort Oberbrebra bei Bad Sulza. Die Geschwister Rodner machten privat und beruflich alle ihren Weg.



Sein Buch liegt nun gesprochen als Hörbuch vor: Der Sudetendeutsche Reinhard Rodner Bild: privat

Autor Reinhard Rodner erzählt viele teils erschreckende, teils vergnügliche Erlebnisse aus seiner Kindheit in der unmittelbaren Nachkriegszeit, wobei er den Hunger als ständigen Begleiter immer wieder erwähnt. Die Lehrzeit in einer verstaatlichten Bäckerei, die in der Nationalen Volksarmee abgeleistete Militärdienstzeit als Mannschaftskoch, die Heirat, die anschließende Tätigkeit als Waffelbäcker, der Eintritt in die Deutsche Volkspolizei und so manche Geschichte aus dem täglichen Streifendienst der Schutzpolizei, aber auch die Schwierigkeiten des Alltags in der SBZ und späteren DDR von der Beschaffung der täglich benötigten Lebensmittel bis zum komplizierten

Erwerb eines gebrauchten, privaten Pkw und der damit zusammenhängenden Ersatzteilversorgung runden das Lebensbild des sympathischen alten Herrn ab.

Erschreckende Erlebnisse aus der Kindheit

Nach der deutschen Einheit schied Rodner aus dem Polizeidienst aus und gründete eine Wach- und Sicherheitsfirma; fortan schlug er sich mit der Steuer, aber auch mit westdeutschen Winkeladvokaten von Geschäftspartnern und Konkurrenten herum, die zum Teil mit Erfolg versuchten, ihn über den Tisch zu ziehen. Doch Rodner nahm auch die positiven Entwicklungen in seinem Leben wahr: Urlaubsreisen zu nie gekannten Zielen, ein modernes Auto und viele weitere Annehmlichkeiten.

Die Erzählung reicht bis in die heutige Zeit. Franziska Lüttich hat eine wunderbare und geradezu perfekte Vorlesestimme – an ihr ist eine Rundfunksprecherin verloren gegangen.

(Mit freundlicher Genehmigung entnommen aus „Preußen-Kurier“, Ausgabe 1/2025)



Reinhard Rodner: „Ein (sudeten)deutscher Junge“, Hörbuch, gesprochen von Franziska Lüttich Bezug: www.gutesauf-dieohren.de

RATGEBER

Wie man grobe Fehler vermeidet

Der Schweizer Erfolgsautor Rolf Dobelli versucht, auf originelle, wenn auch etwas schräge, Weise Ratschläge für ein glücklicheres Leben zu geben

VON ANSGAR LANGE

Der Schweizer Autor Rolf Dobelli beschreibt in seinem neuesten Buch „Die Not-To-Do-Liste. 52 Wege, die größten Lebensfehler zu vermeiden“. Dabei bedient er sich der Methode der Inversion. Was bedeutet das? Dobelli gibt den Rat, man solle sich nicht primär auf gesunde Gewohnheiten konzentrieren, sondern darauf, ungesunde Gewohnheiten zu vermeiden. Er nennt diese Sammlung von Verhaltensweisen und Denkmustern eine „Art Enzyklopädie der Idiotie“.

Zunächst erteilt Dobelli einen Rat wie „Seien Sie unzuverlässig“, oder auch „Mischen Sie sich in fremde Angelegenheiten“. In wenigen Sätzen schildert er, wie die Beherzigung dieser Grundsätze unfehlbar ins Elend führt. Anschließend gibt er der „leisen Stimme der Vernunft“ Raum und schildert, warum man die genannten schlechten Gewohnheiten unbedingt vermeiden sollte. Tue man dies, so sei dies ein glücklicheres Leben.

In früheren Veröffentlichungen hat Dobelli einen anderen Ansatz gewählt. Mit Bestsellern wie „Die Kunst des klugen Handelns“ oder „Die Kunst des guten Lebens“ hat er positive Lebensratschläge gegeben. Dass er nun anders vorgeht, mag originell sein. Doch der Leser, der Dobellis Werk kennt, findet diese jüngste Veröffentlichung eventuell weniger überzeugend als die früheren Werke, zumal man auch immer wieder auf Passagen stößt, die man an anderer Stelle schon im Werk

des Autors von Romanen und populärwissenschaftlichen Sachbüchern gelesen hat.

So taucht auch in der „Not-To-Do-Liste“ immer wieder der amerikanische Investor und Milliardär Charles Munger auf, den Dobelli zu verehren scheint. Manche Tipps wirken ein wenig weltfremd und ungewollt komisch, so zum Beispiel: „Tun Sie sich den Gefallen und werden Sie wohlhabend.“ Um auf den Trichter zu kommen, dass Geld nicht glücklich, aber kein Geld oft radikal unglücklich macht, muss man keinen Ratgeber lesen.

Lesern, die noch keinen Dobelli gelesen haben, kann diese Schrift aber sehr wohl empfohlen werden. Es ist ja durchaus etwas dran an der Grundidee. Viele Ratgeber predigen die Selbstoptimierung. Doch anstatt unrealistischen Idealen nachzuhängen, kann es zu mehr Erfolg führen, wenn man sich auf die Vermeidung von Fehlern konzentriert.

Eine gute Lebensregel ist beispielsweise, möglichst den eigenen Kompetenzkreis zu erweitern. Es ist nicht sinnvoll, sich zu verzetteln und auf zu vielen Hochzeiten zu tanzen. Wer es in der eigenen Profession zur Meisterschaft bringt, wird ein zufriedener Mensch sein.



Rolf Dobelli: „Die Not-To-Do-Liste. 52 Wege, die größten Lebensfehler zu vermeiden“, Piper Verlag, München 2025, gebunden, 352 Seiten, 22 Euro

„Elche steh'n und lauschen“

Das Wappentier Ostpreußens in der Dichtung
– gepriesen als Sinnbild der Ewigkeit in der Schönheit der Landschaft

VON LIENHARD HINZ

Elche und ihr schaufelförmiges Geweih finden wir in ostpreußischen Städte- und Kreiswappen. Das bekannteste Elchswappen zeigt eine schwarze senkrecht stehende Elchschaufel. Dieses Wappenbild gestaltete Wolf Freiherr von Wrangel für die am 3. Oktober 1948 gegründete Landsmannschaft Ostpreußen. Das Elchschaufelwappen wurde im Jahr 1957 beim Deutschen Patentamt als geschütztes Warenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen eingetragen. So bleibt die Elchschaufel ein untrennbar mit Ostpreußen verbundenes Symbol für diese überaus stolzen Wildtiere.

Ein bekanntes Gemälde von Willy Lorenz aus dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg zeigt „Elche in herbstlicher Landschaft“. In der freien Natur lebten sie bis 1945 in Deutschland nur in Ostpreußen meist in den sumpfigen Wäldern der Kurischen Nehrung. Herbert Wilhelmi beschreibt in dem Buch „Mein Lied mein Land“ die Kurische Nehrung als 100 Kilometer lange und zwei Kilometer breite Landzunge mit ihren bis zu sechzig Meter „hochgetürmten Dünen“. Wilhelmi schildert „die gelben Dünen, die sich abends in zarte Pastelltöne von Rosa und Violett hüllten, das weite Land mit den endlosen Dünenketten zwischen Haff und Meer, die dunklen Kiefern im Mondlicht“. Auf einen weiteren Lebensraum der Elche in Ostpreußen weist Wilhelmi hin – „den moorigen Ibenhorst mit seinem Erlen- und Birkenbestand“ in der Memelniederung.

Dichter preisen den Elch als Sinnbild der Ewigkeit in der Schönheit der Landschaft in den Büchern „Erde und Licht“ von Walter Scheffler, „Der Elch und die Elchschaufel“ von Benno Dilba, „Du mein einzig Licht“ von Sem Simkin und „Der Wiesenblumenstrauß“ von Ruth Geede. Der Elch begegnet uns auch in dem Band „Humoristische Lyrik“ von Christian Morgenstern und in Gedichten aus dem *Ostpreußenblatt* vom 4. September 1965 und 6. Dezember 1975.

Mit mystischer Attitüde

Über das Wesen, das Verhalten und die Wirkung des Herrschers im Wald und auf den Dünen am Meer erfahren wir in den Gedichten von Erich Hannighofer, Heinrich Eichen, Ruth Geede, Fritz Kudnig, Walter Scheffler, Kurt Mickoleit, Christian Morgenstern, Ursula Enseleit und Erika Radszat.

Elche, pflügende Bauern und der Vogelzug beleben das Landschaftsbild im Ge-



Der Elch, lateinisch *Alces alces* genannt, ist die größte heute vorkommende Art der Hirsche. Sein mächtiges Geweih, die sogenannte Elchschaufel, inspirierte den Schöpfer des Wappens der Landsmannschaft Ostpreußen Wolf Freiherr von Wrangel *Bild: pixabay*

dicht „Land der dunklen Wälder“ von Erich Hannighofer. In der ostpreußischen Heimathymne rauschen die Meere „den Choral der Zeit“, während die anmutigen Elche im Licht des aufgegangenen Tages über Haff und Moor für die Ewigkeit stehen und lauschen. Der Dichter Heinrich Eichen indes schwärmt in einem Gedicht „Abends treten Elche aus den Dünen“ von dem Bild der trinkenden Elche am Strand in der anbrechenden Dunkelheit. Ruhig und lautlos schreiten sie mit ihren starken Köpfen, langsam schwindend im Nebel der Nacht. Die Elche erscheinen als Wesen einer vergangenen Zeit und weisen geradezu zeitlos in die Ewigkeit. Im Gedicht „Am Dünenhang“ von Ruth Geede taucht ein Elch am Kurischen Haff nahe einer Fischerhütte auf. In dem weiten Land mit der gelben Düne regen sich Mensch und Tier während der Flaute vor dem vom

Meer wieder auffrischenden Wind. Dem Dichter Fritz Kudnig ist der Elch sogar etwas innig Heiliges. In seinem Gedicht „Elche“ erscheinen überirdische Wesen:

Elche

*Tauchen sie plötzlich aus Heide
und ewigem Sand,
scheinen sie Tiere aus einem
sternfernen Land,
welfremde Tiere, in Form
und in Wesen so neu,
daß du den Schritt hemmst,
voll Furcht und in heiliger Scheu.*

*Sind sie nicht Fabel-Wesen
aus Urwelt-Zeit?
Ihre Augen sind meertiefe Spiegel
der Ewigkeit.*

*Und wenn sie, wie sinnend,
stumm durch das Dünenland gehn,
bleibt bei dem Anblick dir jählings
der Atem stehn ...*

In dem Gedicht „Nehrungselch“ verfällt der Heimatdichter Fritz Kudnig in Ehrfurcht beim Anblick des wie aus Stein gehauenen Elchs im Erlenhain. Das Grün des Waldes und das Licht auf den Dünen verleihen dem furchtlos lauschenden Elch einen Heiligenschein. Der durchdringend stumme Blick lässt den König der Einsamkeit nicht von dieser Welt erscheinen. Vor dem Elch fühlt sich der Mensch wie ein Windhauch.

Walter Schefflers Gedicht „Kurische Nehrung“ bringt die wechselvolle Stimmung in der Landschaft zwischen Haff und Meer nahe – darin der Elch. Der starre Blick des stummen Nehrungsbewohners löst bei dem ihm begegnenden Menschen Fragen aus.

Im Gedicht „Weidende Elche“ sieht der Dichter Kurt Mickoleit, genannt Tielo, finster ragende Überreste eines rauen Urwalds im Erlensumpf. Im Trab schaukeln die Geweihe, dröhnen die Hufe wie Grabesgeräusche. Die schwankende Herde in der endlos grauen Heide versetzt das lyrische Ich in Schwermut.

Elche und Ostpreußen als Einheit

Das Gedicht „Ein Elch geht nächtlich an den Teich“ stammt von dem Dichter Christian Morgenstern, entstanden in Berlin. Der Dichter erlebt einen Elch an den Fjorden von Norwegen während seines Aufenthalts in Christiania (heute Oslo) bei dem Schriftsteller Henrik Ibsen. In einer ihm fremden Landschaft beobachtet der Dichter humorvoll die sonderbaren Bewegungen des außergewöhnlichen Tieres.

Die Schicksalsgemeinschaft der Elche und der Ostpreußen bekräftigt die Dichterin Ursula Enseleit in ihrem Gedicht „Elche“. Die Begegnung in der Freiheit ist erfüllt von den Augen der Elche. Das Wiedersehen mit den Elchen hinter Maschendraht ist vom Leid der Unfreiheit begleitet. Die dreifache Beteuerung „Wir sehn uns an.“ bedeutet ein Festhalten an ihrem Sinnbild der Ewigkeit.

Aus dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg stammt das Bild „Elche im Herbst“ von Kallmeyer aus dem Jahr 1921. Hans Kallmeyer malte in seinem Atelier in Nidden vor allem Wildtiere und besonders viele Elche. Daher wird er auch „der Elchmaler“ genannt.

Das Gedicht „Unbekannte Heimat“ von Erika Radszat steht im *Ostpreußenblatt* vom 4. September 1965 mit dem Vermerk des Alters der Dichterin: 15 Jahre. Im Gedicht der Fünfzehnjährigen lebt die ostpreußische Heimathymne noch einmal ergreifend auf:

Unbekannte Heimat

*Sei begrüßt, mir fremdes Land!
Liebe mischt sich bang mit Schmerzen.
Niemals hab ich dich gekannt;
dennoch trag ich dich im Herzen.*

*Meine Mutter hör ich klagen
von den Seen, von dem Strand,
und den Vater hör ich sagen,
Ostpreußen seist du genannt.*

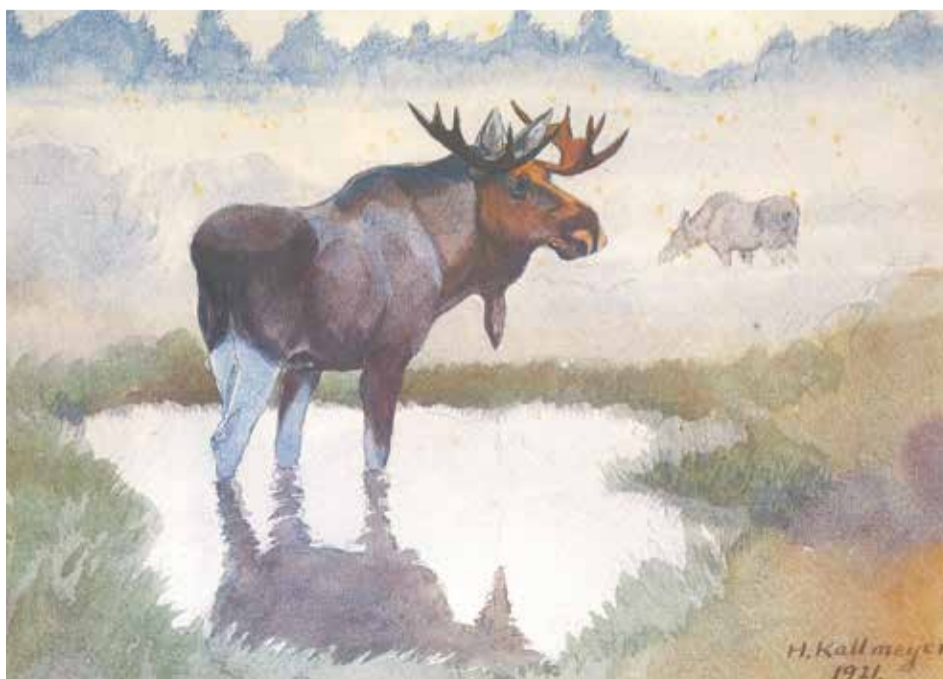
*Wälder, Städte, Burgen kühn,
an der Küste Bernstein liegt.
Bunt von Farben Wiesen blühn,
Wind die Ährenfelder wiegt.*

*Auf der Nehrung, scheu, erhaben,
sehe ich den stolzen Elch. –
Wundervoll sind deine Gaben,
fülle mir den leeren Kelch!*

*Träumend laß mich aus ihm trinken
Deinen sagenvollen Trank,
laß mich sehn den Pregel blinken
und dir schenken meinen Dank!*

*Sei begrüßt mein Heimatland,
niemals werd ich dich vergessen.
Habe niemals dich gekannt,
wer kann diesen Schmerz ermessen?*

Die zehn Gedichte über das Wappentier Ostpreußens wirken erst, wenn sie gesprochen werden. Das geschieht in der Sprechwerkstatt im Seminar „Ostpreußen: Land – Geschichte – Kultur“ vom 25. bis 27. April, in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt.



Hans Kallmeyer „Elche im Herbst“

BILD: KALENDERBLATT NOVEMBER 2001, OSTPREUSSISCHES LANDESMUSEUM LÜNEBURG



Willy Lorenz malte „Elche in herbstlicher Landschaft“

BILD: KALENDERBLATT NOVEMBER 1997, OSTPREUSSISCHES LANDESMUSEUM LÜNEBURG

● AUFGESCHNAPPT

Weil sie ein Standbild von Karl Lauterbach ins Netz gestellt hat, auf dem der scheidende Gesundheitsminister mit erhobenem rechten Arm zu sehen ist, ist eine Frau vom Amtsgericht Schweinfurt zu einer Strafe von 3500 Euro verurteilt worden. Begründung: Das Zeigen des Standbilds sei der Versuch, den Hitlergruß öffentlich darzustellen. Dies berichtet „Apollo News“. Demnach hatte die Frau das Bild auf einem Plakat neben das eines „Querdenken“-Redners gestellt, der wegen einer ähnlichen, mutmaßlich zufälligen Geste zu einer Strafe von 5000 Euro verurteilt worden war. Für sie war dies ein Fall von „Justizwillkür“, da Lauterbach für die gleiche Geste straflos ausging, für die der „Querdenken“-Aktivist bestraft worden ist. Nun also geriet sie selbst ins Visier der Justiz, obwohl niemand behauptet, Lauterbach habe absichtlich den verbotenen NS-Grüß gezeigt. Dass die Frau die beiden Bilder zur Dokumentation und unübersehbar nicht zum Zwecke von NS-Propaganda gezeigt hatte, spielte keine Rolle. *H.H.*



● STIMMEN ZUR ZEIT

Achim Brötzel (CDU), Präsident des Deutschen Landkreistags, wundert sich bei „Markus Lanz“ im ZDF (22. April) über die Behauptung, dass das Migrationsproblem an Schärfe verliere:

„Wir hatten in den letzten zehn Jahren 2,8 Millionen Asylersuchen und 1,2 geflüchtete Ukrainer. Keiner von diesen Menschen hat sich in Luft aufgelöst. Wenn jetzt weniger Neue dazu kommen, heißt das, der Berg wächst langsamer, aber der Berg ist noch da und er wächst vor allen Dingen auch weiter. Da wird uns suggeriert, ein Problem würde kleiner, aber das Problem wächst nur langsamer.“

Der innenpolitische Sprecher der Berliner CDU, Burkard Dregger, meint gegenüber der „Welt“ (25. April) zur Forderung der Grünen, dass es muslimischen Polizistinnen erlaubt werden soll, im Dienst Kopftuch zu tragen:

„Man stelle sich vor, dass Berliner Polizeibeamte mit Kippa oder Kreuz in Neukölln hoheitliche Maßnahmen auslösen gegenüber migrantischen Jugendlichen aus einer muslimischen Umgebung.“

Alexander Kissler blickt mit wenig Zuversicht auf die neue Bundesregierung. Bei „Nius“ (28. April) gibt es zu bedenken:

„Ein Kanzler, der heute abräumt, was er gestern versprochen hat, sorgt für ein letztes Wetterleuchten, nicht für einen Sonnenaufgang. Und eine Union, die ihren stärksten Konkurrenten plump beschimpft – so tat es nun Markus Söder mit der AfD –, eine solche Union hat nicht begriffen, warum ihr die Wähler von der Fahne gehen: Weil CDU und CSU linken Parteien eine Laufzeitverlängerung spendieren.“

Wegen des Verfalls an journalistischer Seriosität hat der langjährige freie Mitarbeiter des ZDF Peter Welcherling seine Zusammenarbeit mit dem Sender aufgekündigt. In einem offenen Brief an ZDF-Intendanten Norbert Himmler (27. April) schreibt er:

„In Sachen Glaubwürdigkeit des ZDF brennt die Hütte. Das hat mit der zu weitgehenden Missachtung journalistischer Standards zu tun ... Ich kann aus berufsethischen Gründen nicht mehr als freier Mitarbeiter für das ZDF tätig sein.“

Peter Grimm macht bei „Achtgut“ (28. April) auf einen wunden Punkt in der Debatte um unsere Landesverteidigung aufmerksam:

„Der Westen muss jene militärische Stärke und Klarheit gewinnen, die er im Kalten Krieg hatte. Und dazu gehört mehr als ‚Sondervermögen‘ und Rüstungsaufträge. Dazu gehört u.a. Motivation. Die Bereitschaft, Demokratie und Freiheit zu verteidigen, gedeiht nicht dort, wo die eigene Obrigkeit Demokratie und Freiheit spürbar abbaut.“

● WORT DER WOCHE

„Der Zeitgeist ist ein anderer geworden. Weltweit geraten progressive Kräfte unter Druck.“

Felix Banaszak, Co-Chef der Grünen, gegenüber dem Magazin „The European“ vom 26. April

DER WOCHENRÜCKBLICK

Gemischter Ausblick

Warum Habecks Optimismus beunruhigt, und wieso uns die Unruhe linker Kulturideologen beflügelt

VON HANS HECKEL

Das war doch mal ein ausgesprochen versöhnlicher Abschied, den uns Robert Habeck da hingelegt hat. Bei seiner letzten Präsentation der Konjunkturaussichten stellte der scheidende Wirtschaftsminister voller Zufriedenheit fest, dass die neuen schwarz-roten Koalitionäre auf seinem Kurs im Großen und Ganzen weiterfahren wollten. Grünen-Parteichef Felix Banaszak teilt den Optimismus seines Parteifreunds. Gegenüber dem Magazin „The European“ freut er sich: „Ich sage ganz unironisch: Schön, dass so viel von dem fortgesetzt wird, was wir angestoßen haben. In der Wirtschafts- und Industriepolitik steckt mehr Robert Habeck als Jens Spahn.“

Da haben wir ja noch mal Glück gehabt. Drei Jahre „grünes Wirtschaftswunder“ können in die Verlängerung gehen, wenn Habeck und Banaszak Recht behalten. Wachstumsraten „wie in den 50er und 60er Jahren“ werde das Wunder uns bescheren, hatte Kanzler Scholz bei seinem Amtsantritt versprochen. Wobei ich die ganzen drei Jahre nicht herausbekommen habe, von welchem Land er da sprach. Auf dem Erdenrund konnte ich jedenfalls keinen Staat ausfindig machen, dessen Wirtschaft in den besagten Dekaden entweder vollkommen festgefroren oder sogar in einem rasanten Niedergang begriffen war. Für Deutschland brachte die Ampel beides, es ging mit „Wumms“ und „Doppelwumms“ im „Deutschlandtempo“ Richtung Abgrund.

Dass die bundesdeutsche Wirtschaft unter seiner weisen Führung die längste Krise seit Bestehen der Republik erlebt hat, konnten selbst die bunten Schautafeln nicht wegblenden, die Robert Habeck so gern zu seinen Pressepräsentationen mitbringt. Und die er daher auch zu seinem Abschiedsauftritt dabei hatte. Für dieses Desaster musste uns der Minister Schuldige präsentieren, die nicht er selber sind. Und er fand sie: Donald Trump, Wladimir Putin und – Friedrich Merz!

Oberschurke Trump hat uns nach Habecks Analyse die Wirtschaftsentwicklung mit seiner brutalen Zollpolitik zertrampelt. Mit anderen Worten: Wir stapfen seit drei Jahren durch die Krise, weil Trump seit ein paar Wochen verrückt spielt. Es bedarf wohl höherer ökonomischer Einsichten, um diese bemerkenswerte Kausalkette chronologisch hinzubekommen. Über diese Einsichten verfügen offensichtlich nur Erleuchtete wie der

scheidende Klimaminister. Wir tappen da im Dunkeln. Putin hat unsere Wirtschaft mit dem Krieg und dessen Folgen in die Rezession gedrückt, weiß Habeck. Tatsächlich? Alle anderen europäischen Länder sind davon auch betroffen und laufen ökonomisch besser als wir, sogar jene, die wie Polen, Finnland oder die baltischen Staaten eigentlich viel stärker mit dem russischen Problem geschlagen sein sollten. Wie passt das zu der Ausrede mit Putin? Gar nicht. Aber was soll man machen, wenn einem sonst nichts mehr einfällt?

Was heißt hier, „sonst nichts mehr einfällt“? Einen schwarzen Peter hatte der Habeck ja noch, den schwarzen Merz nämlich. Der habe beim Schuldenmachen im Wege gestanden, weil er die diesbezügliche Bremse nicht lockern wollte. Hätte man das viele geliebene Geld gehabt, wäre alles viel besser gelungen, meint der selbstbewusste Grüne.

Ja, dann hätte er mit noch mehr Northvolt-Pleiten und geplatzen Intel-Projekten den Laden zum Brummen gebracht, ganz sicher! Die alte linke Rechnung: Man muss nur genug Geld reinschütten, schon verwandelt sich falsche Wirtschaftspolitik ganz von selbst in richtige und – Wumms! – alles blüht auf. Sachen wie sichere Rahmenbedingungen, günstige Energie und tragbare Unternehmenssteuern benötigt demnach keiner. So hat sich der Grüne auch gleich gegen die Senkung der Unternehmenssteuern ausgesprochen, welche die Union fordert. Besser sollte der Staat direkt „Investitionen fördern“, sprich mit Subventionen um sich werfen.

Hoffnung auf ein Missverständnis

Investitionen, die es dann meist nur gibt, weil sie subventioniert werden, und die sofort zusammenbrechen, wenn der staatlichen Geldsegen ausbleibt. Schon verblüffend, egal, in welche Epoche man schaut oder worin die aktuellen Herausforderungen bestehen: Sozialismus scheitert immer am selben Fehler, wie uns Minister Habeck zum Ende seiner Amtszeit noch einmal wunderbar vor Augen geführt hat. Danke für diese eindrucksvolle Klarstellung!

Der Optimismus des Grünen, dass im Großen und Ganzen alles so weiterläuft wie in seinen drei Jahren, beruht hoffentlich auf einem Missverständnis, sonst gute Nacht. Ein bisschen Grund zur Zuversicht dürfen wir haben. Dass Habeck wirtschaftliche Zusammenhänge grundsätzlich missversteht, hat er spätestens mit seinem legendären „In-

Mit mehr Geld hätte Habeck noch mehr Northvolt-Pleiten und geplatze Intel-Projekte zum Brummen gebracht



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

solvenz-Auftritt“ im Fernsehen öffentlich gemacht, der als Prunkstück in die Annalen der deutschen Mediengeschichte eingehen wird. Klammern wir uns an den Gedanken, dass Habeck den Wirtschaftskurs der neuen Regierung ebenso wenig durchblickt hat wie das Scheitern von Betrieben.

Gar nicht begeistert ist man übrigens in linken Kreisen über Wolfram Weimer, der als neuer Kulturstaaatsminister die Stelle von Claudia Roth übernehmen soll. Manos Tsangaris, der Präsident der Akademie der Künste Berlin, gab seiner Erwartung Ausdruck, dass Weimer „sich sehr rasch bewusst sein wird, dass wir gerade in der nächsten Zeit, in den nächsten Jahren starke demokratieorientierte Institutionen benötigen“.

Wie meint er das denn? Nun, „demokratieorientiert“ bedeutet in seinen Worten vielleicht nicht genau das, was der Durchschnittsdemokrat darunter versteht. Weimer gilt als Konservativer, und für Linke ist das schon nicht mehr so richtig „demokratisch“, wie wir mittlerweile wissen. So finanziert das Programm „Demokratie leben!“ bekanntlich nahezu durchweg linke Gruppen und Institutionen, die teilweise so links sind, dass sie schon ein Bekenntnis zum Grundgesetz als Zumutung empfinden.

Linke „Kulturschaffende“ stehen gern in der ersten Reihe, wenn es darum geht, alles Nichtlinke in die braune Ecke zu schieben. Nun befürchtet man womöglich, dass der designierte Kulturstaaatsminister diese kümmerlich durchschaubare Propagandanummer nicht mehr in der gleichen Emphase mitträgt wie seine Vorgängerin Roth. Möge es das Schicksal fügen, dass sich diese Befürchtung bewahrheitet.

An Weimer kommt manchen „Kulturschaffenden“ vermutlich noch etwas anderes höchst abstoßend vor: Der Mann stammt aus jenem Teil der Medienlandschaft, in dem die Anbieter ihr Geld am Markt verdienen, weil Leser oder Zuschauer sie haben wollen und freiwillig bezahlen, und nicht per Zwangsgebühren oder über ihre Steuergelder. Für das Staatskulturmilieu mit seiner engen Anbindung an gewisse ideologische Zirkel hat Weimer damit den falschen Stallgeruch.

Zum Start der neuen Koalition bleibt uns schlussendlich nur die Hoffnung, dass Habeck sich mit Blick auf den Wirtschaftskurs der Merz-Regierung vertut – und Weimer noch viel „schlimmer“ wird, als linke Kulturideologen es sich derzeit vorstellen mögen.